

J
I. publ. E.

474

t

J. publ. E.

474^t₋

Wagner

Untersuchung
über die
Ryswijker Religions-Klausel.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

hohen philosophischen Fakultät der Universität Jena

vorgelegt von

Martin Wagner,

cand. phil.



Jena,

Frommannsche Buchdruckerei

(Hermann Pohle)

1889.



Einleitung.

I.

Die politische und kirchliche Lage im Reiche vor Beginn des Ryswijker Kongresses. Die Vertretung des Reiches auf demselben. Der Wortlaut der Ryswijker Religions-Klausel und die Tragweite derselben.

Es war im XVI. und XVII. Jahrhundert die Politik der französischen Könige, den Protestantismus im eigenen Reiche zu unterdrücken, aber ihn in den Nachbarländern der habsburgischen Dynastie, wo er ein Gegengewicht gegen deren Uebermacht bildete, zu unterstützen. Sie hatten es bei solchen Hülfsleistungen — wie die Wegnahme der Bistümer Metz, Toul und Verdun, ferner des österreichischen Besitzes im Elsaß sowie lothringischen Gebietes bewies — auf die Vergrößerung ihres Landes abgesehen. Die Reunionen waren der letzte Schritt, um die französische Herrschaft bis zum Rhein auszudehnen; Ludwig XIV. erhielt in dem Regensburger Waffenstillstande vom Jahre 1684 die bis zum 31. August 1681 reuniten Territorien nebst Straßburg gegen ausdrückliche Garantierung der Religionsfreiheit für diese Gebiete einstweilen bis zu endgültigem Friedensschlusse abgetreten.

Es folgten schon im nächsten Jahre die Aufhebung des Nanter Ediktes, Einmischungen Ludwigs XIV. in Erbschaftsangelegenheiten des pfälzischen Hauses, im Jahre 1688 der Ueberfall des Reiches und der Krieg Frankreichs mit allen Nachbarstaaten.

Diese Reihe von Gewaltthatigkeiten Ludwigs XIV. zeigte, daß die bisherigen Garantien politischer wie kirchlicher Freiheit in Europa einer gründlichen Wiederherstellung bedurften; zu diesem Zweck schlossen sich 1689 die sämtlichen bedrohten Mächte zur großen Wiener Allianz zusammen ¹⁾.

Nach den Bestimmungen dieser Allianz ²⁾ sollte der künftige Friede mit Frankreich nur gemeinsam von allen Verbündeten

1) Frankreich besetzte 1552 die Bistümer Metz, Toul und Verdun und erhielt im westfälischen Frieden diese sowie von Oesterreich Breisach, den Sundgau, die Landgrafschaft des oberen und unteren Elsasses und die Landvogtei in den zehn kaiserlichen Städten mit den 40 zu ihr gehörenden Dörfern, ferner im Nymweger Frieden die österreichische Stadt Freiburg und lothringisches Gebiet abgetreten. — Mit den Reunionen wurden zunächst bedroht die 10 kaiserlichen Städte, Mömpelgard, die Pfalzgrafen von Zweibrücken, von Veldenz, die Grafen von Salm, von Nassau-Saarbrück, von Hanau, die Reichsritterschaft im Elsaß, der Kurfürst von der Pfalz; am 30. September 1681 wurde Straßburg von den Franzosen besetzt. — Nach einer Zählung vom Jahre 1697 sollten in Straßburg bereits 800 Katholiken mehr als Evangelische wohnen. — Als 1685 der letzte Kurfürst aus der Pfalz-Simmernschen Linie, Karl, starb, erhob bei dessen Nachfolger aus der Pfalz-Neuburgischen Linie, Philipp Wilhelm (1685—1690), Ludwig XIV. Erbansprüche zu gunsten seiner Schwägerin, der Herzogin von Orléans, der Schwester Karls, Elisabeth Charlotte. — Vergl. RANKE, Französische Geschichte Bd. IV. V. 1856. J. G. DROYSEN, Geschichte der preußischen Politik, Leipzig, 1872, Bd. III. 2. p. 459. 468. 479—482. 515—517. S. PUFENDORF, De rebus gestis Friderici Wilhelmi. Berolini 1695. p. 1510—1511. Lib. XVIII. § 134. Mercure historique et politique, La Haye, Bd. XXIII. p. 723. 306—313. Bd. XXII. p. 271—273. 350—352. Actes et mémoires des négociations de la paix de Ryswick, La Haye 1707, Bd. II. p. 518. Bd. III. p. 95.

2) Die Alliierten waren der Kaiser, das Reich, Schweden, Spanien, England, Holland und Savoyen; letzteres fiel 1696 von der Allianz wieder ab. Vergl. für die Einleitung NEUHAUS, Der Friede von Ryswijk. Freiburg 1873. — Verfasser der vorliegenden Abhandlung glaubte in dem Bemühen, bei einer Frage wie der der Ryswijker Religions-Klausel nicht den Schein der Einseitigkeit und des Bestrebens, die eigene Ansicht aufzudrängen, irgendwie zu erwecken, das einschlägige Material durch ausführlichere Angaben und Anmerkungen besser als durch eine gedrungenere

und unter der Bedingung geschlossen werden, daß der westfälische und pyrenäische Friede in ihrem ganzen Umfange wiederhergestellt und dem Inhalte derselben gemäß alles in kirchlichen wie politischen Dingen wieder in den früheren Stand gesetzt würde.

Die ersten Kriegsjahre lehrten an dem Schicksale der von Frankreich schwer heimgesuchten Pfalz¹⁾, wie nötig jener (früher verbündeten) Macht gegenüber der deutsche Protestantismus des Rückhaltes an der grossen Allianz bedurfte.

Unter dem katholischen Pfalz-Neuburgischen Kurfürsten, Philipp Wilhelm und noch mehr seinem Sohne Johann Wilhelm, der von Jugend an unter dem Einflusse der Jesuiten stand, gewannen Hand in Hand mit der französischen Heeresmacht katholische Orden in der Pfalz eine bedrohliche Stellung. Sie brachten bis zum Jahre 1693 bereits 100 lutherische und 3 reformierte Kirchen nebst vielen Pfarr- und Schulhäusern in ihren Besitz. Die Bedrückungen der pfälzischen Protestanten veranlaßten im nächsten Jahre sogar den Kurfürsten von Brandenburg zu Vorstellungen bei Johann Wilhelm, der indes jene Behandlung seiner evangelischen Unterthanen nur billigte²⁾.

Verarbeitung zu veranschaulichen; deshalb ist in der Abhandlung auch die Polemik gegen Vertreter einer anderen Ansicht, z. B. gegen NEUHAUS, O. KLOPP vielleicht mehr vermieden, als geboten wäre.

1) Ludwig XIV. hatte die Erbensprüche der Herzogin von Orléans 1685 durch den Parlamentsrat Abbé Morel in Heidelberg geltend machen lassen und die Entscheidung des Erbschaftsstreites — dem Kaiser und Reiche zum Hohn — dem Papste Innocenz XI. übertragen; der Kaiser Leopold I. war in zweiter Ehe vermählt mit Eleonore Magdalena, der Schwester Johann Wilhelms.

2) HÄUSSER, Die Geschichte der rheinischen Pfalz, Heidelberg 1845, Bd. II. p. 757—768. 782—798. 801—802. 822. Theatrum Europaeum, Bd. XIV, p. 639—642. Schreiben des Kurfürsten von Brandenburg an den Kurfürsten von der Pfalz, d. d. 4. März 1694. In dem Antwortschreiben Johann Wilhelms, d. d. 6. Apr. 1694, wurden die Bedrückungen der evangelischen Unterthanen als Strafe für ihren Ungehorsam hingestellt. — Vielleicht war das Vorgehen des Kurfürsten von Brandenburg schon ein Anlaß für Johann Wilhelm, für seine kirchlichen Bestrebungen

Die Anhänger des Protestantismus, der wie im Westen des Reiches auch im Osten, im österreichischen Machtgebiete an Besitz verlor, hofften noch, dass dieser bei dem künftigen Frieden mit Frankreich wiedergewonnen würde.

Als nun im Mai 1697 unter Vermittelung Schwedens zu Ryswijk ein Friedenskongreß zusammentrat, wurde mit Zustimmung des Kaisers Leopold I. vom Regensburger Reichstage einer Reichs-Deputation die Vertretung der Stände auf dem Kongresse übertragen und in einer Reichs-Instruction nähere Anweisung über diese Aufgabe erteilt.

Sie sollte vor allem darauf sehen, „daß das Instrumentum Pacis Westphalicae nach seinem wahren, denen über solche Friedenshandlung gehaltenen Protocollis und Acten conformen, nicht weniger im Executions-Receß von Anno 1650 explicierten und darnach vollzogenen Verstand in omnibus sowohl Ecclesiasticis als Politicis völlig hergestellt werde und es nach geschlossenem Frieden keiner weiteren Abhandlung per Commissarios, Arbitros, Conferentien oder dergleichen Wege in einigen Puncten bedörffen möge“¹⁾.

einen Rückhalt bei Ludwig XIV. zu suchen, worüber näheres unten p. 10 ff. Es sei hier nur erwähnt, daß auch bei MENZEL, Neuere Geschichte der Deutschen, Breslau 1855, Bd. IV. 499 hervorgehoben wird, wie „ungern Johann Wilhelm sich als katholischer Landesherr in betreff der Religionsverhältnisse seiner reformirten Unterthanen durch den westfälischen Frieden die Hände gebunden sah“ und wie sehr er im Verdacht stand, die Religions-Klausel veranlaßt zu haben. Bei HÄUSSER II, 805 wird ein Schreiben Johann Wilhelms vom 15. Nov. 1697 angeführt, in welchem er über die im folgenden behandelte Religions-Klausel schreibt: „Dadurch werden die Consilia derer zu Boden liegen, die uns in unseren Kurfürstlichen Landen in Religions-sachen die Hände noch mehr zu binden sich angemasst.“ Vgl. unten p. 82.

1) Schon bevor der Kaiser die schwedische Vermittelung annahm und in die Eröffnung des Ryswijker Friedenskongresses einwilligte, verlangte er von Ludwig XIV. genaue schriftliche Zusicherung der Wiederherstellung des westfälischen Friedens,

Die evangelischen Reichsstände stellten noch in einer besonderen Instruktion für ihre Deputierten und einem Articulus inserendus futurae pacificationi ihre Forderungen genauer fest. Wie ein chursächsischer Bericht besagt¹⁾, „sollten erstens die

freilich nur in politischer Hinsicht; Ludwig XIV. ging darauf nicht ein. — Auf dem Regensburger Reichstage wurden die Beschlüsse wegen der Entsendung einer Reichsdeputation im Mai gefaßt; die Reichsinstruktion ist am 15. Juni abgefaßt. Ein kaiserliches Kommissions-Dekret vom 24. Juni billigt die geschehenen Beschlüsse. — Der *Mercure hist. et pol.* berichtet im April-Heft des Jahres 1697 von einem Artikel, welchen die evangelischen Gesandten auf dem Regensburger Reichstage zur Aufnahme in das künftige Friedensinstrument bestimmt hatten. *Mercure h.*, XXII. 391. NEUHAUS, 75 ff. 92 ff. A. FABER, *Europäische Staatskanzlei*, Bd. III, p. 198. 209. 217. 253. Bd. XXXVI. p. 600.

1) Chursächsischer Bericht vom 5/15. Nov. 1697 (vergl. p. 17 Anm. 1) — Der Articulus inserendus futurae pacificationi hatte folgenden Wortlaut:

Restituantur omnia in Ecclesiasticis in eum statum, in quo juxta Instrumentum pacis Westphalicae fuerunt vel esse debeant ita ut iam dicta pax una cum insecutis postea Recessibus Executionum in suo robore firmiter permaneat et contra perpetuam hanc Imperii legem fundamentalem ac singulos eius articulos, praesertim (contra) Artic. V. in eoque passim determinatum annum 1624 neque sub sinistra interpretatione neque sub alio quovis praetextu aut nomine exceptiones aut genuino sensui contrariae explicationes quomodocunque excogitari potuerint, locum habeant vel admittantur. Imprimis vero expresse conventum est, ut in omnibus provinciis, Electoratibus, Ducatibus et Principatibus, Comitatibus, Castris, Civitatibus, oppidis, pagis et villis, nominatim in Palatinatu inferiori eiusque appertinentiis, specialissime in praefectura Germersheimensi, Ducatu Lauterensi, Simmerano cum Praefectura Beckelheimensi, Bipontino, Veldensi, Montispeligar-densi, item Comitatu Sponheimensi citeriore et ulteriore, utraque Alsatia, Comitatu Nassoviensi ad Saram, Saraepontano et Sarwerdano, Comitatu Hanovico-Lichtenbergensi, omnibus que ad dictos Comitatus de Nassau et Hanau spectantibus Dynastiis et Praefecturis in Comitatu Leiningensi, in terris Rhein- et Wilgraviorum, Baronum de Fleckenstein et Oberstein salva praetensione Oetingensi, decem Civitatibus Alsaciae ut et Argentorati, Wormatiae et Spirae aliisque quibuscunque Sacri Rom. Imperii locis

„vor oder in währendem Krieg von den Landesherren selbst vorgenommenen kirchlichen Neuerungen, — „als wohin auf gewisse Maß auch die Schlesische Religions-Angelegenheiten zu ziehen seynd“ —, und zweitens die in den von Frankreich eroberten, nun aber zurückzugebenden Gebieten eingetretenen kirchlichen Veränderungen rückgängig gemacht werden. Die in Frage kommenden Territorien waren in dem Articulus inserendus einzeln aufgeführt, an erster Stelle die Pfalz.

Doch auf dem Kongresse wurden die Reichsdeputierten keineswegs in dem erwarteten Maße bei der Aufstellung des Friedensinstrumentes hinzugezogen. Vielmehr nahm dies unter dem bestimmenden Einflusse der österreichischen und französischen Kongreß-Gesandten eine Gestalt an, in der es die Reichsstände, namentlich die evangelischen vielfach enttäuschte.

eorum pertinentiis et dependentiis tam a Corona Galliae restituendis quam iam dudum derelictis et a modo memorato Imperio recuperatis, ubi quicquam in Ecclesiasticis a tempore pacis Westphalicae contra eius tenorem et executionem hactenus sub quo-cunque titulo aut praetextu immutatum est, exercitium religionis tam publicum, quam privatum una cum annexis, omniaque et singula jura Ecclesiastica . . . restituantur

Ut vero eo facilius redintegratio procedat et restituendi pristinum religionis statum, iura atque bona obtineant, serenissimus ac potentissimus Rex Sueciae vigore fidejussionis atque garantiae in se receptae omnes et singulos iuxta dictam Westphalicam et praesentem pacem restituendos tali modo efficaciter tueatur ac protegat, ut . . . nuda facti possessione inspecta pure restitutio et executio peragatur. Quod si quis huic restitutioni et executioni repugnaverit, eamque impediverit aut restitutum de novo turbare aut plane destituere . . . tentaverit, sive clericus sive Laicus poenam fractae pacis ipso iure et facto incurrat. — CHR. FR. SATTLER, Die Geschichte Württembergs unter den Herzogen. Ulm 1782. Bd. XII. Beilagen p. 38—43. 69. 70.

SATTLER teilt dort noch ein Schreiben der evangelischen Stände an den König von Schweden mit, d. d. 31. Mai 1697, in welchem sie diesen von ihren kirchlichen Forderungen benachrichtigen und um seine Verwendung für die Evangelischen Schlesiens angehen.

Ueber die Reichsdeputation giebt das nähere NEUHAUS, p. 56. 92 ff. 99. 125. 181. 177. 185/6. 190/1. 192. 197. 253. 285/6.

Die bittersten Enttäuschungen widerfuhren ihnen schon bei den ersten wichtigeren Friedensartikeln, dem dritten und vierten. Diese lauteten:

Artikel III:

Pacis huius basis et fundamentum sit Pax Westphalica et Neomagensis eaeque statim a commutatis ratificationum formulis in Sacris et profanis plene executioni mandentur et posthac sartae tectae conserventur, nisi quatenus nunc aliter expresse conventum fuerit.

Artikel IV:

Restituentur imprimis Sacrae Caesareae Maiestati et Imperio eiusque Statibus et membris a S. R. Maiestate Christianissima quaevis tam durante bello et via facti, quam unionum seu reunionum nomine occupata loca et iura, quae extra Alsatiam sita, aut indice reunionum a legatione Gallica exhibito expressa sunt, cassatis, quae ea de causa a Cameris Metensi et Vesontina, ut et Consilio Brisacensi, edita sunt, decretis, arrestis, et declarationibus, omniaque in eum statum reponentur, quo ante illas occupationes, uniones seu reuniones fuerunt, nullo deinceps tempore amplius turbanda seu inquietanda, Religione tamen Catholica Romana in locis sic restitutis in statu quo nunc est, remanente¹⁾.

Diese Schlußworte Religione tamen Catholica Romana etc. — die berühmte Ryswijker Religions-Klausel — waren es, durch welche den Protestanten alle für den Frieden gemachten Hoffnungen wieder vereitelt wurden.

Es verblieben auf Grund der Religions-Klausel den Katholiken im ganzen etwa 700 evangelische Kirchen; und zwar allein in dem kurpfälzischen und zweibrückischen Gebiet behielten sie in 39 Orten die Kirchen und in mehr als 100 Orten hatten sie deren Mitbenutzung²⁾.

1) NEUHAUS, 311.

2) HÄUSSER II, 802—832. O. KLOPP, Der Fall des Hauses Stuart, Wien 1879, Bd. VII, p. 461—481.

Die Religions-Klausel, welche der französische, der kaiserliche und vor allem der kurpfälzische Hof nach Kräften ausbeuteten, gab zu neuem, fast ein Jahrhundert lang anhaltendem konfessionellen Hader im Reiche¹⁾ und zu beständigem Mißtrauen zwischen Haupt und Gliedern desselben Anlaß.

Ebenso fast endlos wie über die Anwendung und Auslegung der Klausel war der Streit über Urheber und Entstehung derselben.

Ja, es ist dies eine Frage, die bis heute noch eine offene geblieben ist, die sich aber an der Hand des zur Zeit vorhandenen Materials doch näher untersuchen läßt, als bisher geschehen ist²⁾.

1) Bei S. BUCHHOLTZ, Versuch einer Geschichte der Churmark Brandenburg, Berlin 1771, Bd. IV p. 206 wird über die Katholisierungsversuche in der Kurpfalz Klage geführt und bemerkt: „Also mußten es die Evangelischen in Niederdeutschland bey einem bloßen Widerspruch bewenden lassen, den sie noch heutigen Tages bey allen Gelegenheiten dagegen machen, wiewohl sie sich immer umsonst bemühen, die Zernichtung dieser Klausel zu erhalten.“

Aehnlich sagt im Jahre 1788 J. STEPH. PÜTTER in seiner „Historischen Entwicklung der heutigen Staatsverfassung des Reiches“, Teil II. p. 300: „Es hat bis auf den heutigen Tag nicht verwunden werden können.“ — Ueber den langen Streit wegen der Klausel vgl. PÜTTER, Systematische Darstellung der Pfälzischen Religions-Beschwerden, Göttingen 1793. JOH. JAC. MOSER, Dissertatio de clausula artic. IV pacis Rysvicensis, Francf. 1732. A. FABER, Europ. Staatskanzlei, Mercure h., Lettres historiques. La Haye, zerstreut in den einzelnen Jahrgängen. Journal Dangeau, Paris 1856, Bd. VI.

2) O. KLOPP hebt hervor, wie Ludwig XIV. schon nach der Aufhebung des Nanter Ediktes „die Schärfung und Schürung der kirchlichen Gegensätze für seine Politik ausnutzte, der Stadt Straßburg die Kapitulation von 1681 in Betreff der kirchlichen Angelegenheiten nicht gehalten und, nachdem er dann diejenigen Maßregeln, welche der Aufhebung des Nanter Ediktes entsprachen, auf alle sogenannten reunierten Länder ausgedehnt hatte, durch die Religions-Klausel dieser Willkür die völkerrechtliche Sanktion geben wollte“. O. KLOPP VII. 461. 463. 477; über die Entstehung der Klausel urteilt O. KLOPP einseitig, ebenso NEUHAUS; p. 138. 287. Vergl. O. KLOPP VI. VII. Theatrum Eur. XIV. 618. CARLSON-

Es möge hierzu in dieser Abhandlung ein Versuch gemacht werden.

GEIJER, Gesch. Schwedens, V. 580, Gotha 1875. AUQUETIL, Motifs des guerres et des traités de paix de la France pendant les règnes de Louis XIV, Paris 1798, p. 198. FIEDLER, Die Relationen der Botschafter Venedigs über Oesterreich im 16. und 17. Jahrh., in den Fontes Rerum Austriac. Bd. XXVII. 380. 390. HÄUSSER, II. 803. 805.

Erster Abschnitt.

II.

Die Anregung der Religions-Klausel durch den Kurfürsten Johann Wilhelm.

Für die Frage nach Urheber und Entstehung der Klausel möge zunächst ein Zeugnis von Zeitgenossen¹⁾ in Betracht ge-

1) SÄTTLER, XII. Beilagen p. 64 ff.; SPITTLER, Gesch. Württembergs, Göttingen 1783. — Ueber den Kurfürsten von der Pfalz, Johann Wilhelm, mögen einige, bei O. KLOPP zerstreut sich findende Angaben nebst anderen als Exkurs beigelegt werden, und zwar im Auszuge. Wie O. KLOPP schreibt, „war eine Partei am Kaiserhofe, die von Anfang an der Allianz mit Holland und England abgeneigt gegenüber gestanden und sich lieber mit Frankreich vertragen hätte. Sie hatte einen starken Rückhalt an dem Schwager des Kaisers, dem Kurfürsten von der Pfalz. Eins der Häupter dieser Partei war der Gouverneur des römischen Königs Joseph, der Prinz Salm, mit ihm ging sein Schwiegersohn Dietrichstein. Von dieser Partei aus wurden Beredungen mit französischen Abgeordneten zu Steckborn in der Schweiz angestellt, die das Mißtrauen Wilhelms III. erregten. Dieser erklärte im November 1694 dem kaiserlichen Gesandten Grafen Kaunitz gegenüber, den er um nähere Auskunft ersuchte, daß „zu Steckborn bei Zürich die Zusammenkunft zwischen dem kaiserlichen Commissär Seilern aus Regensburg und dem französischen Abbé Morel statt gehabt“. Ferner hielt Wilhelm III. am 25. Febr. 1695 dem kaiserlichen Gesandten Grafen Auersperg vor: „Es ist mir bekannt, daß in den Conferenzen zu Steckborn in der Schweiz die französischen

zogen werden, nämlich ein Bericht der württembergischen Kongreß-Gesandten von Kulpis und von Hespen an ihren Herzog, d. d. 5. Nov. 1697, in dem sie den Ursprung der Klausel an-

Emissäre von einem Aequivalente für Straßburg geredet haben und nicht ungünstig angehört worden sind. Ich schließe daraus, daß der Kaiser diesem Vorschlage, der doch hauptsächlich zur Erörterung gekommen sein muß, nicht so sehr abgeneigt sein könne Ich habe sichere Nachricht, daß bei den Conferenzen in Steckborn diejenigen, welche am eifrigsten für den Frieden geredet haben, beabsichtigten aus dem Kriege eine Religionssache zu machen“.

Wie O. KLOPP angiebt, war bei der Steckborner Besprechung nicht allein die den Franzosen wohlgesinnte Partei am Kaiserhofe beteiligt, sondern auch der Schwager des Kaisers, der Kurfürst von der Pfalz, und die Republik Venedig, welche Cornaro nach Steckborn entsendete. O. KLOPP bemerkt an anderer Stelle: „An diesen Conferenzen war wenigstens mittelbar betheiligt gewesen der Schwager des Kaisers, der Kurfürst von der Pfalz. Es liegt mir ein ausführlicher Bericht des Grafen Auersperg vor über die Unterredung mit diesem Fürsten, aus welcher hervorgeht, dass der letztere den französischen Einflüsterungen vom Religionskriege ein williges Ohr lieh.“

Wie O. KLOPP ferner anführt, wurden die Einzelheiten der Zusammenkunft von Steckborn in bestimmter Weise berichtet. Der spanische Botschafter in Wien, Borgomainero, legte ein aus Zürich an ihn gerichtetes Schreiben darüber vor. — Kaiser Leopold I. verneinte, irgend einen Auftrag solcher Art gegeben zu haben oder von dieser Besprechung in Steckborn etwas zu wissen. — Er sprach sich zu seinen Gesandten Kaunitz und Stratemann im Haag mit folgenden Worten aus: „Es geht Uns nicht wenig zu Gemüte, daß wegen des dem Freiherrn Seilern für kurze Zeit gestatteten Urlaubs so unbillige Gedanken und so unverdienter Argwohn gegen uns laut geworden sind.“ Er ließ durch Kaunitz weiter melden, „daß er die Sache untersuchen, daß er, wenn ein Schuldiger sich finde, ihn strafen werde“. — Diese Ausführung, schreibt O. KLOPP, unterblieb, aller Wahrscheinlichkeit wegen der Komplikation der Mitschuldigen, unter denen obenan stand der Schwager des Kaisers.

Noch späterhin ließ der Kaiser, um sich gegen den Verdacht von Verhandlungen mit Frankreich bei Wilhelm III. zu rechtfertigen, diesem durch Auersperg eine Erklärung zugehen. Letzterer verneinte (!) irgend welche Unterhandlung mit Frankreich,

geben. Wie sie schreiben, „hat man glaubwürdig die folgenden Nachrichten, daß erstlich vor Anfang der Tractaten von den Churfürsten von Pfalz an den König in Frankreich geschrieben

bemerkte aber nachher: „Es ist richtig, daß vor zwei Jahren in der Schweiz Zusammenkünfte stattgefunden, lediglich jedoch zum Zwecke des Anhörens(!), nicht des Unterhandelns“ (cf. p. 13). Diese Erklärung, die am 5. 15. Januar 1697 gegeben wurde, klingt wohl mehr wie ein Eingeständnis, daß die Steckborner Zusammenkunft mit Wissen und Willen des Kaisers geschah, was O. KLOPP allerdings bestreitet. — O. KLOPP, VI. 361/2. VII. 35—39. 215. 326. — Ueber die Verhandlungen in der Schweiz berichtet auch der *Mercure h. et p.* in den Oktober-, November-, Dezember-Heften des Jahres 1694, auf Grund von Schreiben aus der Schweiz und Deutschland, auch aus Straßburg; u. a. heißt es dort über die Schweiz: *On écrit même de ce Pais-là qu'il s'y fait quelques demarches de la part de la France pour donner ouverture à quelques négociations et qu'il s'y est tenu à ce sujet des particulieres conférences entre les Ministres de divers Princes.* — *Les conférences étoient composées du Nonce du Pape, de l'Abbé Morel et de quelques autres Ministres; [von französischen Gesandten werden noch de Harlay und Crecy-Verjus genannt, an anderer Stelle] et il est certain, qu'on y parloit des Preliminaires de la Paix. On pretend que le principal point agité dans ces Conférences concerne la nécessité qu'il y a d'avoir un Médiateur Catholique pour défendre les interêts de la Religion Romaine.* — *Les Conférences..tenues en Suisse environs de Constance.. n'ont produit aucun effet encore.... Les Lettres de Strassbourg du mois passé disoient qu'on devoit continuer ces Assemblées, mais que quelques Villes qui avoient été proposées avoient refusée d'y envoyer les Deputez pour ne donner pas de l'ombrage à l'Empereur et à la Ligue. D'autres Lettres donnent peu d'opinion du succez de ces Négociations.... Aussi comme je l'ai dit ailleurs, la France ne compte guerres sur ces Conferences.* — Dezember-Heft des *Mercure h.*, das auch von einer Einmischung Frankreichs in die Frage der Succession des Pfalzgrafen von Veldenz, Leopold Ludwigs († 1694) berichtet; hierbei wird von dem Kurfürsten von der Pfalz bemerkt: „*L'Electeur Palatin continue aussi les instances pour faire valoir son droit et pour demander d'être mis en possession.* — *Mercure h. XVII. 424|5. 505. 527. 614. 681|2.* — Im *Mercure h. XX. 255*, März-Heft 1696, heißt es noch: *Jusques ici la France le Pape a flattée qu'elle méditoit de fraper un coup, qui en même temps qu'il etourdiroit le parti Protestant*

und derselbe ersucht worden, daß er den Churfürsten zu der vorhabenden reformation zu statuten kommen und nicht nur occasione belli damit den Anfang machen, sondern auch bey dem bevorstehenden Frieden prospiciere möge, daß alle zu solchem Ende gemachte Veränderungen bleiben müßten. Die Antwort Ihrer Königl. Maj. solle dahin gegangen seyn, daß dieselbe zwar den Eyffer Ihrer Churfürstl. Durchl. Ihro gefallen ließen: Weilen es aber die Sachen im Reich antreffe, würden Dieselbe sich besser bey dem Kaiser, als Dero Schwester Mann angeben und dessen Beystandes sich bedienen können. Der König mögte die sämtliche Protestirende dardurch nicht desobligiren, wiewohl er gern helfen wollte, wann er füglich occasion hätte“.

Diese Angaben des württembergischen Berichtes, der für sie leider keine Quelle nennt, sich aber in seinen Mittheilungen vorsichtig zeigt, gehen also darauf hinaus, daß die Anregung zur Klausel durch den Kurfürsten von der Pfalz, Johann Wilhelm, schon vor Beginn des Ryswijker Friedenskongresses erfolgte.

Wir nehmen den berichteten Vorgang, der vielleicht schon in das Jahr 1694, in den Zeitraum zwischen dem erwähnten Briefwechsel des brandenburgischen und pfälzischen

releveroit la Religion Romaine dans tous les endroits où elle n'est pas dominante. Mais ce sont des projets chimeriques. — Wie O. KLOPP, Bd. VII. 215 ff. schreibt, wußte es die französische Partei in Wien „im Beginne des Jahres 1696 wieder(!) dahin zu bringen, daß der Kaiser eine Beredung mit Frankreich — in Padua im März 1696 — verstattete“, die aber erfolglos verlief.

Der französische Diplomat Chamois erklärte im Jahre 1701 dem württembergischen Gesandten v. Hiller: „Wann man wissen wollte, woher die Clausel gekommen, so könnte es gar dienlich mit den in währendem letztern Krieg zu Florenz und Steckborn bey Constanx errichteten Recessen, geführten Protocollen und Schrifften per singula vota gezeigt werden.“ Chamois, der noch weiter zu Hiller bemerkte: „Es könnte mithin unläugbar dargethan werden, dass die Clausel nicht von Frankreich, sondern von andern an die Hand gegeben worden“, deren Namen aber der württembergische Gesandte der Feder nicht anvertrauen wollte, hatte diesen zuvor vor dem Kaiserhofe gewarnt. SATTLER, XII. 270.

Kurfürsten und dem Beginn der Steckborner Verhandlungen fällt, der jedenfalls bei der Denk- und Handlungsweise Johann Wilhelms sowie seiner abhängigen Stellung gegenüber Frankreich leicht erklärlich ist, als Thatsache hin, ohne hierfür sichere anderweitige Belege beibringen zu können.

Wir möchten nun weiter — was der württembergische Bericht noch nicht ausdrücklich besagt — behaupten, daß Johann Wilhelm alsdann seinen Schwager, den Kaiser Leopold, veranlaßte, ihm für seine kirchlichen Bestrebungen behülflich zu sein und sich darüber mit Frankreich in Einvernehmen zu setzen.

Wir glauben an dem Gange der Ryswijker Friedensverhandlungen nachweisen zu können, daß vom Beginn derselben an die Angelegenheit der Religions-Klausel seitens des Kaisers vorbereitet wurde, und daß die Klausel den Gegenstand längerer Verhandlungen mit Frankreich bildete, ehe sie auf dem Kongresse zum Vorschein kam. Und zwar glauben wir an dem durchaus planmäßigen Vorgehen des Kaisers sowie seines Schwagers folgendes als Hauptzüge bezeichnen zu dürfen.

Die evangelischen Reichsdeputierten wurden fortgesetzt daran gehindert, durch geeignete Schritte der Religions-Klausel vorzubeugen, und genötigt zur Annahme verfänglicher Entwürfe zu den Friedensartikeln III und IV (p. 15—42). Der Kaiser und sein Schwager brachten es dann dahin, daß unter Benutzung jener hierfür günstigen Artikel-Entwürfe die französischen Kongreß-Gesandten zur Einbringung der Religions-Klausel schritten, auf Geheiß ihres Königs, und diese dem heftigsten Widerstande der protestantischen Fürsten gegenüber aufrecht erhielten (p. 43 bis 67); zum Dank dafür wurden nachher Ludwig XIV. und seine Gesandten von kaiserlicher Seite bei den Evangelischen, deren kirchlicher Eifer als nächste Veranlassung zur Klausel hingestellt wurde, als Anstifter derselben verschrieen (p. 67 bis 85).

Im einzelnen aber nahmen die in der Angelegenheit der Klausel getroffenen Maßregeln wider die Protestanten etwa folgenden Gang.

III.

Die Vorkehrungen für die Klausel von kaiserlicher Seite bei dem dritten und vierten Friedensartikel.

Schon in einem Kommissionsdekret vom 3. März 1697¹⁾, in welchem der Kaiser dem Regensburger Reichstage die Annahme der schwedischen Friedensvermittlung anzeigte und darüber weitere Erwägung empfahl — „was weiteres zu beobachten oder zu begehren seyn möge bey An- und Fortgang solcher Handlung von wegen des Reichs- und dessen Ständen in deren Ungelegenheiten gegen die Cron Frankreich“ —, war hierbei die verfängliche Klausel hinzugefügt: „[indem allein mit derselben (d. h. der Cron Frankreich) einer-, von Ihrer Kayserlichen Majestät, dem Reich und denen Bundesverwandten anderseits, nicht aber von diesen unter sich die Handlung angestellet und geführet werden muß, und folglich andere Dinge, welche des Heiligen Reichs Stände unter sich, oder die hohe Alliierte etwa gegeneinander haben, wie die genannt seynd, dazu kundbarlich nicht gehören, noch dahin unter einigen Schein

1) FABER, III. 188. Actes I. 349. O. KLOPP, VII. 357/8. 365. Wie es in dem Kommissions-Dekret hieß, nahm der Kaiser die schwedische Vermittlung „hochwichtiger Ursachen halber“ unter dem Vorbehalt an, „daß, wofern die Cron Frankreich den von Ihr mit dem Reich geschlossenen und vollzogenen, auch zu Nimwegen Art. II bestätigten Münsterischen Friedens-Schluß nicht völlig herstellen würde, die Cron Schweden verbunden seyn und bleiben solle, die schuldige und Ihrer Kayserlichen Majestät von neuem versprochene Garantie im Werck zu leisten, in der ungezweifelten Zuversicht, daß Ihre Königliche Majestät zu Schweden nicht nur als Mediator die Lothringische Restitution, ohne welche der Friede nicht erreicht werden kann, und was sonst zu dessen Sicherheit erheischt wird, sondern auch in solchem Ansehen, und als Garant ferner die Frankreich obliegende Indemnisation als ein fürnehmes Stück sothaner Garantie zu wegen zu bringen, Ihro mit allen Fleiß angelegen seyn lassen, wie nicht minder die sämtliche Alliierte in ihren Angelegenheiten gegen Frankreich, welche erwähntermaßen bey dem Congresse vorzutragen allen und jeden frei und offen stehe, die hülffliche Hand einander getreulich bieten werden“.

gezogen, oder dabey zugelassen werden sollen oder können].“

Auf dem Ryswijker Kongresse nun traten die österreichischen Gesandten, die im Sinne dieses Kommissions-Dekretes im März auch Weisungen vom Kaiser erhielten, mit dessen Absichten bald nach Eröffnung der Friedensverhandlungen im Anfang Mai deutlicher hervor¹⁾).

1) Actes I. (mémoires historiques) p. XV. XVIII. XXI. LXI. LXIV. LXVI. L. LXXV. — Erst am 20. März traf der dritte österreichische Gesandte, Baron Seilern, im Haag ein, der dort mit Ungeduld erwartet wurde, weil man hoffte, daß er Instruktionen mitbringen würde, welche die baldige Eröffnung des Kongresses ermöglichten. — Vor Seilerns Ankunft erhielten die zwei ersten österreichischen Kongreß-Gesandten, die Grafen Kaunitz und Stratemann, vom Kaiser u. a. Befehl, von französischer Seite die Erklärung zu verlangen, daß auf dem Kongresse nichts anderes entschieden werden solle als die Zwistigkeiten, welche Frankreich mit den Alliierten habe. NEUHAUS, 78. 80. 206. HÄUSSER, II. 803. 805. MENZEL, Neuere Geschichte der Deutschen. Bd. III. p. 449.

Ueber Seilern, welcher früher pfälzischer Rat war, aus den pfälzischen Diensten nach Wien entrann, dort von der reformierten zur katholischen Kirche übertrat, findet sich folgende Bemerkung bei FR. WAGNER, Historia Leopoldi Magni. 1731. Bd. II. p. 396. (vergl. auch p. 440. 387 ff.): Ad Caunizium ac Strattemannum ab Caesare Seilerus Baro accessit, Rei publicae Germaniae legum, ac juris publici longe consultissimus, is qui raro exemplo jam octavo decimo anno ob ingenii praestantiam, gravibus Palatinae aulae negotiis adhibitus, dein ad Caesaream traductus, cum alias tum Neomagi praeclaram operam posuerat; in praesens autem Commissarii Caesarei munere ad Comitata fungebatur. Ratisbona suppositis equis profectus, ne vel iter sine negotio esset, Francofurti, de Franconici Circuli rebus diligenter cognoscit; — (nach den Actes kam Seilern auch von Frankfurt im Oktober 1696 nach Wien, wo er dann zum dritten Kongreß-Gesandten ernannt wurde) — Confluentiae Solerantum Treviri Cancellarium deduxit a proposito, materiam e diruendo Monte regali, lapidesque ad reparanda Ecclesiarum rudera petendi; videri enim eam arcem, si fieri posset, integram repetendam. Dissuasit item, ne Elector de Stabulonensi Sacerdotio ad Treviram ditionem adjungendo referret ad Conventum, ne exterorum judicium fieret, quod Pontificem inter ac Imperatorem unice peragi queat. Hagam appulsus salutationum ritibus solennibus omnino abstinuit.

Am 1./11. Mai stellten der kursächsische und der kurbrandenburgische Gesandte die Frage: „Ob dann die Kayserliche Gesandschaft, wann sie die Reichsdeputatos nicht zu den conferenzen mit den Französischen Ministris zulassen wollte, auch die Religions-Angelegenheiten vermög derer Reichs-Schlüsse und des Instrumenti pacis Westphalicae eiffrig treiben würden.“ Hierauf gab nun der österreichische Kongreß-Gesandte Baron Seilern die Antwort: „daß diese Frage anhero gar nicht gehörig, als da man enig und allein auf die Wiederherbeybringung der entzogenen Länder und Städte zu sehen. Sollte sich sodann befinden, daß ein oder die andere Veränderung in ecclesiasticis vorgenommen worden und ein Stand gegen den andern etwas zu suchen vermeynte, müßte solches nicht bey diesen Tractaten, sondern bey Kayserlicher Majestät und dem Reich vor- und angebracht werden“¹⁾).

Ja, es wurden auch die evangelischen Reichsdeputierten, die sich ihrer kirchlichen Angelegenheiten wegen am 2./12. Mai an die holländischen Kongreß-Gesandten und den schwedischen Friedensvermitteler, Baron Lilienroth, wandten, von diesen er- sucht, „sich noch mit der generali clausula restitutionis pacis Westphalicae tam in sacris quam profanis vergnügen zu lassen“, und besonders von Lilienroth darauf aufmerksam ge-

1) FABER, III. 720. J. J. MOSER, 96/7. — Seilern wiederholte am 12./22. Mai seine Aeüßerung. Die Quelle für die mitgeteilte Aeüßerung, eine „Relation der Evangelischen Reichs-Deputierten aus dem Haag wegen der in puncto religionis ganz widrig abgegangenen Friedens-Tractaten“, d. d. 5./15. Nov. 1697, unterzeichnet von dem kursächsischen Kongreß-Gesandten Bose, enthält zuvor die Bemerkung: „Man hat gleich anfangs wahrgenommen, ist auch aus der allgemeinen Reichs-Instruction, wie nicht weniger aus dem Kayserlichen notifications Commissions Decret de dato Regenspurg den . . . dises Jahres bekannt und haben sich dessen unterschiedene Kayserliche Ministri von geraumer Zeit her vernehmen lassen, daß auf gegenwärtigen Fridens-tractaten nichts, als was das Reich mit Frankreich zu entscheiden, nicht aber, was die Constatus unter sich oder die innere Reichs-Verfassung betreffe, als dahin man die strittige Religionspuncten jedoch wider den warhafften Verstand gedachter Reichs-Intruction mit Gewalt ziehen wollen, vorzutragen wär.“

macht: „wann die Protestirende dises ihr führendes zwar billiges Absehen (nemlich ad specialia zu gehen) allzuzeitlich entdeckten, sey allerdings zu befürchten, daß sämtliche Catholische Puissancen zusamentretten, den Frieden quoad politica auf andere Art schließen, die ecclesiastica aber gar excludiren möchten“¹⁾).

Die österreichischen Gesandten machten nun auch wegen der Aufnahme der General-Klausel in ihre Friedensentwürfe²⁾ Schwierigkeiten; sie gewährten dieselbe erst im Anfang August, noch dazu in sehr zweideutiger Form, und wiesen darauf bezügliche erläuternde Zusätze zu ihren Friedensartikeln auf das entschiedenste zurück.

Was zunächst an solchen Artikeln im Mai und Juni von den österreichischen Gesandten in Vorschlag gebracht wurde, fand nicht den Beifall der Franzosen und darum auch keine weitere Verwendung.

Doch wurden diese auch von den Kaiserlichen um die Ge-

1) FABER III. 726. MOSER 48/9. SATTLER XII. Beilagen p. 73. — Es sei bemerkt, daß, wo in der Abhandlung keine doppelte Datierung stattfindet, sondern einfache, unter letzterer stets die neuen Stils zu verstehen ist.

2) Ein erster Entwurf der österreichischen Gesandten, vom 8./18. Mai, enthielt als zweiten Artikel die Bestimmung: *Restituenda omnia a Gallia post pacem Monasteriensem ejusque executionem quacunque ratione occupata*, Actes II. p. 61. p. XXII. SATTLER XII. Beilagen p. 51/2. — Der kursächsische Bericht vom 5/15. Nov. 1697 (der p. 17 Anm. 1 erwähnte) hebt hervor, wie „man gleich wahrgenommen, daß in dem § 2 von *Pace Monasteriensi*, nicht aber *Pace Westphalica*, ungeachtet in denen vorhergehenden *praeliminaribus* dises nie, aber jenes gedacht worden, Erwähnung geschehen und daher wohl muthmaßen können, daß hierunter nichts anderes als die *exclusio ecclesiasticorum* von disen Tractaten gesucht werde“. SATTLER XII. Beilagen p. 71. — Statt der Nennung des Münsterschen Friedens — der nur zwischen dem Kaiser und Frankreich geschlossen war — verlangten die Reichsdeputierten die Bezeichnung *pacem Westphalicam*, ferner hinter dem Worte *ratione* den Zusatz: *tam in sacris quam in profanis occupata et mutata*.

Die österreichischen Gesandten nahmen in einen erweiterten Friedensentwurf vom 12./12. Mai aber nur die erstere Aenderung auf.

währung besonderer Zusammenkünfte ersucht¹⁾), in denen sie über ihre Angelegenheiten mit ihnen verhandeln könnten, ohne von den andern Gesandten beobachtet zu werden; die Franzosen wünschten zunächst die Abstattung der üblichen Vorstellungsvisiten, welche von den Kaiserlichen ceremonieller Kleinigkeiten wegen bisher aufgeschoben waren.

1) Actes II. p. XXV. XLV. 34. Als die österreichischen Gesandten infolge der Ausstellungen der Franzosen am 15. Juni mit einem neuen Friedensentwurf den Anfang machten und diese hiervon und von ihrem Wunsch nach besonderen Zusammenkünften durch Lilienroth benachrichtigen ließen, fanden sie nach den Actes folgende Aufnahme: Les ambassadeurs de France refusèrent de recevoir ces propositions des Ministres de l'Empereur et dirent, qu'ils ne pouvoient comprendre le mystère de leur demande; denn die kaiserlichen Gesandten, erklärten sie weiter, könnten ebenso gut in den gewöhnlichen Konferenzen als in besonderen Zusammenkünften die Angelegenheiten verhandeln. Hätten sie aber irgend eine Sache notwendig mit ihnen allein zu verhandeln, so könnten sie wohl kommen und sie besuchen, da die Kaiserlichen zuerst am Orte gewesen seien, wenigstens die Grafen Kaunitz und Stratemann. Sie, die französischen Minister, würden dann nachher auch, wie sich gebühre, dem Baron Seilern, der nach ihnen eingetroffen sei, den ersten Besuch machen. — Nach einem Berichte des Münsterschen Gesandten, Freiherrn von Plettenberg, bei NEUHAUS p. 127, „hätten die französischen Minister sich zu den besonderen Zusammenkünften nicht verstehen wollen und sich dahin ausgesprochen, daß hinter diesem Verlangen etwas Anderes stecken müsse. Als der Mittler jedoch den Franzosen in dieser Sache zugeredet, hätten sie sich dahin erklärt, daß sie, wenn zwischen ihnen und den kaiserlichen und anderen Gesandten erst die üblichen Besuche stattgefunden hätten, wohl des Tages über nicht einmal, sondern viermal zu Ryswick erscheinen wollten, um die Friedensverhandlungen zu befördern“. Aehnlich äußerten sie sich später; vergl. p. 27.

In den Actes wird von den Visiten der österreichischen und französischen Gesandten bemerkt: Ces ministres sortirent les uns et les autres fort satisfaits de ces entrevûes, se flatant que la Négociation s'avanceroit beaucoup plus de cette maniere. Act. II. p. LX. LV. 155—157. NEUHAUS 142/3. 146. NEUHAUS erwähnt p. 222 noch einen Privatbesuch des französischen Gesandten de Harlay bei dem Grafen Kaunitz, bei Vorgängen aus dem August.

Die Visiten fanden am 30. Juni und 1. Juli, zur hohen Zufriedenheit beider Teile, statt und hatten bei dem Entgegenkommen der Franzosen gewiß weitere Privatbesuche und Annäherungsversuche zwischen ihnen und den Kaiserlichen zur Folge — nicht zum Nutzen der Reichsstände, namentlich der evangelischen; eine Beschleunigung des Friedens, für den die Kaiserlichen am 29. Juni von den Franzosen ein ausführliches Projekt verlangten, trat keineswegs, wie man wohl hoffte, ein.

Ert am 20. Juli reichten die Franzosen ein Friedensprojekt ¹⁾

1) Nach dem Entwurf vom 15. Juni, auf den die Franzosen nicht eingingen, brachten die Kaiserlichen am 22. und 23. Juni die ersten Artikel eines neuen Entwurfs ein, die den Franzosen am 22. und 25. Juni vorgelegt wurden. Der Mittler erklärte am 25. Juni, die Franzosen hätten ihm vorgeworfen, daß die Friedensverhandlungen einen zu langsamen Fortgang nähmen; hierauf traten am 29. Juni die Kaiserlichen mit der Forderung eines ausführlichen Friedensprojektes hervor. NEUHAUS, p. 128—145. Actes II. p. XLVIII. LI. LII—LVI. XXII. XLV. 143 ff. 154. 164 ff. 175/6. O. KLOPP, VII. 386 ff. FR. WAGNER, II. 410. 412. etwas abweichend. — Der von den Kaiserlichen am 23. Juni entworfene Artikel handelte nach dem mitgeteilten Anfang noch ausführlich von den Reunionen; sein Inhalt entspricht ungefähr dem der Artikel III und IV des Friedensinstrumentes. Die Actes bemerken über den Artikel vom 23. Juni: Les trois Ministres de l'Empereur dressèrent un second article du Traité dans la forme qu'ils jugèrent la plus convenable. Actes II. p. LII. 122|3; in den Actes heißt es weiter: Le 24. juin les Ambassadeurs et Plenipotentiaires de l'Empire examinerent dans leur assemblée ledit article projeté par ceux de l'Empereur et y trouvant quelques points à quoi on ne devoit nullement souscrire, à cause de la consequence que les François en pourroient tirer contre la Religion Protestante etc. Actes II; LIII. NEUHAUS, 136—138.

Die Fortsetzung des Artikels nach den Worten nisi quatenus nunc aliter expresse conventum fuerit lautete: Omnia imprimis post illam eiusque executionem Norimbergensem sive specie iuris, sive aperta vi, sive quavis alia ratione a Sacra Regia Majestate Christianissima huc usque occupata, antea a Sacra Caesarea Majestate et Imperio ejusque Statibus . . . possessa loca . . . restituantur, quaeque alias post dictam pacem juxta conventionem Norimbergensem executioni mandatam, nomine seu praetextu Suntgoviae, Landtgraviatus Alsatae, Praefecturae Provincialis Hagenoensis . . . mutata, seu innovata sunt, aboleantur ac redintegrentur, atque ita

ein, an das sie aber nicht länger als bis zum 31. August gebunden sein wollten.

Die Kaiserlichen, welche in einem Schriftstück vom 5. August, betitelt *Responsio Caesarea ad projectum Gallicum*, ihre Gegenbemerkungen machten, kamen bei diesen auf ihre letzten Entwürfe vom Juni zurück.

Ein am 23. Juni von den Kaiserlichen abgefaßter Artikel, welchen diese am 25. Juni den Franzosen hatten vorlegen lassen, lautete folgendermaßen in seinem Eingang: *Pacis huius basis et fundamentum sit pax Westphalica, pace etiam Neomagensi restabilita, eaque statim a commutatis Ratificationum formulis plene executioni mandetur, et posthac sarta tecta conservetur, nisi quatenus nunc aliter expresse conventum fuerit.*

Dieser Artikel wurde in der vorliegenden Form, welche die Kaiserlichen am passendsten fanden und auch beibehielten, sogleich für zweifelhaft und verfänglich erachtet; die Reichsdeputierten erklärten einige Punkte des Entwurfs für unannehmbar „wegen der Folgen, welche die Franzosen aus denselben gegen die protestantische Religion ziehen könnten“.

In dem französischen Projekt vom 20. Juli lautete denn auch schon wenig versprechend der Artikel II: *Comme les Traitez de Munster et de Nimègue doivent faire la base et le fondement de celui-ci, et en la manière qu'ils ont été joints l'un à l'autre dans celui de Nimègue, en sorte que ce dernier se peut dire les contenir l'un et l'autre: le susdit Traité*

restituta seu reintegrata deinceps in perpetuum sub Sacrae Caesaræ Majestatis et Imperii ditione seu Clientela quietæ relinquantur: non obstantibus, sed abrogatis et cassatis, quantum huc pertinent, notis seu incognitis, clam vel palam a quocunque factis aut faciendis Legibus.. unionibus, reunionibus... omnibus demum, quæ contraria credi, allegari, aut excogitari unquam possint, etsi talia sint, ut eorum specialior seu amplior mentio fieri debeat, aut abrogatio seu annullatio nulla seu invalida dici posse videatur. Actes II. 124. Während der Anfang des Entwurfs in dem endgültigen Friedensinstrument Verwendung fand, wurden die etwas vorbeugenden Schlußbestimmungen fallen gelassen.

de Nimègue sera ici rappellé comme s'il y étoit inseré mot-à-mot, et exécuté dans tous ses points et articles, à moins qu'il n'y fût expressément derogé¹⁾).

Die Kaiserlichen, deren Entschluß, den Franzosen die Aufstellung eines Friedensprojektes anheimzugeben, schon von vornherein verfänglich war, übrigens auch von den spanischen Gesandten mißbilligt wurde²⁾), verschlimmerten nun mit der Einbringung ihrer Responsio, offenbar absichtlich, die Lage der Protestanten. Um die Klausel nisi quatenus etc. durchzusetzen, stellten sie in dieser Gegenschrift dem französischen Artikel II ihren Entwurf vom 23. Juni gegenüber. Ja, sie scheuten selbst nicht Opfer, um ihn den Reichsdeputierten, insbesondere den protestantischen, annehmbar zu machen. Es wurden, wie es in dem kursächsischen Bericht vom 5./15. Nov. heißt, „auf des gesambten Reichs Erinnerung die vormahls verlangte Wort in sacris et profanis inseriert, da dann bey dieser Gelegenheit anzurühmen, daß samtliche anwesende Catholische Mit-Ständ so lang man Evangel. seiten in terminis generalibus geblieben oder bleiben können, der Reichs-Instruction gemäß treulich beygestanden“³⁾. Aber es war mit dem Entwurf vom 23. Juni nur auf das Verderben der Protestanten abgesehen. Und daß ihnen die General-Klausel tam in sacris quam profanis trotz anfänglichen Widerstrebens zugestanden wurde, war ein verdächtiger Widerspruch in dem Verfahren der österreichischen Gesandten, welchen diese auch nur in einer mangelhaften Weise zu entschuldigen vermochten.

1) Actes II. 222.

2) Actes II; LVIII. NEUHAUS, 144. 150/1. Die spanischen Gesandten hoben richtig hervor, daß durch das Verfahren der Kaiserlichen den Franzosen Gelegenheit gegeben werde, die Friedensbedingungen nach ihrem Belieben einzurichten. Schon daß die Kaiserlichen bei ihrer Responsio wieder auf die Klausel nisi quatenus zurückgriffen, verriet deren Bestreben, den Franzosen für die Einbringung der Religions-Klausel Gelegenheit zu geben, wie dies noch näher im folgenden ersichtlich wird. Vergl. u. a. p. 29.

3) SATTLER XII. Beilagen p. 73.

Sie schrieben in einem Bericht an den Kaiser, d. d. 19. Dez. 1697 ¹⁾: Wir haben gleichwohl, nachdem wir die Reichs Instruction gelesen, und einige Protestirende alles auf ihre gefahrgenommen, in unserer, denen von uns vorhero eingehalten erinnerungen der Reichs Ständischen Ministrorum gemäß, eingerichtet, und ihnen den 1. Augusti zur Berathschlagung nochmahls zugestellten, der Frantzösischen Gesandtschaft aber den 5. Augusti überreichter andtwort auf den 3., 4. und 5. Articul des Frantzösischen Fridens Projects sothane wort zu zwey mahlen aufgedruket ²⁾: in sacris et profanis plene executioni mandetur etc., quae nulla ex causa seu ratione in Ecclesiasticis vel Politicis a Rege Christianissimo mutata seu innovata sunt, aboleantur ac redintegrentur etc., und ein ander derselben Ministrorum verlangen nach, wegen der Beneficiorum Ecclesiasticorum ad Art. 15. und 16. das wort Catholica zu gesetzet ³⁾, auch das erste und letzte in unserm nachgehens im anfang des Octobris gezwungener weise enger eingezognen erstern Friedens Project wiederhohlet.“

Aber unter dem Schein solcher Zugeständnisse wurde lediglich zu deren Wiederaufhebung mit dem am Schlusse durch die Worte nisi quatenus etc. verklausulierten Entwurf vom 23. Juni

1) Actes IV. 195. 197. 304. Gegen ein Reichs-Gutachten vom 26. Nov. 1697, in welchem über die geringe Berücksichtigung kirchlicher Fragen auf dem Kongresse Beschwerde geführt wurde, rechtfertigten sich die österreichischen Kongreß-Gesandten in einem Kollektiv-Bericht vom 19. Dez. 1697; sie wurden in einem kaiserlichen Kommissions-Dekret vom 11. Febr. 1698, welchem dieser beigefügt wurde, in Schutz genommen.

2) Mit den angegebenen Aenderungen versehen, wurde der Entwurf vom 23. Juni im übrigen wörtlich in die Responsio Caesarea aufgenommen.

3) In der Responsio Caesarea hieß es ad Art. 15. 16: Si tamen ejusmodi beneficia Ecclesiastica Catholica mediata vel immediata, durante hoc bello, ab una alterave parte in terris seu locis sibi tunc subjectis juxta primaevae institutionis ac generalium vel particularium de iis factorum statutorum legitimorum normam aliis capacibus collata fuerint, ea non minus atque illa beneficia Ecclesiastica Catholica quae ante praesens bellum in locis ex hac pace restituendis tali modo collata fuerunt, modernis possessoribus relinquuntur. Actes II. 313.

der Grund gelegt. Es war ein durchsichtiges Spiel der Kaiserlichen, wenn der Einfügung der Worte *tam in sacris quam profanis* von ihnen Gefahren beigemessen wurden, welche auch nur einige Protestanten auf sich zu nehmen gewollt hätten ¹⁾).

Die Kaiserlichen wollten schon auf dem Kongresse in der Berührung kirchlicher Fragen bei den Verhandlungen mit den Franzosen eine Herausforderung derselben zu Einmischungen in diese Angelegenheiten sehen.

So wendete Seilern am 18. Juni gegen die Klausel *tam in sacris quam profanis* ein, „daß der kaiserliche Hof wie auch einige vornehme protestantische Herren der Meinung wären, man müsse deshalb in diesem Friedensvertrage von der Klausel abstrahieren, weil dies nicht

1) Aehnlich entschuldigen sich die Kaiserlichen schon vorher in dem Bericht: „Wir sind darauf nicht in abrede, daß im Maio bey anfänglicher verfassung der Kaiserlichen Postulatum, und da man im Junio articuls weise zu handeln gemeinet, darin man iedoch nicht über den ersten articul gekommen, in dem von uns gemachten, und denen Reichs Ständischen Ministris mitgetheilten entwurf des 3. Articulis, wir bey der geforderten oder bedungenen herstellung des Westphälischen Fridensschlusses wegen der dadurch zurück bekommenden orte, die wort in *sacris et profanis* für überflüssig, oder auch bedenklich gehalten, in deme die gemeine herstellung besagten Fridensschlusses auf allen dessen inhalt sich vorhin verstunde, und derselbe in allen des Reichs Botmäßigkeit unterworffenen Landen ietzt und inskünftig Statt finden und gehandelt werden müsse, noch darzu Frankreichs einwilligung zu begehren nöthig oder rathsam scheine, sondern damit zu widrigen zumuthungen leicht anlass gegeben werden könnte: uns hat auch gedunket, mehr dan ein Protestirender Minister finde diese vorstellungen nicht unge reimbt, etliche lissens sich auch mehr von andern ihres glaubens genossen entziehen, als daß sie es selbst hefftig trieben.“ Actes IV. 304. Wenn sich die Kaiserlichen in dem Collectiv-Bericht auch schon weniger sicher auf zustimmende Urtheile von protestantischer Seite beriefen als auf dem Kongresse, so stellten sie doch das dort herrschende Verlangen nach kirchlichen Garantien, deren dürftigste nur die schon in der Reichsinstruktion enthaltenen Worte *tam in sacris quam profanis* waren, noch möglichst als vereinzelt und übertrieben hin.

Frankreich, sondern allein das Reich angehe. Man müsse nicht selbst in dieser Beziehung den Franzosen „einen Scrupel machen“. . . . Sollte Frankreich sich dabei etwa schwierig zeigen, so wäre zu „befahren“, daß man durch diesen unnötigen Scrupel die Verhandlungen nur aufhielte¹⁾.

Aehnlich erklärte am 24. Juni der österreichische Gesandte Graf Kaunitz mit Bezug auf die Worte tam in sacris quam profanis: „Es könnte diese Sache die Franzosen an einige Punkte erinnern, die sie vielleicht vergessen hätten“²⁾.

1) NEUHAUS, 130. Seilern gab damals dem Münsterschen Gesandten, Freiherrn von Plettenberg, zu verstehen, „ihm sei versichert worden, daß Frankreich die von der Kaiserlichen Gesandtschaft projectirten Puncte nicht annehmen würde. Es wäre deshalb dienlicher gewesen, dieselben zu restringiren; sie hätten dieselben jedoch in dieser Weise aufstellen müssen, damit ihnen nicht vorgeworfen werden könnte, daß der Kaiser für diese Sache nicht Vorsorge genug an den Tag gelegt hätte“.

2) Vollständig lautete die Antwort Kaunitz': il souhaiteroit bien de leur (d. h. den Protestanten) pouvoir donner satisfaction, mais qu'il y avoit des raisons qui ne le lui permettoient pas; vû que cette matière ne devoit pas être décidée par les François, étant une affaire domestique et particuliere de l'Empire, laquelle n'avoit aucun raport à la Paix qui se devoit faire avec la France: bien loin de là; elle pourroit faire souvenir les François de quelques points qu'ils avoient peut-être oubliés.“ NEUHAUS, 136 ff. Actes II; p. LIII.

Bei FR. WAGNER, II. 406/7 wird bemerkt: Protestantibus suis haud minus, quam Republica solliciti, urgent Caunizium: primae capitis formulae ea quoque verba in sacris et profanis apponi curaret; Caesarem ipsum inter belli causas, innumeras Pacis in sacris perinde ac profanis violationes attulisse, quas nimirum sarciri aequum sit. Ratisbonensia Comitia idem deputatis magnopere commendasse; Suecum ac Anglum singularem officiis pactisque teneri; revera sine gravissima Rei publicae concussionem religiones ne leviter quidem moveri posse. Admoniti porro: religionum causam nihil ad externos pertinentem, Ordinibus unice cum Caesare transigendam; qui avidè nimium peti videat, duriores fieri; quodque ultro alioquin daturus erat, vel negare, vel morâ intendere pretium, ac magni instar beneficii, nec

Und noch deutlichere Anspielungen auf Gefahren führt von den Kaiserlichen der kursächsische Bericht vom 5./15. Nov. an; sie verwarfen nach demselben das Verlangen der Protestanten nach kirchlichen Garantien mit dem Bemerken, „daß es der Kayserl. allergnädigsten ertheilten Instruction gänzlich zuwiderlauffe und daß sie diese unsere¹⁾ (d. h. der Protestanten) darunter führende Gedanken allbereits vor geraumer Zeit an Ihre Kays. May. allerunterthänigst berichtet, die dann auch das Werck durch die Ministros reifflich überlegen, nicht weniger das Gutachten unterschiedener vornehmer protestierender Ständen des Reichs darüber vernehmen lassen und befunden, daß es auf keine Art rathsam sey von restitutione in ecclesiasticis in dem Friedensinstrument die geringste Erwähnung zu thun, damit eines theils Franckreich aus den Reichs-Sachen gelassen, andern theils aber ihm dadurch nicht Gelegenheit gegeben würde die restituenda in politicis schwer zu machen und denselben ratione ecclesiasticorum solche clausulas oder conditiones

sine pompa tribuere; alioquin Westphalicae nomine sacra ac profana contineri; haud destitere tamen, dum obtinerent (was erst im August geschah).

Die evangelischen Reichsdeputierten führten nach dem ablehnenden Bescheid Kaunitz' in einer Denkschrift vom 25. Juni, in welcher sie ihre, der vom Kaiser bestätigten Reichsinstruktion entsprechenden Forderungen rechtfertigten, Beschwerde beim schwedischen Vermittler, der ihnen versprach zu thun, was in seinen Kräften stände. Actes II; p. LIII. LIV. 143. NEUHAUS, 136—138. 194. 233. Der Vermittler ließ es während des Congresses nicht an Eifer für die Sache der Protestanten fehlen, ohne indes für diese die Aussichten günstiger gestalten zu können; als er z. B. am 29. August den Franzosen drohte, Schweden würde nötigenfalls mit den Waffen die Wiederherstellung des von ihm garantierten Münsterschen Friedens erzwingen, mokquierten sich diese nur über die Drohung. MOSER, 68.

1) MOSER, 601. — Der kursächsische Bericht vom 5./15. Nov. bemerkt zuvor: „Obgleich sowohl die Mediation, als England, Dänemark und die Generalstaaten sich eifrigst bemühten, so konnten sie doch von der kaiserlichen Gesandtschaft keine andere Antwort erhalten als die Deputierten.“

sine quibus non anzufügen, daß sie in den dem Instrumento pacis Westphalicae gemäßen Stand nicht wieder gesetzt werden könnten“¹⁾).

Mit diesen letzten Worten konnte ebenso wie mit den vorher angeführten Andeutungen Seilerns und Kaunitz' kaum etwas anderes gemeint sein als die Religions-Klausel des späteren Artikel IV, für welche ja die österreichischen Gesandten entsprechend den frühzeitigen Weisungen des Kaisers durch die Bekämpfung der protestantischen Forderungen und durch Einbringung des zweideutigen Entwurfs vom 23. Juni den Weg schon bahnten und wohl den Franzosen zeigten. Wir meinen, sie machten diese durch das Gesuch²⁾ um besondere Zusammen-

1) MOSER, 60|1. FABER, III. 722 ff. SATTLER, XII. Beil. p. 72. Diese Erklärung, für welche eine genauere chronologische Angabe fehlt, lautete noch weiter: „da man hingegen von kayserlicher Seiten die Versicherung geben wollte, daß hierunter nichts gefährliches oder etwas, so der Religion einigen Nachtheil bringen könnte, gesucht würde, sondern wie Kayserliche Majestät schuldig, also wäre sie auch erbietig, wann nur vorhero von Frankreich die Restitution derer abgenommenen Ländereyen und Städte erfolget, so dann auch die Ecclesiastica auf vorigen und Reichs-Constitutions mässigen Fuss zu lassen; allein müsse diese Strittigkeit coram Diaetis et Dicasteriis Imperii ausgemacht, nicht aber dem arbitrio einer auswärtigen Crone unterworfen werden.“ Diese Ausführungen widersprachen offenbar der Bestimmung der Reichsinstruktion, welche, wie die Protestanten mit Recht auch betonten, ausdrücklich besagte: que les Paix de Westphalie et de Nimègue doivent être rétablies tant à l'égard des affaires Ecclésiastiques que des politiques d'une manière, qu'après la Paix il n'y aye plus besoin d'aucune autre recherche, arbitrage, compromis ou autre règlement. Actes II. 146|7. SATTLER XII. Beil. p. 55.

2) O. KLOPP schreibt, Bd. VII. p. 378: „Das Schwergewicht der Sache lag nicht in den pomphaften Konferenzen auf dem Schlosse zu Ryswyck, sondern nach wie vor in den geheimen Beredungen der Holländer mit den Franzosen. Die kaiserlichen Botschafter ließen durch den Vermittler Lilienroth die Franzosen wiederholt zu einer ähnlichen Besprechung auffordern. Sie wichen aus.“ Mit dieser kurzen undeutlichen Wendung geht O. KLOPP, der jene Angaben bei Besprechung der Vorgänge im Monat Mai, ohne Nennung der Quelle, macht, über das wiederholte Verlangen der

künfte auf ihre geheimen Absichten aufmerksam, auch mit denselben bei den durch die Begrüßungsvisiten eingeleiteten und später gewiß wiederholten Privatbesuchen näher bekannt und schöpften, mehr oder minder berechtigt, Hoffnung auf französische Hülfe. Nur in der Absicht, um so eher den Verdacht der Mitschuld an der Klausel von sich abzulenken, sowie auch die Protestanten von ihren Forderungen abzubringen, wurde diesen von den österreichischen Gesandten die Bedeutung einer Herausforderung Frankreichs frühzeitig und geflissentlich beigelegt.

Ihr Entschluß, den Franzosen die Aufstellung eines Friedensprojektes anheimzugeben, ihre Rückkehr zu dem Entwurf vom 23. Juni, wie ihre Einwilligung in die Worte *tam in sacris quam profanis* deuteten gewiß darauf hin, daß sie mit Hülfe der Franzosen und ihres eigenen Entwurfs ¹⁾ die Religions-Klausel,

Kaiserlichen hinweg. Leider schweigt O. KLOPP öfters, wo über diese zu reden wäre.

1) Es erwähnt O. KLOPP nur kurz Friedensvorschläge der Kaiserlichen aus dem Monat April und Juni; bei den ersteren bemerkt O. KLOPP noch: „Der Monat April verging mit den Erörterungen hin und wieder, bis die Kaiserlichen sich bewegen ließen, von der vorläufigen Zusage der Rückgabe Lothringens abzustehen.“ Ueber die Friedensvorschläge der Kaiserlichen im Monat Juni schreibt O. KLOPP: „Die Kaiserlichen reichten ihre erste Schrift ein, und der Vermittler überlieferte sie den Franzosen. Sie gaben sie zurück; denn der Titel *Christianissimus* sei darin nicht mit großen Buchstaben geschrieben.“ O. KLOPP, VII. 374. 383 f. Ferner führt O. KLOPP an: „Am 19/29. Juni, als die Botschafter der Verbündeten sich im Schlosse zu Ryswyck eingefunden, eröffnete ihnen der Graf Kaunitz, daß der bisherige Weg der Verhandlung über einzelne Punkte gar zu langwierig sich gestalte und den Anlaß biete zu vielen Verzögerungen.“ KLOPP erwähnt dann das Verlangen nach einem vollständigen französischen Friedensentwurfe, ferner die Vorstellungsvisite des Grafen Kaunitz bei den französischen Gesandten und bemerkt über diese: „Die Unterredungen streiften nur zuweilen die Politik. „Wie viel besser würde es sein“, warf der französische Gesandte Harlay hin, „wenn der Kaiser und der König zusammen gingen!“ „Der Kaiser“, erwiderte Kaunitz, „hat wie immer, so auch in diesem Kriege nur gezwungen zu den Waffen gegriffen.“ O. KLOPP VII. p. 386. 387.

wenn auch unter vorläufigen Zugeständnissen, doch schließlich durchzusetzen wünschten und hofften.

Und nachdem im Anfang des Oktober das österreichische Friedensprojekt, wie die Kaiserlichen berichteten, „gezwungener weise enger eingezogen“ und in der den Franzosen passenden Form in dem endgültigen Friedensinstrument Aufnahme gefunden hatte, verlangten diese in der That die Religions-Klausel unter der Begründung, „sie hätten auch vermög der dem Art. III beygesetzten clausel, nisi quatenus aliter conventum fuerit, Recht zu disem monito“¹⁾).

Endlich führt O. KLOPP bei dem französischen Projekt vom 20. Juli, welches von Paris gesendet wurde, an: „Besonders merkwürdig jedoch ist es, welche Lücke die Gesandten der protestantischen Reichsstände sofort herausfanden. Das französische Friedensproject, sagten sie, enthalte nichts über die Herstellung in Betreff der kirchlichen Angelegenheiten in den Ländern, welche Frankreich zurückgeben wolle. Es müsse daher der zu Regensburg in dieser Beziehung entworfene Artikel zu Grunde gelegt, und von da aus versucht werden, in wie weit man damit durchdringen könne.“ O. KLOPP, VII. p. 402. 403. Indem KLOPP nur noch einige Erwiderungen der Kaiserlichen angiebt, u. a. eine von Kaunitz schon einen Monat vorher gethane Aeüßerung, verschweigt er, wie viel Hindernisse sie den Protestanten vorher und nachher bereiteten, und wie verdächtig sie dadurch ihr Verhalten machten.

1) SATTLER, XII. Beilagen p. 79. O. KLOPP, VII. 460|1. O. KLOPP beginnt erst kurz vor der Darstellung der Einbringung der Klausel folgendes zu bemerken: „Dagegen that sich in der zweiten Hälfte des Monates Oktober eine neue besondere Schwierigkeit hervor. Es war den protestantischen Reichsständen darum zu thun, daß der Protestantismus gesichert bliebe, sowohl in den Territorien, welche das Reich an Frankreich überlassen sollte, also z. B. in Straßburg, als in denen, welche der König zurückgeben würde. Deshalb drängten sie in die kaiserlichen Botschafter, daß in den dritten Artikel der Zusatz eingerückt werde: in sacris et profanis.“ Mit diesem Zusatz bringt O. KLOPP gerade nichts Neues: neu ist die Wahrnehmung, die er an dem Nachsatz des Artikel III, den Worten nisi quatenus nunc aliter expresse conventum fuerit, macht; er schreibt: „Es scheint, daß die protestantischen Reichsstände bei diesem von ihnen selbst eingebrachten Satze irgend eine Gefahr nicht gahnt haben. Sie hatten überhaupt die ganze Fassung aus dem

Ehe sich aber die Franzosen zu diesem entschiedenen Eintreten für die Klausel, auf das noch näher zurückzukommen ist, herbeiließen, bedurfte es erst völliger, sie zufriedenstellender Erledigung der Friedensangelegenheiten. Es handelte sich bei diesen hauptsächlich um Lothringen, Straßburg, die 10 kaiserlichen Städte im Elsaß ¹⁾, die übrigen Reunionen sowie die Pfalz. Und es waren hierüber in dem französischen Projekt vom 20. Juli ziemlich harte Bedingungen gestellt.

IV.

Beziehungen der Klausel zur Lothringer, Straßburger und pfälzischen Frage.

Die österreichischen Gesandten fanden wegen dieser territorialen Fragen, namentlich wegen Straßburgs, so langwierige Auseinandersetzungen mit den Franzosen für notwendig, daß für eine gründlichere Behandlung der kirchlichen Angelegenheiten schließlich keine Zeit gelassen wurde.

Die evangelischen Reichsdeputierten hatten auf eine solche, entsprechend einem Rate Lilienroths ²⁾, anfangs gern verzichtet,

Instrumente des westfälischen Friedens herübergenommen.“ O. KLOPP bezeichnet die Fassung des dritten Artikels „als eine im Interesse der protestantischen Reichsstände nicht vorsichtige“. Sehr richtig, sie rührte nur von den Kaiserlichen her.

1) Frankreich behielt die 10 kaiserlichen Städte im Elsaß, wie aus Artikel IV des Friedensinstrumentes ersichtlich ist.

2) MOSER, 62. FABER, III. 727. SATTLER, XII, Beil. p. 74. Kursächs. Bericht vom 5./15. Nov. NEUHAUS, 180. 196—219. O. KLOPP, VII. 400. 403/4. 406. 410. 416. Actes I. 219. 236. Wiederholte Hinweise des Vermittlers auf die französischerseits gestellte Frist blieben unbeachtet von den Kaiserlichen. — Es hatte am 12. August der Ratspensionär Heinsius dem österreichischen Gesandten Auersperg den Rat erteilt, mit Rücksicht auf den von den Franzosen gestellten Termin sich im allgemeinen mit der Herstellung des westfälischen und nymwegischen Friedens zu begnügen, so daß die Einzelheiten in betreff der Reunionen später ausgemacht werden möchten. Im Namen der Kaiserlichen erwiderte Graf Kaunitz: „... Was die sogenannten Reunionen betrifft, so liegt die in Aussicht gestellte Liste derjenigen, welche Frankreich zurückgeben will, noch nicht vor. Aber wir sind er-

„weilen Frankreich dazumahl allbereits den terminum exclusivum vom 30. Aug. vorgeschrieben, so Engell- und Holland, ohne welche sie (die Protestanten) doch hierinn mit Bestand nichts zu unternehmen vermöchten, vorbey gehen zu lassen ganz nicht gesinnet und also dazumahl schon, wofern man inserierung des zu Regensburg entworfenen Articuli fortgefahren und dadurch, wie ohnfehlbar zu besorgen gewesen, Zwistigkeiten im Reich selbst engerget, die ex post facto erfolgte separation vorgenommen, denen protestirenden aber die Schuld davon aufgeladen haben würden“.

Doch der Kaiser und seine Kongreß-Gesandten ließen es wegen der Straßburger Frage, so dringend ihnen auch die Reichsdeputierten, die Gesandten der Seemächte und der schwedische Vermittler zur Nachgiebigkeit rieten, bis zum 31. August zu keiner Einigung mit den Franzosen kommen, zum Verderben Straßburgs und des Protestantismus daselbst.

Es hatte schon seit 1694 Ludwig XIV.¹⁾ wiederholt, aber

bötig mit den französischen Botschaftern die Urteile der Reunionskammern von Metz, Breisach, Besançon, eins nach dem andern, mündlich zu erörtern, den Ungrund dieser Urteile zu erweisen und weiter zu vergleichen, was immer noch übrig sein mag. Allein, daß wir uns mit Allgemeinheiten begnügen, darauf den Namen des Friedens eingehen und dann alles Besondere zu neuer Verhandlung nach dem Abschlusse hinausstellen sollen, — das wolle man weder uns zumuthen, noch von uns oder den Reichs-Deputirten jemals erwarten. Und zwar sage ich dies mit dem Zusatze: möge auch daraus kommen was da wolle.“ O. KLOPP, VII. 416/7. Es ist wunderbar, wie hier die Kaiserlichen auf einmal von Rücksichten auf die Reichsdeputierten reden, die sie sonst, namentlich in kirchlichen Fragen, nicht kannten.

1) Ludwig XIV. erklärte sich in einer Instruktion für d'Avaux, d. d. 10. Mai 1694, bereit, den Herzog von Lothringen unter günstigeren Bedingungen als denen des Nymweger Friedens zu restituieren, sowie für Straßburg als Aequivalent die Orte Breisach, Freiburg und Philippsburg zu gewähren; er knüpfte an dies Anerbieten die Bemerkung: „il ne faut pas douter que si l'Empereur s'intéresse aussi fortement qu'il doit dans tout ce qui regarde le duc de Lorraine, son neveu, il ne considère cette nouvelle proposition comme

noch vergeblich den Kaiser bald zu endgültigem Verzicht auf Straßburg, bald wenigstens zu gewissen Zugeständnissen betreffs der Stadt, u. a. dazu zu bewegen versucht, daß er für die Rückgabe derselben an das Reich verspreche die in ihr herrschenden kirchlichen Zustände zu belassen. Ludwig XIV. machte dann, um vom Kaiser den Verzicht auf Straßburg schließlich doch zu erlangen, von letzterem die Restitution Lothringens abhängig¹⁾. Nachdem für diese der Kaiser vor Eröffnung des Kongresses wiederholt, aber ohne Erfolg schriftliche Zusicherungen vom französischen Könige verlangt hatte, erhielt er in dem Projekt vom 20. Juli, in Artikel VI, bezüglich Straßburgs und Lothringens folgende Bedingungen. Dem Kaiser wurde die Wahl gelassen, entweder Straßburg nach Schleifung der seit der französischen Besitzergreifung errichteten Festungswerke, oder als Aequivalent für Straßburg die Städte Freiburg und Breisach anzunehmen. Nach Artikel VI sollten ferner Kehl und Philippsburg dem Kaiser und dem Reiche zurückgegeben und das Herzogtum Lothringen in dem Umfange vom Jahre

une des plus avantageuses qui lui puissent être faites et que faisant aussi ses réflexions sur l'importance de la ville de Brisack et sur celle de Fribourg, qui lui doivent être rendues aux conditions ci-dessus marquées, il ne se porte avec beaucoup d'empressement à la conclusion de ce traité, à moins qu'il ne veuille perpétuer la guerre pour rendre son autorité absolue dans toute l'Allemagne, et réduire les princes et États à la seule qualité de sujets." GEFROY, Recueil des instructions données aux ministres. Paris 1885. p. 183.

1) Bezeichnend für Ludwig's XIV. Stellung in der Lothringer und Straßburger Frage ist noch die folgende Bemerkung in einem Reskripte desselben an d'Avaux, d. d. 7. Febr. 1697: „Ce prince (es ist von dem König von Schweden vorher die Rede) est assez instruit de mes intentions au sujet de la Lorraine. Il sait que je la propose comme une alternative de Strasbourg et que, si cette ville ne m'est pas cédée par le traité de paix, celui de Nimègue étant alors entièrement rétabli, je prétends aussi que les quatre chemins et les autres conditions, énoncées pour la Lorraine ne changent point." WIJNNE III. 2; 27/8. O. KLOPP, VII. 40. 256. 259. SATTLER, XII. 70. NEUHAUS, 63. 66. 69. 78. 169. 223—227. FR. WAGNER, II. 387. 390/1. 395. 403. Actes I; LXXV. 448.

1620 restituirt werden, vorbehaltlich der Ueberlassung von Saarlouis und Longwy an Frankreich ¹⁾).

Der Artikel VI bringt den Wunsch nach einer, dem Reiche gefährlichen, Verständigung des kaiserlichen und französischen Hofes zum Ausdruck in dem, was er über Kehl und Lothringen besagt. Es heißt dort bezüglich des letzteren: Comme le Traité de Nimègue a réglé les conditions auxquelles le Roi devoit restituer au feu Duc de ce nom, et que le Duc son fils appuyé de la recommandation de l'Empereur, a prié S. M. de lui en accorder de nouvelles et plus favorables, S. M. T. C. en consideration de la recommandation de l'Empereur, et portée de bonté et d'affection pour le Duc de Lorraine, veut bien déroger aux conditions qui lui ont été acquises par le Traité de Nimègue, et rétablir le Duc de Lorraine en la possession de ses Etats, tels que le Duc Charles son grand Oncle les possédoit en l'année 1620.

Ferner lautete der Artikel VI über Kehl: Sa Majesté consent encore de remettre à l'Empereur et à l'Empire le Fort de Kell, situé au bout du pont de Strasbourg, et de faire raser ceux de la Ville, des Iles et du Rhin, se reservant seulement la Ville et Citadelle de Strasbourg et la Redoute en deça du Rhin.

Wenn es also hier heißt — so bemerkt NEUHAUSS treffend ²⁾ — der König wolle sich Straßburg vorbehalten, dann mußten die Franzosen doch sicher darauf rechnen, daß der Kaiser die zweite Fassung dieses Artikels, der die Abtretung ausspricht, annehmen würde.

Und in solchem Sinne äußerte sich auch der französische Gesandte de Harlay ³⁾ zu dem Münsterschen, Freiherrn von Plettenberg, schon am 19. Juli. Er bemerkte u. a., „daß von dem Kaiser und dem Reich die völlige Restitution des Herzogthums Lothringen dependiren thäte, wofern man nur Straßburg Frankreich lassen wollte“. Er meinte dann noch, „daß weilen der größte Theil der Stadt und des Raths katho-

1) NEUHAUS, 223—227.

2) NEUHAUS, 165—169.

3) NEUHAUS, 158/9.

lisch, die Halbscheidt dessen katholisch bleiben müßte, und würden ja der Kaiser und die katholischen Chur- und Fürsten gerne dazu amore religionis mit contribuieren“.

Ja, eine Aeufferung Auerspergs aus dem März 1697, es sei Lothringen niemals sicher, solange die Stadt Straßburg in französischen Händen bleibe¹⁾, ließ auch schon so viel ersehen, daß dem Kaiser an dem Besitze Straßburgs nicht so sehr um dieser Stadt selbst als um der Sicherheit Lothringens willen gelegen war.

Die Verständigung inbetreff des Aequivalentes für Straßburg, auf welche auch die Jesuiten am Wiener wie Versailler Hofe hinarbeiten sollten²⁾ und Nachrichten aus Wien vom März und September schon Aussichten machten, wurde durch die Erledigung der Lothringer Frage gefördert. Es war im September nicht mehr Lothringen, sondern wesentlich nur noch Straßburg der Kern der Friedensfrage³⁾. Nämlich durch Beihülfe Lilienroths wurden Ludwig XIV. wie der Kaiser für das Projekt einer Heirat des ältesten Prinzen von Lothringen mit der Prinzessin von Orléans, der Nichte des französischen Königs, gewonnen. Es lag da nahe für den Kaiser, den Besitz Straßburgs nicht mehr für so unentbehrlich für die Sicherheit Lothringens als früher zu erachten.

1) O. KLOPP, VII. 364. Nach einem Berichte Auerspergs vom 9./19. März 1697 erklärte derselbe dem Könige Wilhelm III: der Kaiser könne nicht einwilligen in ein Aequivalent für Straßburg; denn, wenn diese Stadt in französischen Händen bleibe, so sei Lothringen niemals sicher. O. KLOPP, VII. 40 ff. 221. 255/6. 259. 283. 333. 357/8. 362/3. 366/7. 369. 370—374. 386. 411. 413. 431. 434. 459. 460.

2) Der Herzog von Württemberg erhielt diese Nachricht. SATTLER, XII. 101. Die Angabe findet sich bei Erwähnung von Vorgängen im Monat August.

3) The Lexington Papers, London 1851. p. 252. Noch frühere, unsichere Gerüchte (schon seit 1694) finden sich im Mercure h. XVII. 424/5. 505. 527. 614. 681/2, bei SATTLER, XII. 56. 70. 101. 117. O. KLOPP, VII. 35. 413. 436/7.

Lilienroth bemerkte im September ¹⁾), wie es in SATTLERS Württembergischer Geschichte heißt, „es selbst auch, daß heimliche Tractaten zwischen den Kayserlichen

1) SATTLER, XII. 127/8. SATTLER giebt in den Beilagen, p. 61/2, als Beleg einen „Auszug Schreibens eines Reichständischen Gesandten zu Wien an einen andern im Haag von den Absichten des kayserl. Hofes bey der restitution der Stadt Straßburg“, d. d. 1./11. Sept. 1697. Derselbe lautet: „Als ich gestern zu Eberstorff war, erfuhr ich daselbst, daß morgens frühe ein Courier aus dem Haag angelanget, welcher, so viel man eußerlich vernehmen können, mitgebracht, daß die Franzosen zu Herbeybringung dises (des kayserl.) Hofes endlicher resolution den terminum biß auf den 20sten huius extendiret, mit Comination, daß, wann alsdann noch nichts cathégorisches eingelangt, sie den congreß wieder dissolvieren und wieder nach Paris sich begeben wollten. Weilen nun kein kayserl. Ministre allda zugegen, Thro kayserl. May. auch sowohl vor, als Nachmittags mit der Jagd sich divertiert, als hat man nicht eigentlich vernehmen können, wohin dises Hofes sentiments in puncto pacis endlich abzielen werden. Indessen kan man je mehr und mehr penetrieren, daß diser aller grimaces ungeachtet nur damit umgehe, daß Straßburg gegen ein ansehnliches *aequivalent* in Französischen Händen verbleiben möge und daß deßhalber alle difficultäten wegen der Restitution von Straßburg in statu quo gemacht worden, umb den termin vorbeystreichen zu lassen, indem man genugsam vorsiehet, daß die Franzosen niemahls darein consentieren werden, da man indessen disseits unter der Hand über das *aequivalent tractieret*. Auch habe ich vernommen, daß ein gewisser kayserlicher Ministre dises vorgestellet habe, daß man durch Straßburg denen Kraysen einen *frenum* anlegen müsse, damit sie nicht mehr so hoch am kayserlichen Hof als kurzens noch geschehen, sprechen könnten, und würde das Hauß Oesterreich durch die occupierung Philippsburgs, Freyburgs, Breysachs und ganz Lothringens mehr gewinnen, als wenn man auf die restitution Straßburgs, so dem Reiche würde einverleibt werden müssen, bestehen sollte, also, daß man wohl siehet, daß diser Hof nur seine und nicht des Reiches convenienz beobachtet.“

Der Mercure h. berichtet im Septemberheft 1697 von einem Ministerrat beim Kaiser mit den Worten: „On dit qu' il y fut resolu d'accepter l'Equivalent pour la ville de Strasbourg et que les dix Villes de la Prefecture Provinciale de Hagenau seroient rendues dans l'état, où elles sont à present.“ Mercure h. XXIII. 264.

und Französischen Gesandten unter Händen wären, konnte aber auf keinen Grund kommen. Er bedauerte deßwegen Teutschland. Dann er sagte, daß, wann man das angeführte Schreiben aus Wien mit den vorigen von Zeit zu Zeit erhaltenen gleichmäßigen Nachrichten und der bey diser Fridenshandlung geführten Bezeugung zusammen hielte, so erscheine deutlich, wie er sagte, daß das Reich von allen Seiten hintergangen würde und nicht nur vor Frankreich, sondern auch von dem Kayserlichen Hof und den Catholischen Ständen selbst sich am meisten zu hüten und deren zu dessen Schwächung aus verschiedenen eigennützigen Absichten abzielenden Anschlägen zu seinem eigenen Untergang zu fürchten habe.“

Ja, der Kaiser und seine Gesandten hinderten dadurch, daß sie, mit verdächtiger Mißachtung aller Warnungen der Verbündeten, fortwährend Straßburg in dem damaligen befestigten Zustande von den Franzosen verlangten, schon geradezu gewaltsam eine Einigung mit ihnen bis zum Ende des Monats August.

So kam es, daß diese in einer Erklärung vom 1. September das Angebot Straßburgs zurückzogen und nur noch das Aequivalent bewilligten¹⁾; ferner wurde von den Franzosen damals erklärt, sie erwarteten bis zum 20. September die Annahme des Friedens oder müßten hernach neue Bedingungen stellen. Nun fanden die österreichischen Gesandten eine mehr als dreiwöchentliche Unterbrechung der Kongreß-Verhandlungen für nötig, um gegenüber der französischen Erklärung vom 1. September die Entschließungen des Kaisers abzuwarten²⁾. Und weit entfernt war dieser, eine Aenderung in seinem Verhalten eintreten zu lassen, so unangenehm ihm auch seine Lage und

1) NEUHAUS findet die Forderungen, welche der Kaiser wegen Straßburgs stellte, „sonst zwar gerecht, aber . . . wohl fast unbesonnen“. NEUHAUS, 231—243. Actes II; p. LXII. 236.

2) Die Kaiserlichen gingen nicht einmal auf den Vorschlag der Franzosen ein, inzwischen wenigstens über untergeordnete Punkte mit ihnen zu verhandeln. NEUHAUS, 246—257. FR. WAGNER, II. 418.

die Beurteilung, die sein Benehmen auf verbündeter Seite fand, wurde¹⁾. Denn die Seemächte und Spanien nahmen keinen Anstand, am 20. September mit Frankreich Frieden zu schließen, das auf ihr Ersuchen jedoch dem Kaiser noch einen Waffenstillstand bis zum 31. Oktober anbot²⁾.

Jetzt beeilten sich die österreichischen Gesandten mit dem Abschluß des Waffenstillstandes³⁾. Innerhalb desselben sollten sie mit den Franzosen unter den Bedingungen vom 1. September, also unter Verzicht auf Straßburg Frieden schließen. Während es so mit einer Eile, welche auf protestantischer Seite Anstoß erregte⁴⁾, zum Waffenstillstand kam, wurde am 27. Sep-

1) Es kam für den Kaiser, wie auch die Berichte seines Gesandten in Spanien, Grafen Harrach, ersehen ließen, darauf an, den Friedenskongreß hinzuhalten, die Alliierten an Friedensschlüssen mit Frankreich zu verhindern und sie so lange unter Waffen beisammenzuhalten, bis der schon fortwährend erwartete Tod Carls II. von Spanien einträte und der spanische Successionskrieg zum Ausbruch käme. GÄDEKE, Die Politik Oesterreichs in der spanischen Erbfolgefrage. Leipz. 1877. Bd. I. p. 110 ff. 126—146.

Der Kaiser schrieb am 10. September 1697 an den Grafen Harrach mit Bezug auf Straßburg: „Ich empfinde den Stand der Dinge im Haag um so schmerzlicher, je weniger ich die Macht habe, ihn zu ändern. Aber ich meines Orts kann mich freiwillig zu diesem Stande nicht bequemen, werde auch niemals dazu schreiten, es sei denn, daß ich von der Reichsdeputation wie mit Gewalt dazu gezwungen werde.“ O. KLOPP, VII. 460.

2) NEUHAUS, 251—254. Actes II. 274; III. 121. 186. 237. SATTLER, XII. 128|9. Es heißt bei O. KLOPP, Bd. VII. p. 444|5: Die Kaiserlichen baten die englischen Gesandten, nur noch so lange die Unterzeichnung zu verschieben, bis die eben angelangte Resolution des Kaisers mit den reichsständischen Gesandten erwogen. Die Engländer wagten es nicht. — Die drei Mächte wurden in der Forderung des Waffenstillstandes von Lilienroth unterstützt.

3) Die österreichischen Gesandten nahmen die Verhandlungen mit den Franzosen wieder am 24. September auf. NEUHAUS, 257—268. O. KLOPP, VII. 446.

4) Bei FR. WAGNER, II. 419 heißt es: Biduo post Quirosii (des spanischen Gesandten) maxime interventu, generales Induciae pactae sunt. Ea de re tabulas extemplo, ne quid apud delicatos

tember von den österreichischen Gesandten an den Kaiser berichtet, „sie wären auf der reichsständischen Gesandten einmütiges Begehren genötigt (!), einzuwilligen in die Zurücklassung der Stadt Straßburg, wenn nur das Aequivalent verstärkt wird durch Landau, Fort-Louis, Montroyal und Saarlouis“. Dabei war Ludwig XIV. bereits in der Lage, günstige Aussichten für den Frieden mit dem Kaiser anzukündigen ¹⁾. Schon am 27. September, und weiter am 10., 16.,

ac irritatos homines mora mutaret, latine conversas, subscriptasque legatio Caesarea per celerem Badensi Principi (dem kaiserlichen Befehlshaber) in castra transmisit. Id magnum crimen visum est Schmettavigio atque Protestantibus nonnullis. Acerba turbidaque oratione declamat: nimium sibi arrogare Caesareos, Deputatos pro vili turba tractari, quorum item autoritate ac nominibus Inducias firmari oportuerit. O. KLOPP schreibt, Bd. VII. p. 445: „Erst am Abend des 21. September gelang es den sämtlichen Botschaftern in Ryswyck, die Franzosen zur Herausgabe eines Formulars zu bewegen (bezüglich des Waffenstillstandes). Don Quiros übersendete es sofort den Kaiserlichen mit dem Drängen um Eile . . . Die kaiserlichen Botschafter fügten sich in das Unvermeidliche. Noch in derselben Nacht war das unterzeichnete Formular in den Händen der Franzosen, und dann ein Courier auf dem Wege zum Markgrafen Ludwig von Baden. Im Laufe des 23. September machten die Kaiserlichen den Gesandten der Reichsstände die Mittheilung und verlangten den schriftlichen Beitritt.“

1) O. KLOPP, VII. 460. WIJNNE, *Negotiations d'Avaux*, Utrecht 1882. III. 2; 83—93. Es wurde in einem kaiserlichen Kommissions-Dekret vom 19. Sept. 1697 nicht für überflüssig gehalten, dagegen Verwahrung einzulegen, „daß man Ihro kayserlichen Majestät ein- und andern Orts ohngütlich aufladen wollen, als ob dieselbe auf den Statum praesentem der Stadt Straßburg in dem Absehen beharrten, damit der Cron Frankreichs angesetzter Termin verstreichen, mithin diese Cron die anerbottene Abtretung revociren, und folglich Ihro kayserliche Majestät zu dem anerbottenen Aequivalent gelangen möchten“. Dieser Verdacht wurde nichts weniger als entkräftet durch das Kommissions-Dekret, in welchem gegen eine Einigung mit Frankreich Stimmung gemacht wird durch die — ähnlich übrigens schon im August von den österreichischen Kongreß-Gesandten — an die Reichsstände gerichtete Aufforderung, „Deliberationes, wie sowohl der Krieg in Entstehung des Friedens mit eignen Kräfte (als

24. und 31. Oktober machte er in Reskripten an seinen Stockholmer Gesandten d'Avaux folgende Bemerkungen: L'empereur diffère encore d'accepter l'équivalent que j'offre pour Strasbourg, et j'ay accordé aux instances de ses alliés de luy donner un nouveau terme de six semaines pour suivre leur exemple. Je consens qu'il y ait une treuve pendant ce terme, aprez lequel les roys d'Espagne et d'Angleterre et les Etats Généraux s'obligent d'abandonner l'empereur, s'il n'accepte mes offres¹⁾. Il y a beaucoup d'apparence, qu'il en prendra la résolution (Reskript vom 27. Sept.). — J'ay lieu de croire aussy que l'empereur et l'empire suivront bientost cet exemple (d. h. dem der Seemächte und Spaniens. — Reskr. v. 10. Okt.). — J'ay lieu de croire que celle (d. h. la signature du traité) de l'empereur et de l'empire suivra bientost ces premiers traittez et que les conditions que j'ay offertes, seront acceptées dans le terme specifié jusques au premier de Novembre. Les ministres de l'empereur ont fait plusieurs instances, pour obtenir quelque changement aux conditions; mais vous pouvez estre assuré que je n'en apporteray aucun (Reskr. v. 16. Okt.). — J'ay lieu de croire que le traité qui reste encore à faire avec l'empereur sera enfin conclud dans le terme dont on est convenu pour accepter les conditions que j'ay offertes (Reskr. v. 24. Okt.)²⁾. — Comme le terme pour accepter mes conditions expire, j'attens d'apprendre,

worauf es, wann die auswärtige Alliierte sich nicht besser, als bishero erklärten, hauptsächlich ankommen würde) fortzusetzen, als der etwan erfolgende Friede zu garantiren seye, fördersamst vor die Hand zu nehmen“. FABER, III. 272/3. 277. NEUHAUS, 235. 244—254. FR. WAGNER, 414—418. Actes IV. 300.

1) Diese Verpflichtung der Seemächte und Spaniens war in einem geheimen Artikel der drei Friedensschlüsse enthalten. O. KLOPP, VII. 446.

2) Im Journal Dangeau, Paris 1856, VI, 214. 218 heißt es auch unter dem 21. Oktober 1697: Les plénipotentiaires de l'Empereur signeront la paix, und unter dem 29. Oktober: On ne doute pas que l'Empereur et l'Empire ne signent la paix, mais on croit qu'ils attendront à signer jusqu'au dernier jour du mois.

avant qu' il soit peu de jours, la nouvelle de la signature de la paix avec l'empereur et l'empire (Reskr. v. 31. Okt.).

Hiernach stand seit dem Ende des September der Abschluß des Friedens mit dem Kaiser und also auch die Lösung der noch unerledigten Fragen, der pfälzischen und der Klausel-Angelegenheit außer Frage.

Bezüglich der Pfalz enthielt der Artikel 13 des französischen Projektes vom 20. Juli die Bestimmung¹⁾: L'Electeur Palatin sera rétabli dans la possession du Palatinat, dont ses prédécesseurs ont joui depuis la paix de Westphalie; et Madame la belle soeur de S. M. sera remise en possession des droits, terres et effets, qui lui appartiennent selon les loix et Constitutions de l'Empire dans les successions des Electeurs Palatins ses Père et Frère, en qualité de leur héritière.

Die französischen Gesandten schlugen im Oktober den Kaiserlichen, welche die Ansprüche der Herzogin von Orléans bestritten, ein Schiedsgericht vor²⁾. Auch erklärten sie bald darauf, durch einen Courier Befehl erhalten zu haben, darauf anzutragen, daß die in Frage stehenden Güter bis zum Schiedsspruch durch den Kaiser und den französischen König sequestriert werden sollten. Sie bemerkten noch, „letzterer könnte auch zugeben, daß er und der Kaiser als Schiedsrichter und der Papst als Oberschiedsrichter gewählt würden, aber dies wäre ihre, der Gesandten, letzte Erklärung über diesen Punkt. Sie müßten endlich einmal wissen, ob man von Seiten des Reichs wirklich Frieden schließen oder den Krieg fortsetzen wollte“.

Fortgesetzten Willkürlichkeiten der Franzosen gegenüber nahmen dann auch die Kaiserlichen eine gereizte Sprache an; „sie sähen solche Neuerungen, erklärten sie, für ein Abgehen von den aufgestellten Bedingungen und mithin für eine neue Kriegserklärung an und müßten dies sowohl an den Kurfürsten von der Pfalz, als an den Kaiser berichten“. Sie machten sogar

1) Actes II. 229.

2) NEUHAUS, 268—275. Die österreichischen und die pfälzischen Gesandten zeigten sich zunächst dem Schiedsgericht abgeneigt.

Miene, die Verhandlungen abubrechen. Es wurde ein solcher Schritt von dem Vermittler verhindert ¹⁾, aber das Verhalten der Franzosen blieb unverändert. Als Lilienroth sowie die spanischen, englischen und holländischen Gesandten darüber Beschwerde führten und die Franzosen schließlich aufgefordert wurden, einen Kurier an ihren König abzuschicken, um diesen von allem genau zu unterrichten und um Informationen zu bitten, verweigerten sie es unter dem Vorgeben, sie wären schon hinreichend instruiert; Kurpfalz hätte unterdessen das Schiedsgericht angenommen, und deshalb wäre es unnötig, darüber noch weiter zu disputieren; sie wollten auch sonst das, was sie im 13. Artikel ihres Friedensprojektes rücksichtlich der Pfalz erklärt, halten, wofern man ihr Projekt vollständig annehmen und unterschreiben wollte ²⁾.

Am 28. Oktober traf endlich auf dem Kongresse ein kurpfälzischer Kurier mit der Nachricht ein, der Kurfürst nähme den von den Franzosen gemachten Vorschlag an ³⁾, daß er in alle pfälzische Länder wieder eingesetzt werden, dagegen an die Herzogin von Orléans jährlich bis zum Austrage der Sache durch das Schiedsgericht 200 000 französische Livres zahlen, beim Ausbleiben der Zahlung aber militärische Exekution, insbesondere im Amte Germersheim erleiden sollte.

1) Auf Veranlassung des Vermittlers wurde nun am 10. Oktober die Vorlesung des Friedensinstrumentes begonnen, welches der Baron Seilern schon seit einiger Zeit in Bereitschaft hatte. NEUHAUS, 270.

2) Die Franzosen machten noch verschiedene Ausflüchte; sie erklärten, „daß man auf expedientia denken müsse, wodurch der Ausspruch über die Ansprüche der Herzogin von Orléans versichert und befördert werden möge“. Doch bestanden sie auf dem Sequester wie dem Schiedsgericht, oder forderten die Unterzeichnung des Artikel XIII, dessen Auslegung sie sich aber vorbehielten.

3) Bei FR. WAGNER, II. 426 heißt es: Subinde Hettermannus ac Vehlenus Comes Electoris legati cum Thessuto Aurelianae Procuratore in hunc modum transigere. — Vehlen traf auf dem Ryswijker Kongresse erst im August ein. Mercure h. XXIII. 239.

Die andern Gesandten beschwerten sich da über den kurpfälzischen, daß er den Kurier mit diesem Vorschlage der Franzosen an seinen Herrn abgeschickt hätte, ohne ihnen davon die geringste Mitteilung zu machen, und daß er sogar noch in der Konferenz der Reichsalliierten um deren Beistand gebeten und gefragt hätte, „ob sie ihm nicht irgend ein Auskunftsmittel angeben könnten, wie man mit der Sache endlich zu Stande kommen möchte“. Aber der Baron Seilern wollte es noch entschuldigen, „daß die Churpfälzische Räte solches nur vor sich (!) gethan hätten, weil sie dazu gezwungen worden, indem das Reich sich der Pfälzischen Sache nichts (!) angenommen hätte“. Und Seilern machte noch zugleich Hoffnung, „daß die Kayserliche mit den Franzosen alle Friedenspuncten vollends in das Reine zu bringen im Werk begriffen wären“¹⁾. Offenbar waren für die Religions-Klausel die Aussichten günstig, wenn ein Abkommen, das ein ganzes evangelisches Kurfürstentum des Papstes Ausspruch zu unterwerfen drohte, möglich war. Dies hatte nun auch schließlich die Aeüßerung Seilerns verraten, ebenso wie die Reskripte Ludwigs XIV. schon seit dem Frieden mit den Seemächten und Spanien. Verliehen trotz ihres Ungestüms die Kongreß-Verhandlungen im Oktober dem französischen König und dem Kaiser nach Wunsch, so erklärt sich dies aus vorhergegangener geheimer Verständigung beider.

1) SATTLER, XII. 135|6. SATTLER setzt hinzu: „da die Württembergische Gesandten dem Herzog gleichwohl nicht verhalten konnten, daß bei disen nicht weniger, als andern das Fridenswerk betreffenden Puncten und geheimen Unterhandlungen des Päpstlichen Stuls und der Catholischen Geistlichkeit nicht allein wider das Reich, und die Evangelische Religion vornemlich in Verdacht kämen, sondern daß sie auch derselben sich bey den auswertigen Alliierten bedient hätten und sie Gesandten bewogen worden dieselbe zur Sorgfalt zu ermahnen“.

Zweiter Abschnitt.

V.

Die entscheidenden Schritte für die Einbringung der Klausel von pfälzlicher, kaiserlicher und französischer Seite.

So bemerkt denn auch schon SATTLER über die Zeit nach dem Abschluß des englischen, holländischen und spanischen Friedens ¹⁾: „Die Franzosen waren so dreuste bey ihrem anlächlenden Glück, daß sie von keinen Vorstellungen hören wollten, sondern sich auf ihre habende Befehle beruften, ob man schon viele Fußtapfen hatte, daß die Kayserliche es also mit ihnen abgeredet hätten.“ Und solche Verständigungen bezüglich der Religions-Klausel wurden, wie SATTLER anführt, von den evangelischen Gesandten auch näher ermittelt. Er schreibt ²⁾: „Bald hatten sie eine Spur, daß die Pfälzische, bald die Kayserliche, bald beede dieselbe ausgebrütet hätten und die beede Württembergische Gesandten berichteten, daß ihre bißherige Entdeckungen immer mehr bestetigt würden, indem der Holländische Pensionarius Nachricht erhielt, daß der Kayserlichen und Pfälzischen Höfe Negotiationen zu Paris durch den Toscanischen Gesandten daselbst geführt worden.“

Der hierfür als Beleg von SATTLER mitgeteilte Bericht der Württembergischen Gesandten, d. d. 5. Nov. ³⁾, enthält allerdings nur über den Kurfürsten von der Pfalz Angaben. Es heißt dort: „Weiter hat der Herr Pensionarius Heinsius in behörigem Vertrauen sich vernehmen lassen, daß schon seither 3. oder 4. Wochen ihre particulier-correspondenz gebe, daß jemand wegen des Churfürsten von Pfalz am

1) SATTLER, XII. 127. 130.

2) SATTLER, XII. 138.

3) SATTLER, XII. Beilagen p. 64—66.

Französischen Hofe etwas negotierte, so man aber nicht penetrieren könnte, des Herrn von Lilienroths Nachrichten aber, so etwas jünger, sollen etwa vor 14. Tagen das *eclaircissement* gebracht haben, daß es die Beybehaltung der Catholischen Religion in der Pfalz und daß deren *conservation* bey den hiesigen tractaten per *expressum* stipuliert werden möge, betreffe.“ Und darüber, daß der pfälzische Kurfürst thätig war in der Richtung der Klausel am Hofe von Versailles, lagen in der That schon im Laufe des Monats Oktober Berichte aus Paris von dem schwedischen Sekretär Palmquist vor. Derselbe meldete, „er vernehme aus sicherer Quelle, daß der Kurfürst Johann Wilhelm von der Pfalz, dem ein großer Theil der reunirten Gegenden wieder zufallen würde, in Versailles sich bemühe um die Sicherstellung der Katholischen Religion in diesen Ländern durch einen Friedens-Artikel“¹⁾.

Welche Stellung aber Ludwig XIV. und der Kaiser zur Klausel nahmen, wird doch wohl durch die Haltung ihrer Kongreß-Gesandten seit den Friedensschlüssen mit den Seemächten und Spanien klar, wie es denn noch mehr in der Zeit nach dem Frieden zwischen Frankreich, dem Kaiser und dem Reiche zum Vorschein kam.

Was zunächst das Vorgehen Ludwigs XIV. betrifft, so ist beachtenswert eine Darstellung in LAMBERTYS *Mémoires pour servir à l'histoire de XVIII^e siècle* (Bd. I. p. 11.). Lamberty schreibt dort nach Erwähnung des Friedens der Seemächte und Spaniens und nach einem Hinweis auf die günstigen Bedingungen des letzteren Friedens folgendermaßen: *L'on jugea que la France étant informée de l'état infirme de Charles II ses vûes tournoient sur cette Monarchie énérvée. Ainsi elle ne desespéroit pas que ce qu' elle rendoit, ne revient bientôt avec usure à la Maison.*

Pour en éloigner les obstacles elle prit dès ce temps-là des mesures. Elle commença par profiter du zèle hors de saison

1) O. KLOPP, VII. 462. 481.

d'un Prince Catholique de l'Empire, qui avoit succédé à un Etat Protestant. Par des Negociations secretes avec le Prince menagées par des Ministres dans un Village, sous le pretexte des contributions elle fit inserer dans le Traité de Paix avec l'Empire le quatrième article. C'étoit pour être une source de desunion entre les Princes d'Allemagne.

Bemerkt sei zu LAMBERTYS kurzer Angabe bezüglich geheimer Verhandlungen über die Klausel, daß diesen die bereits erwähnten Schritte des Pfälzer Kurfürsten wohl vorangegangen waren.

Ohne hierauf einzugehen, fährt LAMBERTY fort: La vue en étoit d'empêcher une autre fois leur ligue qui venoit de se rompre. Pour y parvenir, elle faisoit sous main aigrir les Princes Protestants, pendant qu'elle faisoit roidir les Princes Catholiques au sujet de cet article. Pour animer les premiers on faisoit prôner le Traité de Westphalie qui étoit le Bouclier de leurs Libertéz et contre lequel cet Article tenoit. On faisoit en même tems inspirer aux Catholiques que le même Traité avoit été trop avantageux aux Protestans. Ainsi qu' il falloit soutenir l'Article IV de celui de Ryswick. Ja, das hinterlistigste Spiel mit den Protestanten begann im Oktober seitens der Franzosen, der Kaiserlichen und der katholischen Deputierten um die Wette, um die Klausel durchzubringen, so hinderlich ihnen auch die Evangelischen waren.

Als im Oktober der Anfang damit gemacht wurde, das Friedensinstrument so, wie es unterschrieben und vollzogen werden sollte, zu entwerfen, suchten die protestantischen Reichsdeputierten in dasselbe statt des Regensburger Artikels, für dessen Annahme „nunmehr alle Hoffnung verschwunden“ war ¹⁾, kürzer gehaltene Zusätze zu einigen Artikeln hineinzubringen. Sie verlangten zu Artikel III den Zusatz ²⁾: *ita ut jam dicta Pax Westphalica, una cum insecutis postea recessibus executionum*

1) SATTLER, XII. Beilagen p. 75. Kursächsischer Bericht, d. d. 5./15. Nov. 1697.

2) Actes IV. 304|5. FABER, III. 728—730. 758. MOSER, 70|1. Der Zusatz war ziemlich gleichlautend mit einer Stelle des Regensburger Artikels.

in suo robore firmiter permaneat, et contra perpetuam hanc Imperii legem fundamentalem, ac singulos ejus Articulos, in specie quoad Ecclesiastica contra Articulos 4. 5. in iisque passim determinatum annum 1624 et respective statum, qui fuit immediate ante motus Bohemicos, nullae exceptiones vel limitationes locum habeant, imo vero omnes, quae durante hoc bello in Terris ad Romanum Imperium quocunque modo spectantibus, et eidem per hanc Pacem restituendis, irrepserunt novitates, de quibus Articulus specialis restituendorum ad Protocolum Excellentissimi Domini Mediatoris exhibebitur, protenus removeantur, in Politicis vero eae tantummodo admittantur mutationes, de quibus in hoc Tractatu expresse conventum est.

Mit diesem Zusatz hätte der Artikel III seine Zweideutigkeit verloren, indem hiernach Abweichungen vom westfälischen Frieden höchstens in politischer, aber keineswegs mehr in kirchlicher Hinsicht gestattet gewesen wären.

Die protestantischen Reichsdeputierten forderten auch noch zu dem über Straßburg handelnden Artikel den Zusatz ¹⁾: Concedit quoque sua Christianissima Majestas non tantum praedictae Civitati Argentinensi, sed omnium locorum ab Imperio sibi vindicatorum incolis liberum Religionis exercitium cum annexis, quo ante sub Imperio gavisi sunt, liberrimamque fruitionem atque dispositionem omnium bonorum, decimarum reddituumque omnis generis, quocunque nomine veniant.

Doch die Kaiserlichen hatten gegen diese Anträge der Protestanten wieder ihre Bedenken ²⁾ und verwiesen jene „auf

1) Actes IV. 305. Der Zusatz hat Aehnlichkeit mit dem neunten Artikel des Regensburger Waffenstillstandes vom Jahre 1684.

2) Actes IV. 305—307. Kollektiv-Bericht der österreichischen Gesandten an den Kaiser, d. d. 19. Dez. 1697. Die Kaiserlichen entschuldigten in dem Bericht ihre Haltung gegenüber den Forderungen der Protestanten damit, „billig Ursach gehabt zu haben, sich so viel wie möglich an den Buchstaben (!) der Reichs-Instruction zu halten, noch mit neuen besondern Dingen, welche entweder nicht anhero gehören, oder in der gemeinsamen Vorsehung schon begriffen wären, die in so enge Zeit eingeschränkte Friedens-Handlung aufzuhalten oder schwer zu machen, zumalen auch zweifeln müssen, ob sie sich auf nicht

der anwesenden Reichs Ständischen Ministrorum berathschlagung und aufgebendes gutachten“.

„So fern aber ist es“, berichteten später die österreichischen Gesandten an den Kaiser, „das solches gemeine gutachten uns were iemahln eingereicht worden, außer das einige besondere Catholische Ministri uns zu verstehen geben, wohl leiden zu mögen, das die gewissens freyheit für die Protestirende Stadt Straßburgische Inwohner, damit ihnen kein zwang geschehe, von uns begehrt werde, das vielmehr ihrer etliche im scherz und ernst die Protestirende gefragt, ob sie zu Munster und Osnabrugh arbeiten helfen, das dero von viel hundert iahren hero geübte Catholische Gottesdienste, und darzu gewidmete güter erhalten worden, und lieber den Krieg mit Frankreich und Schweden fortgesetzt, als denen Catholischen deren abtretung, und dahindenlassung abnötigen lassen?“

Nach dem kursächsischen Bericht vom 5. Nov. schöpften die katholischen Reichsdeputierten insbesondere wegen der in dem ersten Zusatz enthaltenen Worte *de quibus Articulus specialis etc.* — welche auch den Kaiserlichen unangenehm waren¹⁾ — solchen Verdacht, „daß sie auch, ob man selbige gleich hernach ausgelassen, dannoch zu keiner beyderseitigen Unterredung zu bringen gewesen“. Sie beharrten aller Vorstellungen ungeachtet „bei der vom Chur-Mainzischen Directorio einmahl überbrachten Antwort, daß nemlich denen *locis a Gallia restituendis* durch die § III befindliche *general-Clausul* genugsam vorgesehen, daß man, wie darinnen den Reichs-constitutionibus gemäß zu verfahren seine vorgeschriebene Ordnungen habe, welchen beyderseits nachzuleben und dannenhero nicht nachzugeben, daß sich auswertige Cronen darein zu mischen Ursach hätten, welches doch ohnfehlbar erfolgen würde, wofern hievon als *re simpliciter domestica* in *Instrumento pacis* Erwähnung geschehen sollte“.

beschehenes, sondern dem Bemelden nach erst von den Protestirenden zu verfertigen vorhabende Verzeichnis der *ex capite Religionis restituendorum* einzulassen oder der französischen Gesandtschaft Erklärung zu begehren hätten“.

1) SATTLER, XII. Beilagen p. 75. Actes IV. 305.

Indem so die Kaiserlichen sich durch Rücksichten auf die katholischen Reichsdeputierten, diese durch solche auf die Franzosen gebunden erklärten, wurden unter leeren Vertröstungen (mit der General-Klausel) die Protestanten immer länger hingehalten; sie sollten unter dem zunehmenden Druck der Verhältnisse gegen die Religions-Klausel weder Zeit noch Mut finden, irgend etwas zu unternehmen. Die Gesandten der drei geistlichen Kurfürsten, welche das den Protestanten feindliche Vorgehen der Kaiserlichen unterstützten, wollten schon den Frieden beschleunigt haben, „weil die Franzosen solche Anstalten machten, welche das Ansehen hatten, als ob sie ihre Völker in deren Lande einrücken lassen wollten“; so wuchs für die Protestanten die Gefahr ¹⁾.

Und auf dem Kongresse ließen es die Franzosen, während der lebhaften Verhandlungen über die pfälzische Frage, nicht an Drohungen, wie freilich auch wieder nicht an Vertröstungen fehlen, um so, in der Art wie die Kaiserlichen und die katholischen Reichsdeputierten, die Umtriebe mit den Protestanten fortzusetzen.

Wie von den Kaiserlichen und den katholischen Reichsdeputierten wurde von den Franzosen gegen besondere kirchliche Garantien der Einwand erhoben: „es sei überflüssig, die Sache gehe den König von Frankreich nicht an, es sei ihrer schon durch die Verordnung des dritten Artikels gerathen“ ²⁾.

1) SATTLER, XII. 131|2. SATTLER bemerkt p. 135: „Ueberhaupt wurden aber die Sachen des Reichs nach der Trennung der alliirten Mächten immer schlimmer, und die ganze französische Cavallerie wurde ungeacht des Waffenstillstands in die Cölln- und Trierische Lande verlegt, wo sie mit allerhand Erpressungen, Quartieren, Forderungen der Fourage etc. fortfuhren, so, daß nunmehr alle Stände bey den Kayserlichen auf Beförderung des Fridens drangen und die Chur-Cöllnische droheten, daß, wann den 24. Oct. der Fride nicht geschlossen wär, sie sich so gut möglich retten und sich bloß an den Nimwegischen Friden halten wollten.“

2) MOSER erwähnt diese Aeüßerung nach FABER's Staatskanzlei, Tom. 39. p. 434; es findet sich bei beiden keine Angabe über die Zeit dieser Aeüßerung. MOSER, p. 68.

Aehnlich wiesen die Franzosen die von den Protestanten verlangten Garantien für die Evangelischen der Frankreich verbleibenden Gebiete zurück, trotz der Fürsprache des Vermittlers. Sie vertrösteten mit dem westfälischen Frieden und führten an ¹⁾: „Ihr König habe denselben noch nie gebrochen, werde auch solches hinfüro noch weniger thun (!), allein wolle er sich in seinen Landen oder denjenigen, davon er sich in rechtmäßiger possess (!) befinde, kein Gesetz vorschreiben lassen. Das Reich cediere ihm nichts, als was allbereits in seiner Gewalt sey; wann dises zu einer andern Zeit über Frankreich etwas gewinnen und wieder geben wollte, würde ihm sodann allerhand Bedingungen mit anzufügen gleichfalls frey verbleiben. Vor jetzo aber habe es hiemit eine ganz andere Bewandnus.“

Ja, die Haltung der Franzosen wurde gegenüber den protestantischen Forderungen eine zunehmend schroffe, an welcher durch jene von den Katholiken und besonders von den Kaiserlichen den Evangelischen angeratene Zurückhaltung nichts zu ändern oder zu verhüten war, wie die Katholiken meinten.

Diese protestantenfeindlichen Kundgebungen der Franzosen sind erklärlicherweise von den Kaiserlichen zur Entschuldigung ihres eigenen Verfahrens geflissentlich hervorgehoben worden; so in dem Kollektiv-Berichte vom 19. Dezember. Sie schreiben in diesem über die angeblichen Folgen der protestantischen Anträge: „Als die Schwedische Mediation ²⁾ den 10. und 12. Octobris bey durchgehung unseres Fridens-Projects zu zwey mahlen öffentlich gemeldet, daß beide theile den 3. Articul nicht für richtig halten möchten, weil die Mediation im nahmen der Protestirender Reichs-Stände wegen ihrer Religion eine noch nicht völlig zum stand gebrachte, (dan die Protestirende selbst unter einander nicht einig gewesen) aber ehstens erwartende erinnerung zu thun hätte, haben die Französische Gesandte geandwortet, das sie sich zwar darüber nicht vernehmen lassen könnten, ehe es ihnen vorgebracht würde ³⁾, inzwischen aber be-

1) FABER, III. 731. SATTLER, XII. 76; kursächsischer Bericht vom 5./15. Nov. 1697.

2) Actes IV. 308|9. FABER, III. 760 ff.

3) Die Actes bringen den Bericht der Kaiserlichen (wie auch die andern Schriftstücke) außer in deutscher in französischer

sagten Ständen gerathen haben wolten, damit zurückzuhalten, wofern sie ihnen nicht eine ohnangenehme gegen-
erklärung oder gegengeding zuzuziehen ver-
langten¹⁾. Ebenso wenig hat die Frantzösische Gesandt-
schaft wegen der Stat Strasburg oder andern Frankreich ver-
bleibenden Landen, außer des auf unser anhalten verlängerten
abzugs¹⁾ und einiger gemeinen mündlichen vertröstung wegen
nicht zu besorgen habenden zwangs in Religions sachen, etwas
in das Instrumentum Pacis setzen lassen, sondern alles ver-
worffen, was dahin einiger massen zu ziehlen geschienen; viel-
mehr hat die Frantzösische Gesandschaft den 15. Octobris
trucken gemeldet, und nachgehens wiederholet, da wir ihr das
von dem Hertzoglichen Wolfenbutlischen Plenipotentiaro uns
eingereichte schriftliche begehren wegen der im Instrumento
Pacis Westphalicae vorbehalten Augspurgischer Confessions
Verwanten Canonicaten zu Strasburg N. I. in der Schwedischen
Mediatorum gegenwart von wort zu wort vorgelesen und her-
nacher zu handen gestellet, das ein Lutherischer Cano-
nicus in Frankreich und folglich zu Strasburg für
ein monstrum gehalten würde: ein ander mahl auch
bey dem 16. Articul sich vernehmen lassen, das weder ihrem
König, noch ihnen Gesandten wissend wäre, das einige beneficia
Ecclesiastica einer andern als der Catholischen Religion zuge-
than seyn könnten, folglich der zusatz Catholica allerdings ohn-
nöthig wäre²⁾, sondern ausgelöscht werden müßte, was auch
dagegen eingewendet worden. Hiezu ist den 22. Octobris
kommen, das bey abermahliger durchsehung des Fridens In-

Sprache. In der französischen Wiedergabe lauten die Worte:
Les Ambassadeurs de France lui dirent qu'encore qu'ils ne pussent
répondre à une chose avant qu'elle fut proposée, ils conseilleroient
cependant aux Protestans, de n'en rien faire, pour ne pas donner
occasion de leur faire en échange des déclarations
et des conditions peu favorables. Actes IV. 333.

1) Trotzdem im Ryswijker Frieden den protestantischen Ein-
wohnern Straßburgs der freie Abzug aus der Stadt gestattet
wurde, suchte man sie französischerseits hernach daran zu hindern.
Lettres historiques XXVI. p. 613 ff.

2) Vergl. p. 23. Anm. 3.

struments die Frantzösische Gesandtschaft die im Articulo 3 annoch befindliche wort in Sacris et Profanis ebenmäßig durchstrichen haben wollen, auf unsere bemühung aber selbe zwar stehen lassen, doch anbey widerumb in der Mediatorum gegenwart zur ursach ihrer nachgebung vermeldet, das dieselbe wegen der angesetzten wort: nisi quatenus nunc aliter expresse conventum fuerit: ihrer der Religion halber annoch zu thun habender und ausdrücklich vorbehaltenen erinnerung¹⁾, wie sie bereits öfters zu verstehen gegeben, keine hinderung oder nachteil bringen könnten noch solten. Alles dieses ist nicht nur angerührter massen von denen Augspurgischer Confessions Verwandten Mediatoren, und in ihrer gegenwart geschehen, sondern auch von uns, deren einer oder mehr oft deßwegen eignes aufgestanden, und zu denen Reichs Ständischen Ministris gangen, sowohl bey wehrender als geendigter iedesmahliger unterredung ihnen allen angezeigt.“

Und allerdings — wie die württembergischen Gesandten in ihrem Bericht vom 5. Nov. anführten — hatte Seilern²⁾, „wie er zum erstenmahl das project des Fridens-Instruments mit der Französischen Gesandtschafft durchgangen, schon dazumahlen, wiewohl mit nur gar wenigen bey dem Ende des Articuli 3 und der darinn enthaltenen clausul in sacris et profanis gemeldet, daß die Franzosen ihnen noch etwas dabey zu erinnern vorbehielten“³⁾. — Gewiß bewiesen solche wiederholten Dro-

1) In der französischen Wiedergabe lauten die Worte: L'ambassade de France se contenta de dire, en présence des Mediateurs, pour raison de cette condescendance, que ces mots-là étant suivis de ceux-cy, nisi quatenus nunc aliter expresse conventum fuerit, ne pourroient aucunement préjudicier à la clause, qu'Elle méditoit de faire en matière de Religion, et qu'Elle s'étoit réservée expressément plus d'une fois. Actes IV. 334.

2) SATTLER, XII. Beilagen p. 66.

3) Der württembergische Bericht bemerkt über Seilern weiterhin: „Der Herr von Seylern indessen, um sich besser zu exculpiren, gedencket die Schuld auf

hungen, daß der sichtlich zunehmenden Gefahr gegenüber es den Protestanten nichts half, wenn sie ihre Forderungen zurückzogen, wie ihnen oft angeraten wurde; die Franzosen hatten am 22. Oktober so wenig einen Grund als am 10. und 12. Oktober und hatten ihnen doch mit einer „Erinnerung“ wie zuvor mit einer „ohnangenehmen Gegenerklärung oder Gegending“ gedroht. Es sollte eben den Anschein gewinnen, als ob die Protestanten zur Beseitigung ihrer kirchlichen Garantien Anlaß gegeben hätten.

Der Umstand, daß gerade die von den Kaiserlichen gewählte Klausel *nisi quatenus nunc aliter expresse conventum fuerit* als Handhabe zur Umgehung des Artikel III benutzt wurde, deutete doch nach dem entgegenkommenden Verhalten der Kaiserlichen schließlich nur zu sehr darauf hin, daß die Franzosen mit deren Wissen und Willen vorgingen. Auch hat der Graf Kaunitz nachher erklärt¹⁾, „es hätten die Franzosen schon 3 Tage vorher, ehe es geschehen, die *praejudicierliche* Religions-Klausel vortragen lassen wollen“; noch recht bezeichnend setzte Kaunitz — der schon im Juni die Protestanten davor warnte, die Franzosen an gewisse Punkte, die sie vielleicht vergessen hätten, zu erinnern — zu seiner Entschuldigung hinzu, „er habe es aber allezeit verhindert, in Hoffnung, daß sie es gar darüber vergessen würden, und hielte er davor, wann die Evangelische wüßten, wie viel er vor Ihnen gethan, Sie würden ihm obligation haben“. Und doch gerade die letzte Zeit des Kongresses lehrte es noch, wie sehr die Kaiserlichen die Klausel wünschten.

Nämlich nach den unliebsamen Erfahrungen, die mit den Franzosen bei den kirchlichen Fragen und auch in der pfälzi-

die Evangelischen selbst und deren Religions-Eifer zu laden, indem er vorgiebt, wann man anfangs *simpliciter* bei der *restitutione pacis Westphalicae* geblieben wäre, die Franzosen auch auf einige namentliche *exception* nicht würden gekommen sein.“

1) SATTLER, XII. Beilagen p. 66. Diese Angabe macht der württembergische Bericht vom 5. Nov. 1697.

schen Angelegenheit gemacht waren, versuchten schließlich die protestantischen Reichsdeputierten wenigstens seitens des Kaisers noch bessere Garantien für die Wiederherstellung der kirchlichen Anordnungen des westfälischen Friedens zu erhalten.

Sie verlangten von den österreichischen Gesandten am 29. Oktober folgende schriftliche Erklärung¹⁾: . . . , Legatio Caesarea ad maiorem tranquillitatem et securitatem Legatorum et Plenipotentiariorum Electorum, Principum et Statuum Imperii utriusque Religionis hoc ipso ad Protocolum Mediationis declarat, nullam aliam, quam clementissimam hanc et sinceram Sacrae Caesareae Majestatis intentionem, ut pax, de cuius conclusione nunc agitur, ad normam Pacis Westphalicae, nec non juxta emanata tum temporis a Sacra Caesarea Majestate executionum Edicta, et arctiorem modum exequendi, statim post ratificationem, absque ulla mora tam in sacris quam in profanis plene executioni detur atque ita restituendis omnimodo satisfiat.

Es war die Meinung der protestantischen Reichsdeputierten, daß die Mediatoren diese Erklärung „als ein von ihnen erfundenes temperament der Kaiserlichen Gesandtschaft vorschlagen sollten“²⁾. „Als aber der erste schwedische Gesandte, Graf

1) SATTLER, XII. Beilagen p. 75|6. Die Forderung dieser Erklärung wurde damit gerechtfertigt, daß die kaiserliche Gesandtschaft die protestantischen Anträge mit der Begründung abgelehnt hätte, „quod executio Pacis in Imperio ac restitutio gravatorum tam in sacris quam in profanis sub autoritate sacrae Caesareae Majestatis fieri debeat, et consequenter punctus hic executionum et restituendorum nil quicquam ad Galliam attineat, sed inter Caesarem et Imperium tantum exemplo ejus, quod in Executione pacis Westphalicae observatum fuit, terminandus sit“.

2) So heißt es in dem kursächsischen Bericht vom 5.|15. Nov. SATTLER, XII. Beilagen p. 75|6. FABER, III. 730. — Bonde war erst gegen Ende August zum Kongreß abgereist, wo er die Stellung als erster schwedischer Gesandter einnahm. — Er wird übrigens von d’Avaux als franzosenfreundlich gesinnt — bon français — bezeichnet. WIJNNE, III. 1. p. 64|5; II. p. 258|9. Actes II. 4. O. KLOPP, VII. 374|5. 391. 436.

Baron Lilienroth wird „in einer geschriebenen Relation, welche A. 1702 von des schwedischen Staates innerlichen Mangels, Abnehmens, auch zu befürchtenden Verfalls und dessen vor-

Bonde, die Erklärung derselben als von den Evangelischen an die Hand gegeben und zwar in Gegenwart derer Engell.- und Staadischen Ministrorum vorgetragen, haben die Kaiserlichen sich zimblich entrüstet und gesagt: „Man wäre über solchem Zumuthen an seiten der Kayserl. Gesandschafft sehr verwundert und hätte diß Mißtrauen von den Evangelischen Ständen nicht verdienet, vor deren Interesse man treulich mitgearbeitet habe. Pax Westphalica sollte in sacris et profanis restituiert werden und das sey Ihnen genug. Kayserl. Mayestät Meynung sey dißfalls ganz aufrichtig und würden Sie Recht und Gerechtigkeit widerfahren lassen. Sie wären niemand als Kays. May. von Ihrem verfahren Rechenschafft zu geben schuldig. Das instrumentum pacis Westphalicae und die Kays. beschwohrne Wahl-Capitulation müsse loco declarationis dienen. Wofern dise Uns [den Protestanten] nicht genugsame Versicherung ertheilten, würden Wir dergleichen in einer von Ministris ad hunc casum specialiter non instructis unterzeichneten Schrifft schwerlich finden.“ In dem kursächsischen Bericht wird treffend hierzu bemerkt: „So scheinbar aber als auch dise rationes scheinen, so hat sich doch die warhaffte Ursach dises unnöthigen Eyfers in wenig Stunden darauff klar genug am Tage geleet“¹⁾.

nehmsten Ursachen von dem Jahre 1698 bis auf 1702 berichtet und einer europäischen Puissance nachrichtlich zugeschrieben worden“, vorgeworfen, daß er vor der Ankunft Bondes auf dem Kongresse „das meiste schon abgehandelt, wiewohl nicht ohne großen Verdacht eines gar zu guten Frantzösischen Magens“. HOFFMANN, Gründliche Vorstellung der . . . Religionsbeschwerden. Leipzig 1722. I. p. 274. Auch in MACAULAY's Geschichte Englands, Kap. XXII finden sich Verdächtigungen der Thätigkeit Lilienroths. Aber dieser wird mit Recht [schon von MOSER, p. 120] von NEUHAUS, p. 230, und O. KLOPP in Schutz genommen. Ludwig XIV. äußerte mehrfach zu d'Avaux seine Unzufriedenheit über die Haltung Lilienroths; über ihn und Bonde vergl. WIJNNE, II. 17. 43. 77. 218|9. 259. 260. 276. 285. 287. 290|1. 295. 311. 322|3. 329. 350. 362. 385; III. 1; 7. 38. 41. 91|2. 96|7. 105|6; III. 2; 26. 30. 36. 38. 59. 85. 93. 98. 106. 114.

1) Der kursächsische Bericht setzt noch hinzu: „Wobey jedoch nochmalen zu erinnern, daß man disseits in disen und allen andern wichtigen Vorfällen so wohl die Schwedische

Die Kaiserlichen — von denen ja Kaunitz, wie er selbst erklärte, schon 3 Tage um die Klausel gewußt hatte — verweigerten offenbar nur, um dieser nicht Hindernisse in den Weg zu legen und Verpflichtungen in bindender Form zu übernehmen, die sie so wenig als die mündlichen Versicherungen hätten halten mögen, die schriftliche Erklärung. Daß der Widerstand gegen diese, wie gegen alle bisherigen Anträge der Protestanten, nur in dieser Absicht erfolgte, lehrt die Art der ihnen erteilten Abfertigung und der nun unmittelbar folgende Vorgang der Einbringung der Klausel durch die Franzosen.

VI.

Offizielle Einbringung der Klausel durch die französischen Gesandten, das Verhalten der evangelischen und katholischen Gesandten dazu.

Schon aus dem eigenen Bericht der Kaiserlichen, vom 19. Dez. 1697, tritt deren Einverständnis mit den Franzosen zu Tage; es ist der auffällige Vorgang aus dem Berichte zu ersehen, daß, als die schriftliche Erklärung eben von den Kaiserlichen in Hast und unter sehr äußerlichen Vorwänden ¹⁾ zurückgewiesen war, plötzlich die Franzosen mit der Einbringung der Klausel dazwischentraten. Der Bericht lautet:

„Mit der von uns verweigerten schriftlichen Versicherung

als Englische und Staadische Vorsprach und assistenz jederzeit, wiewohl allemahl ohne Erlangung des hierunter abgezielten Zwecks gebraucht habe.“

1) Schon FR. WAGNER, Bd. II. p. 437 schreibt über die Entstehung der Klausel: „Petierant alias Protestantium Ordines Urbis Argentinensis omniumque, quae Galliae accessura erant, locorum incolis liberum Religionis exercitium, ut ante bellum servaretur. Ea res admonuit Gallos, ne suarum ipsi religionum, quam alieni negligentiores agerent“, vergl. oben p. 49 ff. und 59. Und NEUHAUS findet es (p. 287) „nicht unwahrscheinlich, daß gerade das Hereinziehen der Religionsangelegenheiten in die Friedensverhandlungen die Franzosen auf die Clausel gebracht hat“. NEUHAUS meint p. 138: „Es ist dies wohl kein völliger Fehlschluß.“ — Wie O. KLOPP alsdann bei seiner Darstellung verfährt, um dies zu beweisen, ist zu beachten!

ad Protocollum Mediatoris, und unsere dagegen bezeugte ent-rüstung¹⁾), wie die wort in dem sogenannten voto communi Evangelicorum lauten, hat es die bewandnuß: den 29. Octobris nachmittags seind neben uns, auf unser und der Reichs Stän-dischen Ministrorum ersuchen, die Spanische, Englische, und Staatliche Gesandschaften zu Ryswigh erschienen, ob durch ihre mitbemühung in einigen zwar öfters vorgewesenen, aber noch nicht völlig verglichenen dingen etwas nähers zu erhalten seyn möchte; die zeit ist aber durch vieles hin und wider gehen der 2 leztern Gesandschaften, und einiger Protestirender Reichs Ständischen Ministrorum in und aus der Mediatorum zimmer bis ohngefehr 7. oder 8. uhr nachts verzehret wor-den²⁾). Als demnach wir bey denenselben und Mediatoren

1) Actes IV. 310—314. FABER, III. 765 ff. MOSER, 134 ff. FR. WAGNER, II. 437. O. KLOPP behauptet bezüglich dieser am 29. Oktober geforderten Erklärung: „Die österreichischen Bot-schafter gaben die verlangte Erklärung“ (!) [KLOPP, VII. 463/4.] Beweise giebt er nicht! — Die österreichischen Gesandten spielen hier auf ein bei einem Reichs-Gutachten vom 26. Nov. 1697 an-geführtes votum commune an. Actes IV. 195. 197. 290.

O. KLOPP berührt den zur Rechtfertigung gegenüber diesem votum commune von den Kaiserlichen verfaßten Kollektiv-Bericht vom 19. Dez. 1697 nur mit der Bemerkung: „Der Kaiser be-gnügte sich daher nicht mit den Berichten, in denen seine Bot-schafter die Angelegenheit der Klausel neben vielen anderen behandelten; er verlangte einen besonderen eingehenden Bericht über diese Angelegenheit.“ O. KLOPP, VII. 481. O. KLOPP führt anstatt dieses Berichtes bei der Darstellung der Einbringung der Klausel als Quelle einen Kollektiv-Bericht der Kaiserlichen vom 5. Nov. 1697 an, u. a. auch für die oben p. 44 angeführten Meldungen Palmquists als Quelle; es werden die Berichte Palm-quists, in welchen vor dem Treiben des Kurfürsten von der Pfalz gewarnt wurde, bei KLOPP, p. 481 mit der Bemerkung abgethan, daß der Kurfürst durch diese Angelegenheit seinem kaiserlichen Schwager einen ähnlichen Undienst erwiesen hatte wie durch die Beredungen zu Steckborn.

2) O. KLOPP schreibt ferner (p. 463/4): „Am 29. October hielten die Franzosen den gesammten Friedensentwurf fertig“, einschließlich der Klausel des Artikel IV. „... Erst am Abende des 29. hatten die französischen Botschafter den Entwurf zu übergeben. Noch vor der Uebergabe, im Laufe dieses Tages verlautete zu Ryswyk im Saale der Verbündeten, was bevor-

getrieben, das bey der übrigen geringen frist entweder die versprochene fürkehrung beschehen, oder wir zu fortsetzung der mündlichen handlung, sonderlich zu ausmachung des schweren Pfälzischen Articuls gelassen werden möchten, das vorhero die Alliirte mit uns sich nochmahlen zu unterreden verlangten; seind kurz darauf die Engländische und Holländische Gesandten in der Mediatoren zimmer getretten und ausser des bey dem feuer gebliebenen Lords Pembroke, und dem einen an einen stuhl gestandenen Mediatore stehend geblieben, und von denen vorgewesenen puncten zu reden anfangen wollen; ehe wir aber den mund recht aufgethan, seind der Chur Sächsische von Bose, Chur Brandenburgische von Schmettau und Freyherr von Dankelman, Würtembergische von Kulpis und einige andere in selbiges zimmer kommen, und haben sich gegen uns über gestellt. Der erste schwedische Mediator Graff von Bonde aber so gleich in aller namen uns zu erkennen gegeben, was massen die Protestirende über die im neuen Fridens Instrument ent-

stehe. . . . Jene verhängnisvolle Klausel im vierten Artikel machte alle Befürchtungen zur Wahrheit, oder überbot sie.“ Nach Erwähnung der vor Einbringung der Klausel von den Kaiserlichen verlangten schriftlichen Erklärung bemerkt O. KLOPP, p. 463: „Nicht wider die eigene Thorheit (!), die auf den guten (!) Rath der Kaiserlichen nicht gehört, wandte sich der Zorn der Gesandten der protestantischen Reichsstände, und demgemäß auch das Mistrauen der anderen protestantischen Botschafter, sondern aus den Reden blickte der Argwohn wider die Kaiserlichen hervor, als seien sie mitschuldig.“ O. KLOPP, der bei seiner Darstellung, wie er angiebt, den Berichten der kaiserlichen Botschafter folgt, hebt noch hervor: „Die sämtlichen Berichte der kaiserlichen Botschafter nach Wien legen dar, daß sie den Streich der französischen Politik (d. h. die Religions-Klausel), zu welchem wider ihr Abrathen der unbesonnene Eifer der protestantischen Reichsstände den Anlaß geboten, dennoch abzuwenden suchen. Es kam dazu für sie, entsprechend der Gesinnung des Kaisers, noch ein anderes Motiv, nämlich die Besorgnis vor dem Rückschlage, welchen, nach dem Geiste der Zeit, dieser französische Streich auf die unschuldigen Katholiken in den protestantischen Ländern üben mußte“, oder, wie es im Kollektiv-Bericht v. 5. Nov. heißt „die Verhütung anderweitiger Verfolgung der Katholiken“. O. KLOPP, VII. 467|8.

haltene clausul¹⁾ zu ihrer mehrer sicherheit und beruhigung von uns eine erklärung verlangten, das ihrer Religion halben Euer Kaiserliche Majestät denen Westphälischen Fridenschlüssen, wahl Capitulationen, Nürembergischen Executions recessen arctiori modo exequendi, und andern Reichsgesetzen ein völliges vernügen allezeit lassen würden; als wir über diese auf eine so ohngewöhnliche weise, und mit so scharfen worten uns beschene zumuthungen unser befrembden entdecket, da Euer Kaiserlichen Majestet steifhaltung der beschworenen Capitulation, und der Reichs Satzungen vorhin offenbar, noch dieses der orth, oder die anwesende die ienige waren, von und für welchen solche neue verpflichtung gesucht, oder gethan werden könnte oder müste; hat der andere Schwedische Mediator, und nach ihm der von Schmettau das wort genommen, und negst vorzeigung des seither uns wider zukommenen Num. I gegen uns so lang geführet, bis ich Graf von Caunitz den selben gelesen, . . . annebns aber auch die dabey observirte eines Römischen Kaisers Bottschaft allerdings unanständige eusserliche gestalt: für allem aber die uns zur ungefehrlichen handelung allein noch übrige nicht wochen, sondern wenige tage oder stunden, und endlich so vieler unter dem Joch seufzender Seelen sehnliches verlangen nach dem ohnverweilten schluß betrachtet, den Num. I auf den leuchter geleet, und mit dem widerhohlten vermelden davon — und in den Conferenz Saal gegangen, das da andere theils ihren Frieden gemachet, theils sich darin einschließen lassen²⁾, wir nicht verdacht werden konten, das auch wir für Euer Kaiserliche Majestet und des Reichs Frieden, unser angelegenheit nach, sorgten, noch umb solcher unzeitiger (!) anhero

1) Es ist die General-Klausel: in sacris et profanis wohl gemeint. In der französischen Wiedergabe lautet die Stelle: Le Comte de Bonde premier Médiateur et Ambassadeur de Suède nous dit d'abord au nom de tous les autres, que les Protestans ayant trouvé la clause comprise dans le Nouveau Traité, demandoient pour leur sureté et tranquillité une Déclaration de nous. Actes IV. 336.

2) Es soll hier wohl auf Brandenburg angespielt werden, welches sich in den Frieden, den die Seemächte mit Frankreich am 20. Sept. 1697 schlossen, miteinschließen ließ.

nicht gehöriger (!) sachen willen uns beflissentlich ab- und aufhalten ließen. Nach einiger weile seynd dahin beides die Mediatoren und die Frantzösische Gesandten kommen, und ist der anfang von der Pfälzischen Sache wider gemacht, insonderheit aber in dem Articulo separato ein und anders zu endern Frantzösischer seits begehret worden; dieweilen aber solches bey anderwerten gespräch nicht so geschwind geschehen können, sondern wir und die Frantzösische Gesanden erwehlet, das, damit ich von Seilern eher würde fertig werden, wan ich in des Mediatoris neben zimmer ginge; so haben unterdessen die Frantzösische Gesandte aus vorgegebenen königlichen befehl bey dem 4. Articul die Religions clausul vorgebracht, und darauf desto ernstlicher gedrungen, ie eifriger sich die Mediatorens dagegen gesetzt, und ie besser ab derselben beispiel die Frantzösische Gesandten lernen konten, wie sehr auch sie umb ihre alte, ohngezweiflet die wahr glaubende oder wissende Religion sich bekümmern solten. Es ist auch vergebens gewesen, was zu erhaltung guter einigkeit im Reich wir bey ihnen fürgekehret, auch wofern die clausul nicht ausgelassen, und die sache Euer Kaiserlichen Majestet mit denen Protestirenden zu allerseitigen vergnügung einzurichten übergeben werden wolte, noch der Protestirenden weiterm gesinnen nach des folgenden tages vorzutragen, daß selbige auf die von Frankreich erbaute Kirchen, und aus Frantzösischer Freygebigkeit gestiftete Pfarren eingeshrenket werden, oder leztlich so wohl in denen Frankreich verbleibenden, als denen zurückgebenden Reichs Landen beiderseitiger Religion halber alles in ietzigen stand bleiben möchte. Die Frantzösische Gesandtschaft hat vielmehr negst vorgewanten widrigen koniglichen befelh, von deme sie nicht abweichen dörfte, der begehrten einschrenkung halber geandwortet, das dadurch der gemeine rede nach ein haar, das ist ein vorhin kleines oder geringfügiges (!) und sich ohntheilbares ding in 4. theil verteihlet werden wolte. Nicht besser ist es

denen Mediatoren ergangen, als sie für sich und im namen der Engländer und Holländer ihre vorige mühe widerhohlet, der gestalt das ihrer keiner sich darüber weiters mit der Frantzösischen Gesandtschaft zu reden getrauet hat¹⁾. Endlichen iedoch hat selbige auf unseres nach der Mediatoren beweglichen ersuchen gethanes nochmalig inständiges anhalten, einen augenblick vor ablesung und unterschrift des Fridens Instruments verwilliget, das weilen die Protestirende Deputati den abgang herrschaftliches befelhs vorschützeten, sie entweder sub spe rati, und vorbehaltlich ihrer herschaften genehmhaltung, mit dem übrigen Fridens Instrument auch diese clausul unterschreiben; oder dißmahlen ihre unterschrift anstehen lassen, an deren Statt aber ihre Herrschaften alhier und zu Regensburg zu deren annehmung innerhalb der zur Ratification gesetzten zeit sich erklären, und biß dahin des Friedens genießen, im verweigerungsfall aber hernacher im Krieg bleiben mögen, da dann insonderheit der Chur Brandenburgische Articul ausgelöschet, und was davon im Englischen und Holländischen Friden stünde, für ohngültig erkläret werden solte oder vielmehr von nun an würde. So angenehm nun uns, und denen Reichs Ständischen Ministris hier von der erste theil gewesen, so bedencklig ist uns vorkommen mittels schriftlicher abfassung, und mit unterschreibung der gantzen erklärungs in den schluß zu willigen, und haben dahero mit selbiger Ministrorum gutfinden uns vergnüget, das die Mediation die sache in ihr Protocol bringen möchte, darnach auch erst die bis dahin bestrittene clausul in dem schon sauber abgeschriebenen Instrument dem 4. Articul beyrucken lassen, aber nicht verhindern können²⁾, da wir in der Frantzösischen Gesandten gegenwart denen Mediatoren das anständige erzehlet, das die Frantzösische negst dessen bestetigung zugleich das unanständige widerholet haben.

1) Vergl. p. 62 ff.

2) In der französischen Uebersetzung lauten die Worte: et comme nous rapportâmes aux Ministres de l'Empire tout ce qui en étoit convenable à notre commun intérêt, nous ne pouvions pas empêcher les François qui étoient présens, de dire en confirmant notre discours encore ce qu' il y a de contraire à notre intérêt. Actes IV. 339.

Das Fridens Instrument ist darauf neben uns, der Frantzösischen Gesandtschaft, aller Catholischer Deputirter Reichs Stände anwesenden Gesandten und Plenipotentiaariis, aus der Protestirenden anzahl allein von Württemberg, denen Wetterauischen Graffen, und der Statt Frankfurth unterschrieben.“

Die kaiserlichen Gesandten und die katholischen Reichsdeputierten hatten den evangelischen vorher schon zu verstehen gegeben, daß sie den Frieden annehmen würden ¹⁾; „wider ihre Gewohnheit“ hatten sich dabei die katholischen Reichsdeputierten den protestantischen gegenüber mit einer „un gew o h n - ten G u t h e r z i g k e i t“ ²⁾, die natürlich verdächtig sein mußte, „äußerlich alles guten erboten“. Sie erklärten ³⁾ auf die Aufforderung der Evangelischen, sich ihrer mit allem Ernst anzunehmen, „daß sie über dem von der Französischen Gesandtschaft von neuem gethanen postulato nicht wenig befremdet (!) wären, Sie als Mit-Stände und Mit-Glieder des heyl. Röm. Reichs erkannten sich auch allerdings schuldig zu unverrückter Festhaltung des Instrumenti pacis Westphal. zufolge der geschehenen Kriegsdeclaration und darauff gegründeten Reichs-Instruction ohne Unterschied der Religion causam communem mit den Protestierenden zu machen. Zu welchem Ende sie dann entschlossen sowohl bey der Mediation, als Kayserl. Gesandtschaft nachdrückliche Vorstellungen zu thun. Wollten aber doch erinnert haben, im Fall man nicht ganz und gar ommission huius clausulae erhalten könnte, auf ein zulänglich temperament zu gedenken, müßten aber anbey declarieren, daß, wofern nach allen möglichst geschehenen remonstrationibus keines von beeden verfangen wollte, sie bey jetzig kläglichem Zustand, da die Alliirte von dem Röm. Reich gesondert und die vorliegende Stände, sonderlich Lüttich, Cölln und Trier annoch mit Französischem Volk beschweret, auch genannte 2. Städte in der größten Gefahr vom Feind bey verzögertem Friden eingenommen zu werden, sich genöthiget befänden, den

1) NEUHAUS, 276 ff.

2) Bei SATTLER, XII. p. 136 wird dieser Umstand mit Recht hervorgehoben an den Vorgängen des 30. Oktober.

3) SATTLER, XII. Beilagen p. 78|9. FABER, III. 733 ff.

Friden, wie er auch seye zu unterschreyben (!) und das übrige biß auf bessere Conjunctionen aussetzen, es wäre dann, daß man ihnen zeigen und klärlich darthun könnte, auf was Art und mit was Vermögen der Krieg fortzusetzen seyn möchte“.

Und in ähnlichem Sinne äußerten sich die Kaiserlichen zu den Evangelischen ¹⁾. Aber schon am selben Tage war es klar, welches Spiel mit diesen immerfort getrieben wurde, indem die Franzosen auf die Beschwerden der Vermittler schärfer, als der österreichische Bericht v. 19. Dez. angiebt, erwiderten ²⁾: „sie hätten reiterierte ordres, auf dieser clausul zu bestehen, es treffe dieselbige wenige oder nur einige Kirchen an, so ihr König gebauet oder Andachten gestiftet habe. Im übrigen bliebe der Westphäl. Friede quoad sacra et profana unverletzt und hätten sie auch vermög der dem Artikel III

1) SATTLER, XII. Beilagen p. 79. — Nach der Darstellung NEUHAUS' verlangte am 30. Oktober (nachmittags) Graf Kaunitz auf der Stelle von dem Ratspensionär und den englischen Ministern eine deutliche und bestimmte Erklärung, ob sie wegen dieser neuen Klausel und anderer harter Bedingungen den Krieg aufs neue an Frankreich erklären wollten. Für diesen Fall wollte die kaiserliche Gesandtschaft sogleich mit ihnen zu der französischen Gesandtschaft hineingehen und erklären, daß sie miteinander übereingekommen, lieber den Krieg fortzusetzen, als solche und andere harte Klauseln einzugehen. Die Kaiserlichen wollten dann zugleich im Namen von Kaiser und Reich erklären, daß sie ohne Restitution von Straßburg keinen Frieden machen wollten. Aber weder der Ratspensionär, noch die englischen Gesandten wollten sich zu diesem Schritte verstehen. NEUHAUS, 281.

2) In dem kursächsischen Bericht vom 5./15. Nov. heißt es: „Die Mediation gieng zu der Französ. Gesandtschafft, und hatte Ihr der hernach erstatteten Relation nach zwar alle die Vorstellungen gethan, so hierzu nöthig erachtet wurden, bey selbiger aber so wenig als hernachmals die Engelländische und Staadische Ministri [welche zwar, weilien die Französ. Gesandtschafft ihnen einige Tag her so ungescheuet alles, was sie vor ihre allierte proponiert, abgeschlagen, nicht mit denselben mündlich geredet, sondern solches gleichfalls durch die Mediation thun lassen] erhalten können. Vielmehr aber hatten diese zu ihrer Entschuldigung das hier mitgeteilte eingewendet.“ SATTLER, XII. Beil. p. 79.

beygesetzten *clausul, nisi quatenus aliter conventum fuerit, Recht zu disem monito*“. Damit waren die Kaiserlichen bloßgestellt ¹⁾! In richtiger Würdigung der Umstände lehnten es die Mediatoren ab, die Klausel anzunehmen und den Frieden zu unterschreiben, ebenso ein Temperament in Vorschlag zu bringen, da auch dies wider ihre Instruction liefe ²⁾. Und vergeblich drangen in sie die Kaiserlichen ³⁾, „sie möchten bei den Remonstrationen, welche sie den Franzosen in Betreff der Clausel zu machen vorhätten, gegenwärtig sein, um zu bezeugen, wie eifrig man sich katholischerseits dieser Sache annähme (!), um alle ferneren Collisionen und Mißverständnisse im Reiche ⁴⁾ abzuwenden“. Nicht ohne Ironie erwiderten die Mediatoren, „daß sie von der französischen Gesandtschaft in

1) Während in ähnlichem, den österreichischen Gesandten wie dem Kaiser ungünstigem Sinne gehaltene Nachrichten alsbald verlauteten, auf die unten näher eingegangen werden wird, griffen noch die Kaiserlichen — am Schluß ihres Kollektiv-Berichtes vom 19. Dez. 1697 — zu der dürftigen Entschuldigung: „[Ab dieser wahrhaften Erzählung einer allhier vorhin kundbahnen Geschichte geruhen Euer kaiserliche Majestät ihrer allerhöchsten Vernunft nach zu urteilen] ... wie wenig (!) demnach der kaiserlichen Gesandtschaft den 30. October gethaner Bezeugung beigemessen werden könne, was auf vielfältige Zunöthigung der Französische vorher lange gedrohet und wie leicht dannenhero nach so langem Wetterleuchten der endlich erfolgte Donnerschlag vorhergesehen werden können.“ — Wie oben, p. 23 erwähnt ist, wurden die österreichischen Gesandten in dem kaiserlichen Kommissions-Dekret vom 11. Febr. 1698 wegen ihres Verhaltens in Schutz genommen.

2) SATTLER, XII. 136—138. Beilagen p. 79—81.

3) NEUHAUS, 276—288.

4) d'Avaux bekam, wie er am 2. und 9. April 1698 an Ludwig XIV. berichtete, in den Stockholmer Regierungskreisen die Aeüßerungen zu hören: *que l'empereur s'estoit excusé à Ratisbonne auprès des princes protestans et leur avoit dit que l'article IV avoit esté mis sans sa satisfaction (!), ferner: l'empereur lui-même s'excuse disant qu' il n'y a pas de part (!) (an der Klausel).* WIJNNE, III. 1; 162. 189. Schwedischerseits wurden diese Erklärungen des Kaisers als Vorwand mit benutzt, um den Ryswijker Frieden nicht anzuerkennen.

anderen ähnlichen Fällen eine abschlägige Antwort erhalten hätten und nicht glaubten, daß dieselbe jetzt von ihrer Forderung abstehe würde. Sie hielten auch dafür, die Kaiserliche Gesandtschaft würde allein mehr auswirken, als wenn sie dabei wären, weil sie mit ihnen als Katholischen in ihrer Abwesenheit freier reden könnte“.

So hielten sich auch die Mediatoren unter Zurücklassung einer Protestation bei der Unterzeichnung des Friedens vom Kongresse fern ¹⁾).

Während die übrigen evangelischen Reichsdeputierten ²⁾ am

1) NEUHAUS, 285. Actes II. p. LXIV. — Wegen der Abneigung gegen den Ryswijker Frieden wurde von Schweden bei einem Allianzvertrage mit Frankreich (vom 19. Juli 1698) „zur Verteidigung und Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit Frankreichs und Schwedens gegen jeden, der sie bedrohe“ nicht, wie d’Avaux verlangte, eine ausdrückliche Garantie des Ryswijker Friedens gegeben. Es wurde d’Avaux vorgeworfen, „es hätten sich bei dem Ryswijker Frieden Dinge im geheimen zugetragen, die man wohl erfahren hätte (qu’il y auroit des choses qui s’estoient passées en secret dans le traité de l’empire qu’il n’ignoroient); d’Avaux wurde seitens des schwedischen Königs die Erklärung gegeben: Sa Majesté ne trouve convenable à ses intentions de faire mention dans ses alliances de la garantie de la paix de Ryswick quoiqu’en partie elle pourra avoir esté moyennée par ses offices, estant constant qu’en partie elle s’est faite sans sa médiation, selon que les parties l’ont jugé conforme à leurs intérêts.“ WIJNNE, III. 1; p. 105. 106. 125|6. 218. 162. 183|4. 192. 300. 310. 351. 387. — Bei anderer Gelegenheit wurde schwedischerseits dagegen Verwahrung eingelegt, daß bei jenem Allianzvertrage „etwas gehandelt und stipuliert worden, welches denen Catholischen zu einiger Avantage oder denen Evangelischen zum Nachtheil gereicht“. FABER, XXXVI. 191. MOSER, 152.

2) Es waren dies die Gesandten von Kur-Sachsen, Kur-Brandenburg, Schweden-Bremen, Sachsen-Coburg, Sachsen-Gotha, Brandenburg-Culmbach, Braunschweig-Lüneburg, Zelle, Braunschweig-Wolfenbüttel, Hessen-Cassel, Holstein-Glückstadt. Wie bei SATTLER, Bd. XII. p. 138 bemerkt wird, versuchten auch diese Gesandten die französischen noch zur Unterschrift zu überreden, sie wollten dann das Friedensinstrument wegen fehlerhafter Schrift vorher noch einmal abschreiben lassen, doch dieser Versuch mißlang.

30. Oktober den Frieden noch nicht unterzeichneten, erklärten hierzu die Gesandten Würtembergs, der wetterauischen Grafen und der Stadt Frankfurt durch besondere Umstände genötigt zu sein. Sie gaben an ¹⁾, „daß ihrer Herren Lande der Gefahr allzusehr exponiert und folglich sie sich der Unterschrift, jedoch cum protestatione von dem Evangelischen corpore quoad reliqua unsepariert zu bleiben (wie sie dann aus solchen Ursachen den Articulum separatum, das Chur-Pfälzische Compromiss betreffend, zu unterschreiben Bedenken gehabt) nicht wohl entbrechen könnten“.

Wie alsbald verlautete, „hatte von Seilern dem Württembergischen Gesandten von Kulpis stark zugesprochen sich der Unterschrift zu unterziehen, um bessere Bedingungen für das Haus Württemberg auszuwirken“ ²⁾.

1) SATTLER, XII. Beilagen p. 80|1. Kursächs. Ber. v. 5.|15. Nov. Die evangelischen Fürsten, deren Gesandten den Frieden am 30. Oktober nicht unterzeichneten und die Gründe hierfür in einer Denkschrift vom $\frac{25. \text{Okt.}}{4. \text{Nov.}}$ 1697 darlegten, traten in dem Ratifikations-Reichs-Gutachten vom 16.|26. Nov. 1697 den übrigen Ständen bei; sie hatten aber in dem Gutachten unter Protest gegen die auf dem Kongresse den kirchlichen Fragen zu teil gewordene Behandlung und gegen den pfälzischen Separat-Artikel vom Kaiser die Erklärung gewünscht, daß diese Unregelmäßigkeiten und sonstige Verstöße wider den westfälischen Frieden „den protestantischen Ständen nicht praejudicirlich sein sollten“. Der Kaiser wollte diese Reservation von dem Gutachten getrennt wissen, da, „wann man französischerseits etwann gern ein Praetext haben wollte, die Friedens-Execution zu verzögern, ihnen obgedachte Reservation, als ob man dadurch alles, was des Arbitri und der Religion halber verglichen worden, umstoßen wollte, gar guten Anlaß geben dürfte“. Die protestantischen Stände gingen auf die verlangte Trennung ein. Doch der Kaiser ratifizierte am 7. Dez. 1697 den Frieden, ohne jener Reservation dabei Erwähnung zu thun. FABER, XXXIX. 430; III. 306. 308. 310. 313. MOSER, 114. 116. 118 ff.

2) Nach dem Friedensschlusse suchte Seilern mit den Franzosen zusammen der Restitution Mömpelgards an den Herzog von Württemberg Schwierigkeiten zu bereiten, auch der

Es wurde Seilern auch von den württembergischen Gesandten in dem Berichte vom 5. Nov. vorgeworfen¹⁾, „daß er dem brandenburgischen Gesandten von Schmettau zugeredet hätte, den Frieden zu unterschreiben; als er aber damit nichts ausrichtete, hätte er zu seiner Entschuldigung mehrmals erklärt, daß er gleichfalls von der Unterschrift eines solchen Friedens sich entziehen zu können wünschen möchte, wobey er dann sehr angerühmet (!), wie eiffrig die Kayserliche Gesandtschaft der Französischen urgirten Religionsclausul widersprochen und wie gern dieselbe hätte sehen mögen, daß diese materie nicht wäre geregt worden“²⁾.

Klausel auf jenes Gebiet Anwendung zu verschaffen und überhaupt einer willkürlichen Handhabung der Klausel Vorschub zu leisten. SATTLER, XII. p. 175. 161.

L. T. SPITTLER legt in seiner Geschichte Württembergs, Göttingen 1783; p. 293|4, v. Kulpis unlautere persönliche Beweggründe zur Unterzeichnung des Ryswijker Friedens zur Last, ohne indes dafür genügende Beweise zu geben. — Die württembergischen Kongreß-Gesandten erhielten im Oktober wiederholt von ihrem Herzog die Weisung, wegen der bedrängten Lage des Landes so bald wie möglich Frieden zu schließen. SATTLER, XII. 130—133. 270.

1) SATTLER, XII. Beilagen p. 64—66.

2) Es wird bei SATTLER, Bd. XII. p. 161 ein kaiserliches Kommissions-Dekret vom 13. April 1698 erwähnt, worin unter anderem auch die genaue Vollziehung des Friedens empfohlen wurde. Dies deutete, wie SATTLER angiebt, der kaiserliche Kommissarius auf die Ryswijker Religions-Klausel. „Er legte derselben aber keinen genauen, sondern ganz widersprechenden Verstand bei.“ „Der von Seilern wollte sie auch von den Orten, wo die Franzosen niemals hingekommen oder zur Zeit des geschlossenen Friedens nimmer im Besitz gewesen und mithin nicht zurückgeben können oder die Catholische Religion niemals in Uebung gekommen, wie auch von den Kirchengütern, auf welche die Clausel doch keine Ansprüche zu machen sich erklärte, verstanden haben.“ Und in einem Berichte aus demselben Jahre schreibt der württembergische Bevollmächtigte auf dem Regensburger Reichstage, v. Hiller, daß der „Grav von Seilern, welcher den Franzosen die Stadt Straßburg in die Hände gespielt und die unglückliche Clausul auf die

Aber diese Entschuldigung weist der Bericht mit den Worten zurück: „Ungeachtet aber dieser äußerlichen Bezeugungen so ist nicht nur die suspicion, daß alles, was deßfalls vorgefallen, eine mit den Franzosen abgeredete Sache sey, sondern man hat auch davon glaubwürdig Nachrichten.“ Und nach Mitteilung dieser Nachrichten, welche die wiederholten Verhandlungen des Pfälzer Kurfürsten mit dem Versailler Hofe betrafen und oben bereits angeführt sind, machen die württembergischen Gesandten in ihrem Berichte nun die Bemerkung: „Ob die kayserliche Gesandtschaft ihren Antheil an dem Concert habe, wie es dem Herrn von Seylern insonderheit beygemessen wird, von den Pfälzischen Gesandten aber und sonderlich dem Graff von Vehlen dasselbe also betrieben gar nicht gezweifelt wird, stehet dahin.“

VII.

Streit über Urheber und Entstehung der Klausel.

Leider kam es, so wenig Glauben auch Entschuldigungen ebenso von Kaiserlicher wie von pfälzischer Seite fanden, erst mit der Zeit zu sicherer Feststellung des Herganges bei der Klausel. So schreibt SATTLER hierüber:

„Nach also unterschriebenem Friden ¹⁾ beschäftigten sich die Evangelische Gesandte den Hergang zu entdecken und die

Bahn gebracht hätte, immer neue Ränke hervor-
suche und seine Glaubensgenossen zu allem an-
stiffte, was dem Evangelischen Wesen hinderlich
fallen konnte, es mochte auch dem Kayser und Reich darüber
entstehen, was da wollte“. Hiller erfuhr auch die oben erwähnte
Nachricht über Seilerns Bemühungen, Kulpis zur Unterschrift
des Friedens zu bewegen. SATTLER, XII. 173. 175.

1) SATTLER, XII. 138. — Der Kanzler Ludewig, der als
Zuschauer und junger Publizist dem Ryswijker Friedensschlusse
beiwohnte, bemerkt in seinen Opuscula, Tom. I. p. 418 not. m:
Varii diversorum Principum Adlegati in culpae huius suspicionem
venerunt. Alii Principem Palatinum excusarunt, quasi is
per literas admonuerit Gallos, ut Romani coetus sacris in ditione
sibi restituenda prospicerent. Alii has preces nescio quos Cle-

Mittel auszufinden denen Folgen der Rysswickischen Clausul auszuweichen. Bald hatten sie eine Spur, daß die Pfälzische, bald die Kayserliche, bald beede dieselbe ausgebrütet hätten und die beede Württembergische Gesandte berichteten, daß ihre bißherige Entdeckungen immer mehr bestetigt würden, indem der Holländische Pensionarius Nachricht erhielt, daß der Kayserlichen und Pfälzischen Höfe Negotiationen zu Paris durch den Toskanischen Gesandten daselbst geführt worden und daß der de Cailleres, nachdem er sich vernehmen lassen, daß die Evangelische nicht Ursach hätten, das Werk so hoch zu treiben, indem sein König in dem Besitz derjenigen Orte gewesen, wo die Katholische Religion unterhalten werden sollte und mithin darüber Bedingungen vorschreiben könnte, hinzugesetzt habe: *Le Roy les a voulu rendre à cette condition la et l'Empereur et l'Electeur Palatin en sont contents.*“

Diese Nachrichten Heinsius' über Verhandlungen am Versailler Hofe und die Aeüßerungen Caillères' — welche auch übrigens nach der oben erwähnten Berufung der Franzosen auf die Worte *nisi quatenus* gerechtfertigt erscheinen — stellen, von den württembergischen Gesandten selbst unbeanstandet, den Kaiser und den Kurfürsten von der Pfalz als Mitschuldige an der Klausel auf gleiche Stufe. Ja, es wird dieser Sachverhalt bei der Klausel dadurch noch sicherer festgestellt, daß in der Darstellung desselben die Vertreter der Seemächte und Frankreichs, unabhängig voneinander, im wesentlichen übereinstimmen ¹⁾.

ricos Galliae Regi fecisse dixerunt. Multi etiam ipsius Romani Pontificis literas prodere voluerunt, in quibus Galliae Regi hoc consilium suggesserit. Plures vehementiam nostrorum quoque hominum arguerunt, quod hi Silesiorum et Huguenottorum causas tam confidenter agere, neque Argentinam recipere voluerint, nisi ritibus in integrum restitutis. Nam hoc ipso facile est ad credendum nostris Pontificiis stomachum nimis commovisse, quibus ultionis cupiditas haec remedia commendaverit. MOSER, I. § 14. BUCHHOLTZ, IV. 206.

1) Auch König Wilhelm III., welcher am 30. Oktober durch Heinsius von der Einbringung der Klausel benachrichtigt wurde, bemerkte in einem Schreiben an diesen, vom 31. Oktober u. a.:

So hielten schon bei der ersten Kunde von der Klausel am 29. Oktober Heinsius und die englischen Minister diese für „eine unter einigen Catholischen abgeredte Sache“.

Und am 5. November schrieb Prior an Lexington ¹⁾: „I ought last post to have told you that the Imperialists and Catholic

„Ich habe immer einen Religionskrieg gefürchtet, in der Besorgnis, daß zwischen Oesterreich und Frankreich ein geheimes Einverständnis bestehe, wie es zur Zeit nur zu wahrscheinlich ist.“ O. KLOPP bemerkt dazu: „Dieser ganze Augenschein beschränkte sich auf die Vermuthung des Königs, für welche jeder thatsächliche Anhaltspunct fehlt.“ O. KLOPP, VII. 467. Zur Widerlegung des „Verdacht“, daß die Kaiserlichen heimlich vorher in die Clausel gewilligt“, führt O. KLOPP, p. 470. 478. 489 an, „daß schon wenige Tage später, am 5. November, der König in einer Audienz des kaiserlichen Botschafters nicht etwas vorbringt, was dem Kaiser gegenüber einem Vorwurf gleich sähe, sondern wieder, wie einst, dem Vertrauenden entgegentritt mit Vertrauen: Der Graf Auersperg, welcher diese Audienz hatte, fügt seinem Berichte über dieselbe ausdrücklich hinzu, daß der König der Ryswijker Clausel keine Erwähnung gethan“. (O. KLOPP, VII. 478.) Aber O. KLOPP schreibt nun selbst, p. 488, nach Anführung einer Instruktion des Kaisers über den Fortbestand der großen Allianz: „Die (vorher, p. 484 ff., erwähnten) Reden Portlands zur Auersperg haben uns gezeigt, daß diese Gedanken des Kaisers durchaus denen des Königs entsprachen, daß mithin Auersperg beim Empfange des Schreibens einer günstigen Antwort im voraus sicher war.“ (!) — Es waren also bei der Audienz vom 5. Nov. und den sie beschäftigenden Fragen Vorwürfe wegen der Klausel seitens Wilhelms III. von vornherein nicht zu erwarten. Vergl. FABER, III. 733 ff. über Heinsius.

1) Schreiben des englischen Diplomaten Prior an den englischen Gesandten in Wien, Lord Lexington, vom 5. Nov., aus dem Haag datiert. The Lexington Papers, p. 316|7. — O. KLOPP schreibt Bd. VII. p. 478|9: „Wenn für das Irrewerden des Königs an dem Kaiser etwas zur Entschuldigung gereichen kann: so ist es die Wahrnehmung, daß er in Loo (wo er die Audienz Auersperg am 5. Nov. auch erteilte) nicht frei war von dem Einflusse, den die brieflichen Mittheilungen Anderer auf ihn ausübten. Und wiederum waren diese Anderen nicht unabhängig von der Einwirkung der französischen Botschafter. Wir sehen diese Botschafter nach mehr als einer Richtung hin thätig in dem Ausäen von Mißtrauen und Zwietracht. . . . Ganz besonders tritt

Princes of the Empire had signed the peace, if I had known anything more than that they had done so. This Mr. Swinford told Mr. Sutton, and all beyond it was such confusion that one knew not what to make of it; whilst their Excellencies, by the King's order, were endeavouring to settle the business of the Palatinate upon a better foot than the French offered it¹⁾, Count Vehlen, that Elector's Minister here, had directions to tell them that their master and the king of France had agreed the business elsewhere²⁾, whilst the whole Empire were striving to have the peace of Westphalia established in points relating to religion, and would have an act from the Imperialists, that they intended it should be so."

Hier wurde schon an dieser gezwungenen Entschuldigung Vehlens —, welche an Seilerns Beschwerde über mangelhafte

diese Thätigkeit der Franzosen, sowie die Wirkung derselben auf die Persönlichkeiten im Haag uns entgegen in Anlaß der Ryswycker Clausel." Nach Anführung einer Aeußerung des Lord Villiers (vergl. unten p. 71|2) fährt O. KLOPP fort: „Mit gleicher Bereitwilligkeit des Glaubens an das, was sie nach französischer Absicht glauben sollten, sehen wir andere Engländer im Haag angethan, wie den Secretär Blathwayt, den poetischen Diplomaten Prior, welche demgemäß die eigenen Vorurtheile ausbreiteten auch nach anderen Richtungen, namentlich nach England." Eine Note verweist auf Lexington Papers, p. 315; an den nötigen Beweisen für alle obigen Behauptungen fehlt es aber.

1) Der Herausgeber der Lexington-Papers macht hierzu die Bemerkung: The French Ministers now insisted on inserting in the Treaty a stipulation that the Roman Catholic religion should be the established religion in the territories restored by France. This stipulation was peculiarly unjust in the case of the Palatinate; but the Emperor, the Elector Palatine and the other Roman Catholic Princes of the Empire „played booty with the French“ to use the words of Mr. Blathwayt, and the Protestant Allies in vain protested against the injustice of the demand. The Lexington Papers, p. 316|7. Es wird in obiger Bemerkung den Worten Blathwayts eine weitere Anwendung gegeben, als sie zulassen.

2) Es wird hier auf den Frieden der Seemächte mit Frankreich angespielt.

Unterstützung der pfälzischen Sache seitens des Reiches erinnert¹⁾ — das Schuldbewußtsein und scheue Treiben auf pfälzischer Seite einigermaßen sichtbar. Ebenso wenig entging das versteckte Spiel der Kaiserlichen Blathwayt²⁾; er schreibt: „The French continue very firm to the article of religion, and will not admit of any expedient or explanation proposed by the Protestants, wherein the Imperialists play booty, and show clearly their conjunction with the French in these matters.“ Und die Shrewsbury-Korrespondenz³⁾ bringt von englischer Seite noch über die näheren Beziehungen zwischen dem Kaiser und seinem Schwager in Sachen der Klausel und der Straßburger Frage Aussagen. Es heißt dort: But the treaty, though signed, was not so easily ratified; and both lord Villiers and sir Joseph Williamson mention a serious difficulty, which arose from a tacit agree-

1) Vergl. oben p. 42.

2) The Lexington Papers, p. 323. Schreiben des englischen Sekretärs Blathwayt an Lexington, d. d. Haag, 11./21. Nov. 1697. Die Fortsetzung des Schreibens lautete: „so that the Protestants have nothing more in their view than to be able to keep themselves from being imposed on in the same manner upon other occasions. This disposition of the Imperial Court will make your Lordship, I believe, very desirous to leave Vienna if the weather permit.“

O. KLOPP bemerkt Bd. VII. p. 408, „daß das Verhältnis zwischen dem Grafen Kinsky, der der erste im Rate des Kaisers war, und dem Lord Lexington in Wien nicht ein freundschaftliches war. Diese Stimmung Lexingtons scheine sich fortgepflanzt zu haben auf Engländer im Haag, die mit ihm in Beziehungen standen, so Prior, Blathwayt“.

3) Correspondance of Charles Talbot, Duke of Shrewsbury with King William, London 1821, p. 379. Die hier angeführten Bemerkungen sind die Angabe des Herausgebers, William Coxe.

O. KLOPP bemerkt (Bd. VII. p. 388. Anm. 1), daß „Villiers sich überhaupt durch Schärfe und Genauigkeit der Kunde nicht auszeichnete“ (!). Aehnlich urteilt O. KLOPP über Blathwayt: „Seine Berichte [schreibt er p. 259] über den Wiener Hof legen nicht Zeugnis ab für eine besonders scharfe Unterscheidungs-gabe“ (!). Und auch von den Berichten des Lords Lexington behauptet er, „daß sie, so bald sie das kirchliche Gebiet berührten, nicht immer zuverlässig waren“ (!). O. KLOPP, VII. 472.

ment between France and the emperor, contrary to all former treaties, for suppressing the protestant churches in Strasburgh¹⁾ and some other parts of the empire, where they had formerly enjoyed toleration. Nor was it possible, notwithstanding all the attempts of William, to prevent the fulfilment of this clandestine engagement, and to restore the protestants to their former privileges, particularly as it was arranged with the connivance of the elector palatine and other catholic princes. Dieselbe Beurteilung des Kaisers wie seines Schwagers zeigen auch andere Zeugnisse.

Wie Graf Auersperg berichtete, erklärte ihm nämlich Villiers²⁾: „Ich kann nicht zweifeln, daß der Kaiser

1) Allerdings hatte die Religions-Klausel des Artikel IV auf Straßburg keine Anwendung; vergl. noch p. 2. Anm. 1, p. 50.

2) O. KLOPP, VII. 478|9. Auerspergs Bericht vom 8. Nov. 1697. O. KLOPP macht über den Vorgang die folgenden Bemerkungen: „Einer der englischen Botschafter, Lord Villiers, trat zu dem Grafen Auersperg. Da dieser nicht Friedens-Botschafter, sondern Gesandter bei Wilhelm III. war: so hatte er über die drei andern Kaiserlichen, Kaunitz, Stratemann, Seilern, den Vortheil voraus, bei einem etwaigen Vorwurfe nicht persönlich theiligt zu sein. Villiers begann in der Weise, die wir in Fällen solcher Art damals bei den Engländern häufig bemerken, nicht zuerst fragend, sich erkundigend, sondern vorwerfend, anklagend. . . .“ Auf die Anklage Villiers' antwortete nach O. KLOPP Auersperg: „Sie thun dem Kaiser schweres Unrecht. Sie selber erkennen zu wohl, daß, nachdem einmal durch den besonderen Abschluß vom 20. September die Trennung erfolgt, Frankreich so überlegen dastand, daß es jede Forderung durchzudrücken vermochte. Der Kaiser hat durch mich dem Könige eben jetzt wieder, wo ich gerade von Loo zurückkomme, seinen Wunsch zu erkennen gegeben, mit ihm im Bunde und guter Einigkeit zu bleiben. Demnach ist ein Verständnis seinerseits mit Frankreich undenkbar. Da vielmehr, wie gesagt, nach dem 20. September für uns allein nichts mehr durchzusetzen möglich war: so haben, Sie, England und Holland, sich selber allein beizumessen, was da geschehen ist.“

Ueber die Unterredung zwischen Dykvelt und Auersperg schreibt O. KLOPP: „Nach den Berichten des kaiserlichen Gesandten Hoffmann in London redete man dort ganz ähnlich wie

seinen Botschaftern Befehl gegeben, sich unter der Hand mit den Franzosen zu verständigen.“ Der hier — wie in der Shrewsbury-Korrespondenz — noch vorsichtig gehaltenen Meinungsäußerung fügte Villiers als wirkamen Beleg hinzu das Zeugnis der Franzosen. Nach Auersperg Bericht hielt ihm Villiers vor: „Die französischen Botschafter haben mir gesagt, daß sie dem Andringen der Kaiserlichen und der Kurpfälzer nicht haben widerstehen können.“ Der Graf Auerspergs hatte sich bei der ersten Eröffnung noch mit schwachen Einwänden zu helfen gesucht: er läßt nun in seinem Bericht, wie O. KLOPP sich ausdrückt, „nicht ersehen, daß er auf diese letzten Worte eine Erwiderung für erforderlich (!) gehalten“. Aber diese Anklage war um so beachtenswerter, als auch der holländische Gesandte Dykvelt zu Auersperg bemerkte: „Die Franzosen behaupten, die Klausel sei ihnen abverlangt worden. Sie geben Einzelheiten darüber an.“

Es fehlen diese Angaben uns nun leider; doch, daß die Darstellung von dem Verhalten der kaiserlichen und pfälzischen Gesandten kaum einseitig zu deren Ungunsten von den Franzosen gegeben oder so auf seiten der Seemächte aufgefaßt und wiedergegeben sein mochte, ist nach ähnlichen, nur zu weit verbreiteten und zu wohlbegründeten Urteilen über die Klausel anzunehmen.

So erklärte auch der dänische Gesandte in Stockholm, Juel dem Grafen d'Avaux ¹⁾: „qu'on est informé, que ce n'estoit elle (Ludwig XIV), qui avoit songé à faire mettre le 4^e article touchant la religion dans le traité de Ryswick; que c'étoit Mr. Seyler qui

Villiers im Haag. Nicht anders viele Holländer. Dykvelt trat zu Auersperg: „Ich vermag nicht Ihnen auszudrücken“, begann er, „welch ein Geschrei diese Sache in allen Provinzen der Republik erregt. Wir haben dies um den Kaiser nicht verdient. Die Franzosen behaupten: u. s. w.“ Auersperg erwiderte ihm in derselben Weise, wie dem Lord Villiers“.

1) WIJNNE, III. 1; 52.

l'avoit fait insérer par ordre de l'empereur et pour faire plaisir à l'électeur palatin.“

Aber vor allem Kundgebungen Ludwigs XIV. selbst rechtfertigen zur Genüge die von seinen Gesandten gegebene, ja auch ohnedies weit verbreitete, Darstellung des Herganges bei der Klausel gegenüber den Ablehnungen von kaiserlicher und pfälzischer Seite.

In der That wurde von den Kaiserlichen, wie Ludwig XIV. dies bestätigt, der Wunsch nach der Klausel geäußert, der von ihm auch geteilt und, zusammen mit anderen eigenen kirchlichen Unternehmungen, z. B. in der Straßburger Angelegenheit, mit Eifer und Nachdruck gefördert wurde. Nicht in gleichem Maße wie das Verlangen nach der Klausel war eine Mitwirkung zu Gunsten derselben bei der kaiserlichen Diplomatie zu finden; vielmehr lohnte diese dem französischen Könige seine Dienste hinterdrein noch mit Verleumdungen, gegen die er — u. a. am Stockholmer und Wiener Hofe — durch seine Gesandten Aufklärungen und Vorstellungen ergehen lassen mußte.

Die Bedeutung der Klausel erhellt, wie aus diesen ¹⁾, auch schon aus einem Erlaß Ludwigs XIV. an den Erzbischof von Paris. Der König bemerkte hierin ²⁾: „Le moment que le Ciel avoit marqué pour réconcilier les Nations, est arrivé; l'Europe est tranquille; la Ratification du Traité que mes Ambassadeurs avoient conclu depuis quelque tems avec ceux de l'Empereur et de l'Empire acheve de rétablir partout cette tranquillité si désirée; Strasbourg un des principaux remparts de l'Empire et de l'Héresie, réuni pour toujours à l'Eglise et à ma Couronne³⁾; le Rhin rétabli pour barrière entre la France et l'Allemagne; et ce qui me

1) Vergl. unten, pag. 75 ff. das Nähere.

2) Actes IV. 261. Mercure hist. et pol. XXIV. 85|6. FR. WAGNER, II. 441.

3) O. KLOPP weist (Bd. VII. p. 482) darauf hin, daß Ludwig XIV. als vermeintlicher Schützer der Katholiken in Deutschland auftritt. „Denn so allerdings“, schreibt er, „wollte er sich namentlich in Frankreich angesehen wissen.“ O. KLOPP bemerkt schon p. 458|9: „... In der Stadt Paris waren die herrschenden Aeüßerungen über diesen Friedensschluß diejenigen der Misbilligung. Eine solche Reihe von eroberten Städten zurückzugeben, hieß es,

touche encore plus, le culte de la véritable Religion autorisé par un Traité solennel chez des Souverains d'une Religion différente sont les avantages de ce dernier Traité.“

Hier zeigt sich, welche Bedeutung die Klausel als Handhabe für Ludwig XIV., um der katholischen Kirche und zugleich sich selbst Einfluß im Auslande zu sichern, haben mußte.

Und des näheren wird ebenso auch in den vertraulichen Informationen, die Ludwig XIV. seinem Gesandten in Stockholm, d'Avaux, und dem neu ernannten Wiener Gesandten, Marquis de Villars, über die Klausel erteilte, hervorgehoben, welche Rolle diese bei dem Ryswijker Frieden spielte. So wird dort betont die Unentbehrlichkeit der Klausel¹⁾: *Le moindre avantage que je pouvois me réserver en cédant tous les*

verdunkele den Ruhm Frankreichs.“ „Nach der Ratification des Friedens“, schreibt O. KLOPP p. 482 weiter, „erließ Ludwig XIV., wie üblich, an den Erzbischof von Paris den Befehl, das Tedeum singen zu lassen. In dem Schreiben zählt er seine durch den Frieden erlangten Vorthelle auf. „Straßburg, sagt er, eine der festesten Burgen des Reiches und der Ketzerei, ist für immer vereinigt mit der Kirche und mit meiner Krone. Der Rhein ist hergestellt als Grenze zwischen Deutschland und Frankreich. Und was mich noch mehr erhebt, der Cultus der wahren Religion ist unter Fürsten eines anderen Bekenntnisses gesichert durch feierlichen Vertrag. „Es dürfte“, fährt O. KLOPP fort, „nicht zu bezweifeln sein, daß in Frankreich durch solche Worte der Zweck erreicht wurde, daß bei der großen Menge dieses Volkes der König in dem glänzenden Lichte erschien, als sei er in der That ein Vorkämpfer der katholischen Religion. Allein, daß darum Ludwig XIV. nicht verzichtete auf den in Deutschland so oft mit Erfolg betretenen Weg, die Protestanten, und zwar voran die Fürsten, zu erregen wider den Kaiser, legte sich dar durch die Thatsache in Ryswyck: Seine Botschafter dort führten bei den anderen wider die Kaiserlichen die wahrheitswidrigen (!) Reden, durch die es ihnen gelang, im Anfange alle Protestanten zu täuschen (!), nicht bloß die Deutschen, sondern auch die Engländer und Holländer, mit inbegriffen den König Wilhelm III.“

1) WIJNNE, III. 2; 125. Reskript Ludwigs XIV. an d'Avaux, vom 20. März 1698. SOREL, Recueil des instructions. Paris 1884. p. 141.

lieux, dont j'avois esté en possession estoit de stipuler que ce que j'avois fait pour la religion seroit maintenu“; ferner: „que cet avantage qu'elle (Sa. Majesté) a demandé avec justice pour la religion catholique, est le moindre qu'elle puisse se réserver en cédant à l'Empire ce qu'elle lui a cédé en considération de la paix.“ So wird fast gleichlautend Villars wie d'Avaux die Bedeutung der Klausel beschrieben. Wie Ludwig XIV. hervorhebt, erfolgte nach seinen bestimmten Weisungen gerade die Aufstellung und Durchsetzung der einzelnen Friedensartikel und namentlich des vierten seitens der französischen Gesandten; die Einbringung der Klausel war der Hauptschritt eines wohlgeplanten Vorgehens gegen die Protestanten überhaupt, dem gegenüber deren Widerstand aussichtslos war. Es schreibt hierüber Ludwig XIV.: „Les articles ont esté conformes aux ordres que j'avois donnés à mes plenipotentiaires, et comme ils ont principalement insisté sur ceux qui estoient avantageux au bien de la religion et qu'entr' autre ils ont demandé qu'elle fût maintenue telle que je l'ay établie dans les lieux réunis que je veux bien rendre, cette condition a paru si difficile à passer aux ministres des princes protestans de l'empire, qu' ils ont refusé de signer le traité.“

Ja, es war leider die Einbringung der Klausel ein verabredetes Spiel mit den Kaiserlichen. Dies geht aus hervor, daß Ludwig XIV. deren offenes Eintreten für die Klausel geradezu erwartete. Er schreibt nämlich: „Le article IV du traité de Ryswick a esté dressé suivant les ordres que j'avois envoyez à mes plenipotentiaires. Ils ont soutenu seuls l'opposition des protestants. Elle n'auroit pas esté surmontée sans la fermeté que j'ay témoigné pour faire insérer cet article dans le traité. Les ambassadeurs de l'empereur n'ont osé se joindre aux miens, non obstant le désir qu'ils avoient de voir réussir ce que l'on entreprenoit par mes ordres en faveur de la religion.“ Nach diesen Worten zu schließen, hätte Ludwig XIV. zur Einbringung der Klausel so dringende Aufforderungen von Kaiserlicher Seite erhalten, auch

ebenso vielfache Unterstützung wie Ermutigung hierzu wohl bisher erfahren, daß es ihn enttäuschen mußte, als nun schließlich die österreichischen Gesandten nicht wagten, mit den französischen zu Gunsten der Klausel offen gemeinsame Sache zu machen. Und allerdings — wie die Instruktion für Villars, in Bestätigung der Angaben der französischen Kongreß-Gesandten, noch ausdrücklich feststellt, fast mit denselben Worten wie das Reskript an d'Avaux — drangen im geheimen bei jenen mit Nachdruck die Kaiserlichen auf die Durchsetzung der Klausel, ohne zu wagen, mit ihnen zusammen offen für dieselbe einzutreten. Also die Klausel — deren Bekämpfung seitens der Kaiserlichen am Schluß des Kongresses zum Schein stattfand und auch von Ludwig XIV. gar nicht erst besonders erwähnt wird — verdankte ihre Durchsetzung dem eigenen festen Willen des Königs; aber es trugen, so überflüssig das heimliche Drängen der Kaiserlichen war, damit die Klausel nicht aufgegeben wurde, diese bei zur Anregung und Förderung. Es heißt da in der Instruktion für Villars: „L'attention que le Roi donne aux avantages de la religion et à la maintenir dans les lieux où sa piété l'a établie, avoit obligé sa Majesté à stipuler par le quatrième article du traité de Ryswick que dans les lieux qu'elle s'engageoit de rendre à l'Empire, les choses demeureroient à l'égard de la religion au même état qu'elles se trouvoient lors de la restitution. Cet article avoit reçu beaucoup de difficultés de la part des protestants, mais la fermeté de Sa Majesté les avoit enfin obligés à ratifier le traité. Il est à remarquer que les ambassadeurs de l'Empereur aux conférences de la paix n'osant pas se joindre ouvertement à ceux du Roi pour obtenir cet article, les pressoient secrètement de ne s'en pas désister; leurs instances étoient superflues, sa Majesté ayant donné sur ce sujet ses ordres d'une manière si précise que ses ambassadeurs ne pouvoient s'en écarter.“ Wie die Instruktion weiter ersehen läßt, war so wenig die Beteiligung des Kaisers an der Klausel wie die seiner Gesandten zu leugnen und ebensowenig zu Gunsten seines Schwagers etwas anzuführen. Die Instruktion fährt fort: „Sa Majesté apprend

cependant que les ministres de l'Empereur dans les cours et à la diète de Ratisbonne excitent continuellement par leurs discours l'inquiétude des princes protestants sur ce sujet; ils disent que l'Empereur n'a eu nulle part à ce quatrième article; qu'il fait voir clairement les desseins du Roi contre la religion protestante en Allemagne, et par conséquent le peu de fondement que les princes de cette religion doivent faire sur les assurances qui leur seront données de l'affection de sa Majesté; ils laissent même établir l'opinion que cet article a été dressé de concert avec le pape¹⁾ et à la sollicitation écrite que

1) Auf eine Anfrage d'Avaux' erklärte Ludwig XIV. in einem Reskripte vom 7. Febr. 1697: „Il ne s'est fait de ma part aucune négociation secrète à Rome, qui eût rapport à l'Allemagne.“ WIJNNE, III. 2; 28. — In einem Vorstellungsschreiben des Corpus Evangelicum an den Kaiser Karl VI. d. d. 16. Nov. 1720 wird erinnert an den vergeblichen Versuch des Papstes Innocenz XII. (1691), Kaiser Leopold I. „von der Verordnung des Westphälischen Friedens und demjenigen, was er den Alliierten versprochen, abzuleiten“, und (in einer Beilage) die Vermutung ausgesprochen, der Papst hätte sich infolge der Antwort des Kaisers an Ludwig XIV. wegen der Klausel gewendet. MOSER, II. 713. Bei JOH. STEPH. PÜTTER, Systematische Darstellung der Pfälzischen Religionsbeschwerden, Göttingen 1793, p. 109 wird bemerkt: Von dem Verdienste, das sich der päpstliche Botschafter am Französischen Hofe um die Ryswijker Clausel gemacht hat, erzählt Pietro Garzoni, Senatore (di Venezia) in seiner Istoria della Republica di Venezia in tempo della sacra Lega contra Maometto IV. e tre suoi successori Gran Sultani de Turchi (1705), part. I. impress. III. in Venez. 1712. 4. p. 596 folgende besondere Umstände: Solo motivaremo un patto inserito in fondo dell'articolo quarto, et è, che restar dovesse ferma la religione catholica Romana né luoghi ceduti in quello stato, che allora vi si trovano. Oltre in zelo fervido del Ré Luigi XIV v'ebbe merito il Nunzio apostolico Marco Delfino, Patrizio Veneto, il quale in nome del Papa più volte ne havea parlato, al Christianissimo e suoi Ministri.

Der Mercure h. et p. berichtet, Bd. XXIII. p. 736 im Dezember-Heft: Le Nonce du Pape eut Audience du Roi le 3. de ce mois, dans laquelle il complimenta sa Majesté au sujet de la Paix, et en même temps il la remercia au nom du S. Père du

l'on prétend que l'électeur palatin en avoit faite par le moyen du grand-duc de Toscane. Ohne weiterhin Aufklärung zu geben ¹⁾, fährt die Instruktion fort: Le marquis de Villars doit dire sur ce sujet aux ministres de l'Empereur et à ce prince lui-même, si l'occasion s'en présente que sa piété est si connue de sa Majesté qu'elle ne peut croire que ses envoyés exécutent ses ordres en tenant de pareils discours; qu'elle auroit lieu d'attendre au contraire que l'Empereur seconderoit de son côté les intentions de sa Majesté et tiendrait la main à faire exécuter ce qu'il y a dans le traité de favorable à la religion; qu'elle ne peut douter qu'ils ne reçoivent de ce prince les ordres nécessaires pour se con-

zèle qu'elle a témoigné pour maintenir la Religion Romaine dans les places qu'elle restitue à l'Empire. Damit wurde die Klausel als Werk Ludwigs XIV., nicht des Papstes hingestellt.

1) In den Lettres historiques, Bd. XXV. p. 145/6 wird, bei einer Bemerkung über den Ryswijker Friedensschluß und den Uebertritt Augusts II. von Sachsen zur katholischen Kirche, bezüglich des Papstes angeführt: „Il est vrai qu'il semble qu'il n'y ait pris de part ni à l'un ni à l'autre de ces événements. Il n'a point paru dans le premier. . . . Il est sûr qu'il a eu beaucoup de joie de l'un et de l'autre de ces evenemens. La queue de l'Article IV du Traité entre l'Empire, l'Empereur et la France est trop avantageux à l'Eglise Romaine pour que le Pape ne s'en soit pas félicité de même que de la cession de Strasbourg au Roi très-Chrétien. Aussi ceux qui font l'éloge de la Religion de ce Prince n'ont pas manqué d'insister beaucoup sur ces deux articles.

Bei SATTLER, XII. 148/9 wird aus dem Jahre 1698 erwähnt: „Entzwischen wurde der Herzog Eberhard Ludwig sehr aufmerksam gemacht und in eine Verlegenheit gesetzt, als einestheils der König in Frankreich ohne Noth den Papst in den Ryswickischen Frieden eingeschlossen wissen wollte Man wollte aber durch Briefe aus dem Haag wissen, daß die Absicht der Krone Frankreich dabei wäre, daß, wann heut oder morgen das Reich mit derselben wieder in einen Krieg verwickelt und der Ryswyckische Frieden in Ansehung solcher Macht ein Loch bekommen würde, derselbe doch in dem Religionswesen und wegen des dem Papst zugewachsenen Rechts seinen Bestand haben sollte.“

duire désormais et pour parler d'une manière convenable aux ministres d'un Empereur catholique.“

Nun, an einem solchen Zusammengehen der beiden katholischen Höfe, denen hierzu ja schon im Jahre 1691 der Papst Innocenz XII. riet ¹⁾ und sich später noch wiederholt, vielleicht auch aus besonderer Rücksicht für die pfälzische und die Klausel-Angelegenheit, als Vermittler anbot, lag offenbar dem Kaiser wenig. Die Klausel diente ihm vielmehr zu Anschuldigungen, um die Protestanten im Reiche gegen Frankreich mißtrauisch zu machen, gerade ebenso wie sie Ludwig XIV. dazu diente, im Reiche Unfrieden zu stiften.

VIII.

Die Auslegung und Anwendung der Klausel.

Die Beunruhigung des Reiches blieb nach dem Abschluß des Ryswijker Friedens nicht aus dank dem blinden Eifer, mit dem der pfälzische und kaiserliche Hof den französischen in der gewaltsamen Ausbeutung der Klausel fast überboten, ohne eine Nötigung dazu.

Wie oben schon erwähnt wurde, suchte Ludwig XIV. die Religions-Klausel auf das Gebiet von Mömpelgard anzuwenden ²⁾.

1) MOSER, p. 11. Actes I. p. 13. 17. XX—XXVIII (Mémoires historiques). 13 ff. Mercure h. XX. 258. XXI. 125. XXII. 373/4. 598. XXIII. 127. Journal Dangeau, VI. 53. FR. WAGNER II. 387. O. KLOPP, V. 245. 319. VI, 107. 172. 237. Der Kaiser wie Ludwig XIV. zeigten sich wenig entgegenkommend dem Papste gegenüber.

2) Bei SATTLER XII. 143 wird bemerkt: „Man glaubte, daß die Kron Frankreich die Clausel nur zu eben diesem Endzweck so hartnäckig behauptet habe, damit sie bey entstehenden Unruhen wieder im Trüben fischen könnte, wiewohl man auch auf einige Teutsche, nemlich Chur-Pfalz, Nassau, Leiningen, Hanau u. s. w. einen Verdacht warf, daß sie den Franzosen solche an die Hand gegeben, aber nicht angerathen hätten.“ — SATTLER XII. 175. Journal Dangeau, Paris 1817. Bd. II. p. 136. Vergl. oben p. 65 Anmerkung 2.

Und dasselbe vertragswidrige Verfahren schlug er gegen das zweibrückensche Territorium ein ¹⁾).

Andere Einmischungen erlaubte er sich in Streitigkeiten, welche zwischen dem katholischen Landgrafen von Hessen Rheinfels und dem Landgrafen von Hessen-Kassel ²⁾), ferner zwischen Kur-Pfalz und Schweden wegen der Gebiete Veldenz und Lautereck ³⁾ entstanden waren.

Ja, im Jahre 1699 wurde von dem französischen Diplomaten Chamois auch eine Liste der Orte veröffentlicht, auf welche die Religions-Klausel Anwendung finden sollte ⁴⁾); es waren deren, statt 29, wie die Franzosen anfangs angaben, 1922 Orte, darunter solche, in denen während des Krieges kein dauernder katholischer Gottesdienst, sondern einmal eine Messe abgehalten worden war. Erst nachdem durch die Liste große Beunruhigung hervorgerufen war, erklärte Ludwig XIV. dieselbe für einen bloßen Versuch, für eine nicht mit voller Sachkenntnis

1) WIJNNE, II. 350. 362. 333. III. 1; 96/7. 160—163. 212/3. III. 2; 93. 98. 104. 106. 123. FABER, XXXVI. 191 ff. Protestantischerseits wurde geltend gemacht: so wenig wie auf Mömpelgard könnte die Klausel auf Zweibrücken, welches an Schweden restituiert wurde, Anwendung finden, es hätte ein solcher Vorbehalt für diese Gebiete in den Friedensartikeln, die über dieselben handelten, ausdrücklich gemacht sein müssen. — In einem Reskripte Karls XII. wurde erklärt: „es sei zu beklagen, daß es mit dem evangelischen Wesen so weit gekommen, daß Catholici keine Abrede mehr halten, sondern in allem schalten und walten wollen nach eigenem Belieben.“

2) Ludwig XIV. verfügte die Wiedereinsetzung des Landgrafen von Hessen-Rheinfels, dessen Gebiet von dem Landgrafen von Hessen-Kassel besetzt war. Journal Dangeau, Paris 1856. Bd. VI. p. 220. 311|2. 305. 342. 376|7. 384. 375.

3) Ludwig XIV. veranlaßte den Kurfürsten von der Pfalz, Veldenz und Lautereck zu räumen. Journal Dangeau, VI. 270|1. 477. HÄUSSER, II. 809. 810. WIJNNE, III. 1; 35. 119. 149. 160. 206. 234. 239. 60. 63. 103|4. 143|4. 212|3. 222. III. 2; 38. 97. 119. 120.

4) FABER, XXXIX. 364—369. HÄUSSER, II. 804. 440. Mercure h. XXIV. 23. 39. 85|6. 145. 155. 389. 519. 615. (Wiederholte beruhigende Versicherungen Ludwigs XIV. wegen Handhabung der Klausel.)

gemachte Darstellung der konfessionellen Zustände, welche auch für die Handhabung der Klausel nicht maßgebend sein solle.

Leider ein noch schlimmeres Beispiel gab der Kurfürst von der Pfalz ¹⁾).

In einem Edikt vom 29. Oktober 1698 befahl er den Katholiken, Reformierten und Lutheranern den gemeinsamen Gebrauch der Kirchen und Friedhöfe „insoweit Ihrer Churfürstlichen Durchlaucht der Ryswickische Friedens-Tractat hierin nicht im Wege stehet“. Auf diese Weise wurden den Katholiken, die ihrerseits infolge der Ryswijker Klausel die Mitbenutzung ihrer Kirchen nicht zu gestatten brauchten, 240 Kirchen geöffnet ²⁾).

1) Bezeichnend für den Kurfürsten von der Pfalz sind folgende Auslassungen. Er schrieb am 15. Nov. 1697 über die Klausel: „Dadurch werden die Consilia derer zu Boden liegen, die uns in unsern Kurfürstlichen Landen in Religionssachen die Hände noch mehr zu binden sich angemaßt haben.“ — Ferner schrieb er über die Katholisierung der Pfalz: „Dies alles muß gar behutsam und glimpflich vorgebracht und mit gar beweglichen und unwidertreiblichen argumentis, jedoch mit solcher Manier vorgebracht werden, daß es nicht das Ansehen hat, als wenn es von uns herrühren thue.“ Am 4. Juni 1698 schrieb er: „Wenn die Protestanten eine Interpretation davon (von der Klausel) verlangen, möchten sie nur bei dem König von Frankreich desshalb anfragen.“ — Weiter schrieb er: „Das nächste wäre wohl, daß man katholischer Seits die Evangelischen an einander hetzete, so ihr dann mit behörlicher circumspection und ganz unvermerkt zu thun nicht zu unterlassen habt.“ Am 6. August 1698 schrieb er: „Wenn nur die Cron Frankreich bei der Clausula Art. IV beharret und sich durch der Reformirten importunes Andringen zu schädlicher Interpretation nicht verleiten läßt.“ Und am 15. Juli 1698 schrieb er an seinen Gesandten auf dem Regensburger Reichstage: „Es sei zwar bedauerlich, daß die Franzosen solche Executionen vornähmen, aber man müsse sich damit trösten, daß die Reformirten desto mehr abgeschreckt würden, sich in Zukunft wieder ärgerlicher Gewaltthaten mit Insolenz zu unterfangen.“ HÄUSSER, II. 805. 809. Lettres historiques XXII. 128.

2) FABER, IV. 91. HÄUSSER, II. 809. 810.

Auch wurde durch ein Edikt des Kurfürsten vom 20. März 1699 ¹⁾ den Refugiés die Asyl-Gewährung in der Pfalz aufgekündigt, samt ihren Predigern in Mannheim, Heidelberg, Frankenthal und anderen Orten.

Die Evangelischen legten bei dem Kaiserhofe oft Beschwerde ein, aber mehr als vorübergehende Hülfe wurde ihnen nie zu teil ²⁾; weit häufiger waren leere Vertröstungen ³⁾. So wurde nach

1) FABER, IV. 110. HÄUSSER, II. 811. 839. Als Grund für die Verfügung wurde angegeben: „da es die Cron Frankreich in die Augen stechen und leichtlich so viel Unwillen erwecken könnte, daß Dero Landen und Leuthen allerhand neue Ungelegenheiten aufs neue zugezogen werden dörfften“. — Eine Religions-Deklaration des Pfälzer Kurfürsten, vom 21. Nov. 1705, welche scheinbar den Evangelischen Zugeständnisse machte, war im Grunde auch nur auf den Vorteil der Katholiken berechnet. HÄUSSER, II. 825.

2) In einem Kommissions-Dekret vom 2. 12. Febr. 1698 hatte der Kaiser „vor billig erkannt, daß die sich hierunter beschwert findenden Stände vergnügt würden, in so weit es nur von der Cron Frankreich für keine Contravention aufgenommen werden könnte, mit der allergnädigsten Versicherung, daß Sie über dem Instrumento Pacis Westphalicae sowohl in Ecclesiasticis als Politicis allerdings zu halten gemeynet wäre“. MOSER, 142. 221.

3) FABER, XXXIX. 424. MOSER, 233. — Was die Pfalz anbetraf, so wurden bei dem Nachfolger Johann Wilhelms (der 1716 starb), bei Karl Philipp, vom Kaiserhofe umsonst bisweilen Vorstellungen zu Gunsten der Evangelischen gemacht.

Auch noch unter Karl Philipps Nachfolger, dem Kurfürsten Karl Theodor, aus der pfalz-sulzbachischen Linie — dem 1777 auch die bayrischen Lande bis auf einen an Oesterreich gekommenen Teil zufielen — war die Lage der Evangelischen keine gesicherte; Karl Theodors Regierungs-Grundsatz war, „auf Errichtung gütlicher Vergleiche bedacht zu sein, wodurch den Katholischen der status modernae possessionis beibehalten werde“. PÜTTER, 145—155. Unter dem Nachfolger Karl Theodors, der 1799 starb, unter Maximilian Joseph aus der Linie Zweibrücken-Birkenfeld, wurde infolge des Luneviller Friedens, 1802, der auf dem linken Rheinufer belegene Teil der Pfalz an Frankreich abgetreten, der andere Teil rechts des Rheins aber zur Entschädigung depossedierter Fürsten verwendet, die auf dem linken Rheinufer Gebiete verloren hatten.

dem Ausbruch des spanischen Erbfolgekrieges vom Kaiser in der Kriegsdeklaration vom Jahre 1702 versprochen, daß „alles tam in Ecclesiasticis quam politicis vom Feind geänderte in den alten Stand restituirt werden sollte, wie es denen Reichs-Fundamental-Gesetzen und Friedensschlüssen gemäß sei“, unter welchen letzteren auch der westfälische verstanden sein sollte. Und die Alliierten unterzeichneten am 28. Mai 1709 einen Präliminar-Artikel, daß die Klausel „gegen den Inhalt des westfälischen Friedens verstoße und abgeschafft werden müsse“¹⁾.

Aber der Kaiserhof setzte es dann bei dem Frieden zu Rastadt und Baden²⁾ durch, daß im Artikel III der Ryswijker

1) Die Vertreter des Kaisers, Eugen und Sinzendorf, wollten sich nicht dazu verstehen, die Aufhebung der Klausel als eine auch ihrerseits anerkannte und für notwendig erachtete Bedingung in den Präliminar-Vertrag aufnehmen zu lassen. MENZEL, Neuere Geschichte der Deutschen. V. 105 ff. MOSER, 221. Theatrum Europaeum. XVIII. 200. FABER, XXXIX. 384. PÜTTER, 117—124. 145—155. MENZEL, IV. 503.

2) MOSER, 316—323. Das Verlangen der Protestanten nach Erläuterung des Artikel III wurde zurückgewiesen; es wurde ihnen das Versprechen des Kaisers gegeben, „in dieser Angelegenheit zu sehen, wie man selbige mit allerseitiger Zufriedenheit unter sich, ohne frembde Hände schlichten und richten könne, gestalten diese ebenso wenig Uns und dem Reich gestattet, sich ihrer Landssachen anzunehmen“. Auch wurde der Vorwand gebraucht: „Ludwig XIV. wäre bei seinem zunehmenden Alter der Devotion der gestalt ergeben, daß, wann auch ihm von hier aus darunter referirt werden sollte, er ohne Beirath seiner Beichtväter und Conscienz-Räthe doch nichts hierinnen resolviren, folglich, sobald diese ihm aus Beharrung dieser Clausel eine Gewissens-Sache machten, nimmermehr davon abgehen würde.“ MOSER, 321. 323.

Allerdings arbeitete hierauf auch der Papst Clemens XI. hin, nicht ohne Erfolg; richtig war der Vorwurf, der in einem Protokoll der evangelischen Stände, vom 6. Febr. 1713, ausgesprochen war, daß „die Catholischen sich nimmer zur Anwendung ihrer Officiorum verstehen könnten, noch aus Egard vor dem Hofe zu Rom dörfften“; ähnliche Bemerkungen finden sich in einer Instruktion für die Abgesandten des oberrheinischen Kreises. MOSER, 270. 284. 288. 290. MENZEL, V. 121. FABER, XXXIX. 399.

Den Evangelischen, denen von katholischer Seite im Jahre 1719 mit Gewaltmaßregeln „des Pfalzgrafen, des

Friede bestätigt wurde, ohne daß darin die Aufhebung seiner Religions-Klausel bestimmt wurde.

Auch nachdem durch ein Reichs-Gutachten vom 26. Februar 1734 die Ryswijker Klausel in ihrer rechtlichen Geltung aufgehoben, dann im Wiener Frieden 1738 der Ryswijker, und im Hubertsburger und Teschener Frieden 1763 und 1779 der westfälische nochmals bestätigt worden war, blieben doch noch — so nach dem angeführten Zeugnis PÜTTER's vom Jahre 1788 — unheilvolle Folgen der Religions-Klausel.

IX.

Zusammenfassung der Ergebnisse der Untersuchung.

Fassen wir den Inhalt der ganzen Darstellung zusammen, so führt also, ebenso wie die Untersuchung über Urheber und Entstehung der Klausel, auch der kurze Ueberblick über deren Ausbeutung seitens Ludwigs XIV., des Kurfürsten von der Pfalz und des Kaisers Leopold I. zu dem Ergebnis, daß jeder dieser drei Herrscher ein Interesse und einen Anteil an der Klausel in verschiedenem Maße hatte.

Wir sahen, der Pfälzer Kurfürst Johann Wilhelm gab durch sein Schreiben an Ludwig XIV. die erste Anregung zur Klausel. Als sein Bekehrungseifer im Reiche, z. B. bei dem Kurfürsten von Brandenburg, schon Anstoß erregte, suchte Johann Wilhelm, besorgt für die Errungenschaften der katholischen Kirche, einen Rückhalt bei dem allerchristlichsten König zu gewinnen, sobald dieser zu Friedensverhandlungen geneigt schien.

Die Abfassungszeit jenes Schreibens, welche man dann schon vielleicht vor die Mitte der neunziger Jahre ansetzen könnte, läßt sich nicht sicher näher bestimmen; gewiß ist aber, daß sie noch vor dem Beginn des Ryswijker Kongresses liegt.

Kaisers, des ganzen katholischen Corpus und Frankreichs“ gedroht wurde, wurde in einem kaiserlichen Kommissions-Dekrete vom 9. März 1720 der Protest gegen die Klausel geradezu verboten. MOSER, 373. 381. 403. Weitere Abfertigungen erfuhren die Evangelischen in einem kaiserlichen Kommissions-Dekret vom 18. März 1721.

Infolge des Schreibens Johann Wilhelms, dem übrigens wegen des pfälzischen Erbschaftsstreites an einer Annäherung an Ludwig XIV. besonders gelegen sein mußte, trat nun zunächst noch keine Einmischung desselben in die Klausel-Angelegenheit ein; es wurde seitens des Kaisers zuvor, frühzeitig, ein planmäßiges Vorgehen zu deren Gunsten eingeleitet und damit dem französischen Könige die fügliche Gelegenheit zur Einbringung der Klausel, die er wünschte, gegeben.

Der Kaiser hatte an der Unterdrückung der protestantischerseits beabsichtigten Schritte, durch die ihm in seinen Erblanden die bisherige freie Verfügung über die evangelischen Unterthanen verkümmert und auch im Reiche die Stellung gegenüber den ständischen Bestrebungen erschwert zu werden drohte, ein Interesse. Und auch er brauchte eine Annäherung an Ludwig XIV. Es drängte die unsichere Haltung der Seemächte und Spaniens den Kaiser dazu, seine eigenen Wege zu gehen und Frankreich gegenüber ebenso wie sie bei den Friedensverhandlungen eine Achtung gebietende Stellung sich zu erhalten. In dem Gesuch der Kaiserlichen um besondere Zusammenkünfte mit den französischen Gesandten fand sich zuerst der Wunsch nach einer Verständigung mit ihnen angedeutet, welcher dann von diesen wiederholt auch bei Gelegenheit der Straßburger und Lothringer Frage erwidert wurde. Der Anfang war gemacht.

Den Protestanten waren vom Beginn des Ryswijker Kongresses an fortgesetzt vom Kaiser Hindernisse in den Weg gelegt worden und die Erfüllung der von ihm bestätigten Reichsinstruktion vorenthalten. Ihre Anträge waren beiseite geschoben und durch verfängliche Entwürfe der Artikel III und IV ersetzt worden, deren Erläuterung durch Zusätze dann hintertrieben wurde.

So hatte der Kaiser schon seinerseits alles Mögliche gethan, um die ihm lästigen Bestrebungen der Protestanten zu vereiteln. Er ergriff nunmehr die bei der Straßburger Frage sich bietende Gelegenheit, die Franzosen zu einem Zusammengehen in den kirchlichen und zu einem Entgegenkommen in den territorialen Angelegenheiten zu bestimmen.

Die Verständigung mit Ludwig XIV. wurde hierzu bei der Lothringer Frage eingeleitet; es wurde dann der Versuch, nach der mit dem Sonderfrieden der Seemächte und Spaniens eingetretenen Isolierung die Lage zu seinem Vorteil auszubeuten, seitens des Kaisers auf Kosten der aufs schwächste vertretenen Sache der Protestanten je länger je mehr mit Erfolg durchgeführt.

Es gelang dem Kaiser, zu Gunsten des Aequivalentes für Straßburg, für die Restitution des Pfälzer Kurfürsten und für die Einbringung der Religions-Klausel das Wohlwollen Ludwigs XIV. zu gewinnen, dank dem kirchlichen Eifer, den dieser, z. B. schon in der Straßburger Angelegenheit, selbst bekundete; am Versailler Hofe und auf dem Kongreß wurde bald von österreichischer, bald von pfälzischer Seite nicht vergeblich gegen die Protestanten geschürt.

Die einzelnen Schritte, welche für die Einbringung der Klausel entscheidend waren, lassen sich nicht genau feststellen. Jedenfalls steht nach den Aeüßerungen Ludwigs XIV. über die Friedensaussichten seit dem Ende des Monats September, nach der drohenden Sprache der französischen Kongreß-Gesandten gegenüber den Protestanten, nach der bedenklichen Erledigung des pfälzischen Streites, dem Beifall hierüber und andererseits dem fortgesetzten Widerspruch gegen kirchliche Garantien von kaiserlicher Seite, nach der von den Franzosen gegebenen Begründung der Religions-Klausel des Artikel IV mit dem verklausulierten, von den österreichischen Gesandten entworfenen Artikel III und nach dem diese belastenden und die pfälzische Politik nicht entlastenden Zeugnis Ludwigs XIV. die Schuld des Kaisers und seines Schwagers wie deren Gesandten an der Klausel außer allem Zweifel.

Inwieweit bei dieser noch andere deutsche Höfe oder der päpstliche und toscanische beteiligt waren, läßt sich mit dem uns zugänglichen Materiale nicht ermitteln.

A n h a n g.

X.

Uebersicht über das Quellenmaterial.

Die Nachrichten über die Urheberschaft und Entstehung der Klausel stammen zu ihrem geringeren Teile von deutscher Seite her, so aus den Berichten der württembergischen Kongreß-Gesandten.

Doch auch diese schöpfen z. B. ihre — wie sie versichern, glaubwürdigen — Angaben über das Schreiben des Pfälzer Kurfürsten an Ludwig XIV. noch aus fremder Quelle, die von ihnen nicht näher bezeichnet wird. Sie finden mit diesen Mitteilungen keine ausdrückliche Bestätigung, will man nicht eine solche den wenigen Andeutungen Ludwigs XIV. in der Instruktion für Villars entnehmen; aber die württembergischen Gesandten zeigen sich nicht unvorsichtig gegenüber fremden Zeugnissen und hatten wohl Recht. Auch soweit es sich um die ferneren Schritte, die zur Anregung der Klausel von pfälzischer Seite am Versailler Hofe und auf dem Kongresse gethan wurden, handelt, geben die württembergischen Gesandten z. T. nur die Ermittlungen Heinsius' und Lilienroths wieder. Und für diese Umtriebe des Pfälzer Kurfürsten bedurfte es angesichts der verdächtigen Haltung seiner Gesandten auf dem Kongresse allerdings kaum noch weiterer Beweise. Aber eigene Beobachtungen und Erfahrungen, welche ebenso wie bei den pfälzischen auch bei den kaiserlichen Gesandten die württembergischen machten und in ihren Berichten niederlegten, führten sie auch schließlich zu gleicher Beurteilung beider. Für sie lag kein Grund vor, den Auffassungen von Heinsius und anderen Vertretern der Seemächte, nach denen für die Klausel nicht bloß die französischen, sondern auch andere Gesandte, vor allem die pfälzischen und kaiserlichen, verantwortlich waren, sich zu

verschließen: es konnte deshalb, weil diese die Schuld leugneten oder weil dieselben Anklagen wider sie auch von den Franzosen erhoben wurden, kein Zweifel gestattet sein.

Wie wenig diese nötig hatten, gegen den Kaiser, seinen Schwager und deren Gesandte Stimmung zu machen, war daran zu ersehen, daß z. B. Heinsius und Wilhelm III. sogleich nach dem Bekanntwerden der Klausel deren Entstehung richtig mutmaßten.

Ueberhaupt war durch die Ermittlungen Heinsius', deren Vervollständigung später durch die Nachrichten Lilienroths erfolgte ganz im Sinne der Berichte Palmquists, der Anstoß zu richtiger Beurteilung und Untersuchung der Klausel-Frage bereits gegeben, ehe noch die Franzosen auf dem Kongresse darüber Enthüllungen machten. Und die im wesentlichen übereinstimmend auf französischer wie auf verbündeter Seite erhobenen Anklagen gegen die kaiserliche und pfälzische Politik fanden auch in den Reskripten Ludwigs XIV. an d'Avaux und der Instruktion für Villars eine Vertretung und Bekräftigung, die über jeden Zweifel erhaben ist. Denn bei diesen Schriftstücken völlig intimer Art ist mit Sicherheit anzunehmen, daß dort ohne Nebenrücksichten auf die Gegner, lediglich dem Sachverhalte entsprechend die Angaben gemacht sind.

Es fehlt nun an solchen Aktenstücken in den Wiener Archiven, welche eine Mitschuld des Kaisers oder seiner Gesandten an der Klausel verrieten. Doch allein wegen dieses Umstandes läßt sich eine solche noch nicht leugnen, wie dies FR. WAGNER, GÄDEKE und O. KLOPP thun. Denn es ließen sich die nötigen Vorkehrungen für die Klausel nicht minder im Wege einer mündlichen Behandlung dieser Angelegenheit von kaiserlicher Seite als in dem einer schriftlichen treffen. Und selbst wenn man annehmen wollte, dies wäre ohne letztere nicht möglich gewesen, so bliebe immer noch die Erklärung übrig, daß die auf die Klausel bezüglichen Aktenstücke aus den Wiener Archiven verschwunden seien. Sind doch daselbst auch in der Abteilung der Hispanica Lücken eingetreten.

Es ist da zu bemerken, daß ja O. KLOPP bei dem Kurfürsten von der Pfalz auf Grund der Berichte Palmquists auch, ohne aktenmäßige Belege von pfälzischer Seite beizubringen, die Schuld

schon für erwiesen erklärt. Ja, O. KLOPP, der auf die Korrespondenz Johann Wilhelms bei HÄUSSER und auf die diesen wie dessen Schwager belastenden Mitteilungen bei SATTLER, in den Lexington-Papers und der Shrewsbury-Korrespondenz nicht eingeht, bringt in den Verdacht der Schuld lieber den Pfälzer Kurfürsten als den Kaiser und lenkt von diesem die Aufmerksamkeit geflissentlich auf den ersteren ab, ohne indes sehr gründlich zu sein.

Insofern unterscheidet sich von O. KLOPP's nun NEUHAUS' Darstellung, daß in dieser sogar noch der Kurfürst Johann Wilhelm gegen die wider ihn erhobenen Anklagen in Schutz genommen wird, ebenso wie der Kaiser; aus der Darstellung K. A. MENZEL's¹⁾, der zwar nicht gerade den letzteren selbst, aber seine Minister für die Klausel verantwortlich machen möchte, doch vorsichtig hinzufügt, daß eigentliche Beweise hierfür fehlen, wird eben diese Bemerkung von NEUHAUS unmittelbar als Beleg für die Berechtigung der eigenen Auffassung angezogen.

Aber NEUHAUS war an der Hand seines wenig mannigfaltigen, dafür sehr breit wiedergegebenen Quellenmaterials, welches übrigens O. KLOPP in Einzelheiten beanstandet und nur wenig berücksichtigt, zunächst wohl noch gar nicht in der Lage, über die kaiserliche wie pfälzische Politik ein vollgültiges Urteil abzugeben. Sodann stützen sich ja auch die Anklagen wider diese nicht erst auf die Autorität MENZEL's, der immerhin beachtenswerte Angaben macht, so auch über die Parteinahme des Wiener Hofes für die Religions-Klausel seit dem Abschluß des Ryswijker Friedens.

Es bietet überhaupt schon die ältere Litteratur für die Beurteilung der Klausel-Frage manchen Anhalt. Eine Reihe älterer Sammlungen von Aktenstücken gewährt einen Einblick in die Friedensverhandlungen zu Ryswijk und den weiteren fast endlosen Streit über die Klausel. Hierhin gehören die *Actes et mémoires des négociations de la paix de Ryswick*, FABER's Staatskanzlei, die Verhandlungen des *Corpus Evangelicorum* von SCHAUROTH; CHR. GOTTFR. HOFFMANN's Gründliche Vor-

1) MENZEL, IV. 499.

stellung derer im Röm. Reich obschwebenden Religions-Beschwerden, Leipzig 1722; BURC. GOTTH. STRUVE's Ausführliche Historie der Religions-Beschwerden zwischen denen Röm. Catholischen und Evangelischen im Teutschen Reich, Leipzig 1722; JOH. JAC. MOSER's Dissertatio de clausula art. IV pacis Rysvicensis, Francf. 1722, und vom katholischen Standpunkte eine Dissertatio de clausula art. IV pacis Rysvicensis, Trevir. 1762, von CAR. CASP. DE PIDOLL.

Schließlich seien noch erwähnt JOH. STEPH. PÜTTER's Systematische Darstellung der Pfälzischen Religions-Beschwerden, Göttingen 1793, und Historische Entwicklung der Staatsverfassung des deutschen Reichs, Göttingen 1786; 1798.

Vita.

Natus sum Joachimus Godofredus Martinus Wagner die XXVIII. mensis Decembris anni h. s. LX. Berolini patre Valentino, matre Maria e gente Blankenburg. Fidem profiteor evangelicam. Litterarum elementis domi et privatim imbutus vere anni h. s. LXXIII. gymnasium regium Friderico-Guilelmum Berolinense adii, sed biennio post valetudine coactus sum duodeviginti menses scholae studiis vacare. Restitutus inde ab autumno anni h. s. LXXVI. rursus idem gymnasium frequentavi. Ubi vere anni h. s. LXXXI. maturitatis testimonium adeptus sum. Deinde civibus universitatis Fridericae-Guilelmae Berolinensis adscriptus, ut studiis philologicis et historicis operam darem, per quattuor annos interfui lectionibus virorum doctissimorum BRESSLAU, CURTIUS, DIELS, DILTHEY, J. G. DROYSEN †, H. DROYSEN, HÜBNER, KIEPERT, KIRCHHOFF, KLEBS, KOSER, PAULSEN, ROBERT, VAHLEN, WEIZSÄCKER, ZELLER. Ad societates vel philologicas vel historicas aditum benigne mihi praeberunt viri doctissimi J. G. DROYSEN †, H. DROYSEN, HÜBNER, KOSER, VAHLEN, WEIZSÄCKER, quibus omnibus gratias ago quam maximas, imprimis autem viro illustrissimo KOSER.

262



Wagner, Martin

Untersuchung über die Ryswijker Religions-Klausel

1889

J.publ.e. 474 t

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11635186-1